

**Dokumentation der erfolgreichen Initiative Helmut Kramers gegen die Pläne  
des damaligen niedersächsischen Justizministers, die ehemalige  
Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel abreißen zu lassen (1985-1986)**

Dokumentiert werden der Text der Schreiben (nebst Übersetzungen ins Französische, Italienische und Polnische), die Helmut Kramer im Rahmen seiner Einmann-Bürgerinitiative in den Monaten November 1985 bis Februar 1986 an mehr als 100 Organisationen in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Polen, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Israel versandt hat.

Entwurf

(von Helmut Kramer)

D/Kollege Kramer

An den  
Leiter des Instituts  
für Denkmalspflege  
Herrn Professor Dr. Möller  
Scharnhorststr. 1

3000 Hannover

Gewerkschaft Öffentliche Dienste  
Transport und Verkehr  
Bezirksverwaltung Niedersachsen  
Dreyerstr. 6 · 3000 Hannover T

p-pi

11.03.1985

Neubaumaßnahmen im Bereich der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel  
hier: Geplanter Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Möller,

Pressemeldungen entnehmen wir, daß Planungen bestehen, im Zuge von Neubaumaßnahmen die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel abzureißen.

Die Bedeutung des Gebäudes liegt auf der Hand. Es handelt sich um eines der ganz wenigen architektonischen Zeugnisse aus der Zeit der nationalsozialistischen Justiz. Wegen der Einzelheiten erlaube ich mir, auf einen Artikel über die Hinrichtungsstätte in unserem Mitteilungsblatt "ÖTV in der Rechtspflege" Nr. 28, S. 18 f zu verweisen. Schon für die Zurückhaltung des Ministeriums gegenüber der Forderung, die inzwischen an dem Hinrichtungsgebäude angebrachte Gedenktafel an einer für jedermann sichtbaren Stelle an der Außenwand der JVA anzubringen, konnten wir kein Verständnis aufbringen. Die Absicht, die Hinrichtungsstätte ganz abzureißen, bestürzt uns. Auch der Kulturausschuß der Stadt Wolfenbüttel hat gegen diese Absicht protestiert (siehe den in Ablichtung beigefügten Bericht der Braunschweiger Zeitung vom 21.09.1984).

Aufgrund der Kenntnisse der Örtlichkeit leuchtet uns auch die Ansicht des Staatshochbauamtes nicht ein, daß anderweitig kein Platz für die nach den Pressemeldungen geplanten Neubauten vorhanden ist und daß sich die Hinrichtungsstätte unter keinen Umständen in die Neubaumaßnahmen integrieren läßt. Wir verkennen zwar nicht, daß der für Neubauten vorhandene Raum nicht unbegrenzt ist. Indessen läßt der Flächenplan der Justizvollzugsanstalt erkennen, daß die noch nicht bebaute Fläche eine sinnvolle Lösung unter Erhaltung des Hinrichtungsgebäudes durchaus ermöglicht. Erfahrungsgemäß läßt sich eine optimale Lösung, die allen Belangen Rechnung trägt, oft nicht von einer einzigen Stelle (hier: dem Hochbauamt) erarbeiten. Vielmehr liegt es in einem solchen Fall nahe, ein Architekten-Preis-ausschreiben zu veranstalten, mit dem Auftrag, unter Lösung des bestehenden Zielkonflikts sinnvolle Entwürfe vorzulegen. Uns ist nicht bekannt, daß ein solcher Architektenwettbewerb stattgefunden hat.

Uns interessiert nun, inwieweit das Institut für Denkmalspflege bereits um eine Stellungnahme zu dem in Aussicht genommenen Abriß der Hinrichtungsstätte gebeten worden ist und - falls schon eine Stellungnahme vorliegt - wie diese Stellungnahme ausgefallen ist.

Wir verkennen nicht, daß das Bedürfnis nach einer Liberalisierung und Humanisierung des Strafvollzuges und die damit verbundenen baulichen Erfordernisse des Denkmalschutzes kollidieren können. In solchen Fällen ist es aber unerläßlich, zunächst eine Meinungsbildung auf der Grundlage einer breit angelegten Diskussion mit allen beteiligten Stellen herbeizuführen. Nach den uns vorliegenden Informationen ist im vorliegenden Fall eine Unvereinbarkeit zwischen den verschiedenen Belangen nicht zu erkennen. Unseres Erachtens muß das Wolfenbütteler Hinrichtungsgebäude in die Liste der amtlich geschützten Baudenkmäler aufgenommen werden. In diesem Zusammenhang erlauben wir uns, auf den Stand der Bemühungen um den Erhalt von Baudenkmalern im Justizvollzugsbereich in Nordrhein-Westfalen hinzuweisen (siehe anliegenden Pressebericht aus dem "Vorwärts" vom 23.02.1985).

Mit freundlichen Grüßen

NIEDERSÄCHSISCHES LANDESVERWALTUNGSAMT  
- INSTITUT FÜR DENKMALPFLEGE -

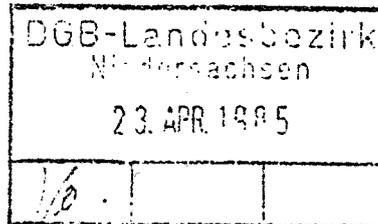
Postanschrift:

Nieders. Landesverwaltungsamt Postfach 107 3000 Hannover 1

Dienstgebäude und Telefon (abweichend von unten eingedruckten Angaben)

D G B  
Landesbezirk Niedersachsen  
z. Hd. Herrn Volz  
Dreyerstr. 6

3000 Hannover 1



(Bitte bei Antwort angeben)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

(05 11)

Hannover

I-Bea-Vo/Ba

S 1-57721-1

85 20 57

22 .04 .85

Wolfenbüttel, Justizvollzugsanstalt Ziegenmarkt 11/12 -  
Neubaumaßnahme  
hier: Abbruch der ehemaligen Hinrichtungsstätte

Sehr geehrter Herr Volz,

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie uns das Interesse des DGB an der Erhaltung der ehem. Hinrichtungsstätte der Justizvollzugsanstalt in Wolfenbüttel mitteilen und uns in der Anlage über Ihre bisherigen Bemühungen in Kenntnis setzen. In der Tat gab es im letzten Jahr im Rahmen der Umbauplanungen der Anstalt in Wolfenbüttel Überlegungen, welche die Möglichkeiten eines Abbruches der ehemaligen Hinrichtungsstätte mit einbezogen.

Dieses Gebäude wurde bereits im Zusammenhang mit der listenmäßigen Erfassung der Baudenkmale als Teil der Gruppe baulicher Anlagen "Gefängniskomplex, Ziegenmarkt 10/11" ausgewiesen, an deren Erhaltung wegen der geschichtlichen Bedeutung, in Teilen auch künstlerischen und städtebaulichen, ein öffentliches Interesse besteht.

Auf dieser Basis konnte in den bisherigen Verhandlungen eine Verfestigung des Abrißgedankens verhindert werden. Vielmehr konnte in der letzten Besprechung im Januar d.J. auf die Notwendigkeit

....

Dienstgebäude  
Scharnhorststr. 1  
Hannover

Sprechzeiten  
Mo-Do. 9-15:30 Uhr  
Fr 9-15 Uhr

Telex  
9 22 475  
922475 sozmb d

Überweisung an Regierungskasse Hannover  
Konto-Nr. 250 01 561 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)  
Konto-Nr. 35 985 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)  
Konto-Nr. 3 00 305 PSchA Han (bl. Z. 250 100 30)

Besuche bitte möglichst vereinbaren.

022-10-04  
10.79

hingewiesen werden, auch solche Gebäude in die Pflege des - wenn auch schweren - kulturellen Erbes mit einzubeziehen. In dem diesbezüglichen Ergebnisvermerk ist bei der Bezirksregierung Braunschweig festgehalten, daß speziell der Abriß des Altbautraktes "ehemalige Hinrichtungsstätte" mit dem Uhrtürmchen allen Teilnehmern vermeidbar erschien.

Ich gehe daher davon aus, daß nunmehr eine Lösung vorgelegt wird, welche die Erhaltung des Gebäudes vorsieht und daß die Obere Denkmalschutzbehörde dem neuerlichen Ansinnen eines Abbruchantrages nicht zustimmen würde. Insoweit kann ich Ihre Bedenken ausräumen.

Ich danke Ihnen für das Interesse aus dem öffentlichen Bereich. Es wird ein Argument mehr sein, unsere Bemühungen um die Erhaltung zu verstärken, und erlaube mir, unsere Korrespondenz der Bezirksregierung zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Möller

DGB Landesbezirk Niedersachsen · Dreyerstraße 6 · 3000 Hannover 1

Dreyerstraße 6  
3000 Hannover 1  
☎ (05 11) 1 26 01-0

An den  
Herrn Niedersächsischen Minister  
der Justiz  
Am Waterlooplatz 1

Abteilung: Beamte - ÖD

3000 Hannover 1

ERSTGANGEN 12.3.1985

|              |                    |  |                               |                      |
|--------------|--------------------|--|-------------------------------|----------------------|
| Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Fernsprech-Durchwahl<br>(05 11) 12601- 24/25 | Unsere Zeichen<br>I-Bea-Vo/Ba | Datum<br>12. 3. 1985 |
|--------------|--------------------|--|-------------------------------|----------------------|

Betrifft:

Neubaumaßnahmen im Bereich der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel  
hier: Geplanter Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte

Sehr geehrter Herr Minister,

Pressemeldungen entnehmen wir, daß Planungen bestehen, im Zuge von Neubaumaßnahmen die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel abzureißen.

Die Bedeutung des Gebäudes liegt auf der Hand. Es handelt sich um eines der ganz wenigen architektonischen Zeugnisse der nationalsozialistischen Justiz. Wegen der Einzelheiten erlaube ich mir, auf einen Artikel über die Hinrichtungsstätte in unserem Mitteilungsblatt "ÖTV in der Rechtspflege" Nr. 28, S. 18 f zu verweisen. Schon für die Zurückhaltung des Ministeriums gegenüber der Forderung, die inzwischen an dem Hinrichtungsgebäude angebrachte Gedenktafel an einer für jedermann sichtbaren Stelle an der Außenwand der JVA anzubringen, konnten wir kein Verständnis aufbringen. Die Absicht, die Hinrichtungsstätte ganz abzureißen, bestürzt uns.

Aufgrund der Kenntnisse der Örtlichkeit leuchtet uns auch die Ansicht des Staatshochbauamtes nicht ein, daß anderweitig kein Platz für die nach den Pressemeldungen geplanten Neubauten vorhanden ist und daß sich die Hinrichtungsstätte unter keinen Umständen in die Neubaumaßnahmen integrieren läßt. Wir verkennen zwar nicht, daß der für Neubauten vorhandene Raum nicht unbegrenzt ist. Indessen läßt der Flächenplan der Justizvollzugsanstalt erkennen, daß die noch nicht bebaute Fläche eine sinnvolle Lösung unter Erhaltung des Hinrichtungsgebäudes durchaus ermöglicht. Erfahrungsgemäß läßt sich eine optimale Lösung, die allen Belangen Rechnung trägt, oft nicht von einer einzigen Stelle (hier: dem Hochbauamt) erarbeiten. Vielmehr liegt es in einem solchen Fall nahe, ein Architektenpreisausschreiben zu veranstalten mit dem Auftrag, unter Lösung des bestehenden Zielkonflikts sinnvolle Entwürfe vorzulegen. Uns ist aber nicht bekannt, daß ein solcher Architektenwettbewerb stattgefunden hat.

- 2 -

Telegramm-Adresse: Degebe Hannover  
Fernschreiber: degebe 922 789

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft AG,  
Hannover (BLZ 250 101 11)  
Konto-Nr. 1002 015 600

Wir bitten, Zuschriften ausschließlich  
an obige Anschrift und nicht an Einzelpersonen  
zu richten.

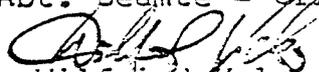
Angesichts ähnlicher Vorkommnisse nicht nur in Niedersachsen, sondern auch darüber hinaus ist es nicht verwunderlich, wenn die Vermutung aufkommt, daß bei der Planung dem Interesse an der Erhaltung der betreffenden historischen Stätte nicht das nötige Gewicht beigegeben worden ist, oder daß sogar Verdrängungsbedürfnisse mitgewirkt haben. Wir erinnern an die Rücknahme der im Jahre 1982 gegebenen Zusage des Bundesverteidigungsministeriums, die für die Errichtung eines Dokumentationszentrums im ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen benötigte Fläche von 5.000 m<sup>2</sup> zur Verfügung zu stellen; nach dieser Sinnesänderung bei Bonner Stellen war plötzlich auch in Niedersachsen die Bereitschaft nicht mehr vorhanden, die Mittel für die Umsetzung der ehemaligen KZ-Baracke (in der JVA Groß Hesepe) aufzubringen. Umgekehrt fällt auf, daß Bundes- und Landesstellen großzügig die Errichtung eines deutschen Panzer-Museums bei Munster fördern. In diesem Fall hat das Bundesverteidigungsministerium sogar ein 18.000 m<sup>2</sup> großes Grundstück zur Verfügung gestellt. Auch das Geld für die Errichtung von mehreren Gebäuden ist vorhanden; die ersten beiden Ausstellungshallen sind bereits gebaut.

Der Wille zur Erhaltung der architektonischen Zeugnisse unserer Justizgeschichte - auch soweit sie mit Schatten behaftet ist - ist ein Prüfstein dafür, inwieweit es uns mit dem Willen zur Aufarbeitung der NS-Justiz ernst ist. Im In- und Ausland würde der Abriß der Hinrichtungsstätte weithin als beschämendes Zeichen gewertet werden.

Wir bitten deshalb, in einem Architekten-Preisausschreiben neue Entwürfe mit der Vorgabe anzufordern, daß die Hinrichtungsstätte stehen bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND  
Abt. Beamte - Öffentl. Dienst

  
- Wilfried Volz -

Anlage



Dr. Helmut Kramer  
zur Kenntnisnahme

Gewerkschaft  
Öffentliche Dienste,  
Transport  
und Verkehr

ÖTV-Bezirksverwaltung, Dreyerstraße 6, 3000 Hannover 1

An den  
Herrn Niedersächsischen  
Minister der Justiz  
Am Waterloo-Platz 1

3000 Hannover 1

Bezirksverwaltung  
Niedersachsen

Dreyerstraße 6  
3000 Hannover 1

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Fernsprech-Durchwahl  
(05 11) 1 24 07- 21

Unser Zeichen  
fr-mü

Datum  
22.07.1985

Neubaumaßnahmen im Bereich der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel  
hier: geplanter Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte

Sehr geehrter Herr Minister,

wir danken Ihnen nochmals für das auf Ihre freundliche Anregung zustande ge-  
kommene Gespräch am 4. Juni 1985 über die Neubaumaßnahmen in der Justizvoll-  
zugsanstalt Wolfenbüttel.

Nachdem die Ergebnisse dieses Gesprächs inzwischen in Kreisen des Deutschen  
Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft ÖTV erörtert worden sind, möchten  
wir heute auf die Frage des geplanten Abrisses der ehemaligen Hinrichtungs-  
stätte in der JVA Wolfenbüttel zurückkommen:

Wir verkennen zwar nicht, daß das Fortbestehen des Gebäudes "ehemalige Hin-  
richtungsstätte" mit dem Uhrentürmchen gewisse Erschwernisse für die Neubau-  
maßnahme mit sich bringt. Wir meinen aber, daß die Erhaltung des histori-  
schen Gebäudes gegenüber dem Interesse an Ihrer gegenwärtigen Bauplanung den  
Vorzug verdient. Wir müssen deshalb an unseren Bedenken gegen den geplanten  
Abbruch festhalten.

Wir verweisen zunächst auf die ausführliche Begründung unseres Standpunktes  
in unserem Schreiben vom 12.03.1985. Ihren Vorschlag, die Erinnerung an die  
Hinrichtungen während der NS-Zeit durch eine neu zu errichtende Gedenkstätte

- 2 -

Schreiben an den Herrn Niedersächsischen Minister vom 22.07.1985 Blatt 2  
der Justiz

außerhalb des Anstaltsgeländes wachzuhalten, haben wir geprüft; wir können aber darin keine Lösung erkennen, die den Abbruch der ehemaligen Hinrichtungsstätte rechtfertigen könnte. Eine solche Gedenkstätte könnte die Mahnfunktion des Gebäudes nicht ersetzen, gleichviel ob eine solche Gedenkstätte in dem Parkgelände nördlich der JVA oder - in Form eines Gedenksteins oder einer Gedenkplatte - neben dem Haupteingang der JVA errichtet würde. Baudenkmäler können nicht durch Denkmäler, Gedenksteine oder Gedenktafeln ersetzt werden.

Mit unserer Forderung nach der Erhaltung der Hinrichtungsstätte befinden wir uns in Übereinstimmung mit sämtlichen beteiligten Stellen. Dies gilt insbesondere für das Niedersächsische Landesverwaltungsamt, Institut für Denkmalspflege. Dieses hat das Gebäude in die listenmäßige Erfassung der Baudenkmale als Teil der Gruppe baulicher Anlagen "Gefängniskomplex, Ziegenmarkt 10/11" ausgewiesen, an deren Erhaltung wegen der geschichtlichen Bedeutung, in Teilen auch künstlerischen und städtebaulichen Bedeutung, ein öffentliche Interesse besteht. Wir konnten dazu in Erfahrung bringen, daß auf einer von der Bezirksregierung Braunschweig veranstalteten Besprechung im Januar 1985 sämtlichen Teilnehmern speziell der Abriß des Altbautraktes "ehemalige Hinrichtungsstätte" vermeidbar erschien; dies ist in einem Ergebniswerk ausdrücklich festgehalten. Wie uns das Institut für Denkmalspflege weiter mitgeteilt hat, geht es deshalb davon aus, daß nunmehr eine Lösung vorgelegt wird, welche die Erhaltung des Gebäudes vorsieht und daß die Obere Denkmalschutzbehörde dem neuerlichen Ansinnen eines Abbruchantrages nicht zustimmen würde.

Darüber hinaus erlauben wir uns den Hinweis, daß auch der Ausschuß für Kultur, Denkmalspflege und Fremdenverkehr der Stadt Wolfenbüttel nach wie vor dem geplanten Abriß ablehnend gegenübersteht.

Nach alledem bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Minister, auf eine bauliche Lösung hinzuwirken, die das Gebäude mit der ehemaligen Hinrichtungsstätte unangetastet läßt.

Schreiben an den Herrn Niedersächsischen Minister vom 22.07.1985  
der Justiz

Blatt 3

Darüber hinaus bitten wir Sie, das Innere des Gebäudes zu einer Gedenkstätte in einer Weise umzugestalten, die ein würdiges Gedenken ermöglicht. Beispielsweise könnten in einem der Innenräume Dokumente ausgestellt werden, die an die Zeit der Unrechtsherrschaft und an die an dieser Stelle umgebrachten Opfer erinnern.

Der Umstand, daß das Innere des Gebäudes bedauerlicherweise inzwischen stark verändert worden ist, steht nicht entgegen. Denn insgesamt ist die Bausubstanz erhalten, das Äußere des Gebäudes ist im wesentlichen unverändert geblieben.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Wert des Gebäudes als Gedenkstätte dadurch gemindert sei, daß die Öffentlichkeit keinen Zutritt zu dem Anstaltsgelände erhalten könne. Dieser Hinweis überzeugt nicht. Zum einen hängt die Bedeutung des Gebäudes als baugeschichtliches und rechtshistorisches Zeugnis nicht von seiner allgemeinen Zugänglichkeit ab. Zum anderen kann im Rahmen der in die Diskussion eingebrachten Lösungsvorschläge nicht übersehen werden, daß das oben genannte Parkgelände, was die tatsächliche Kenntnisnahme durch die Öffentlichkeit angeht, gewissermaßen im toten Winkel liegt. Demgegenüber halten wir - auch angesichts der Lage des Hinrichtungsgebäudes auf dem Anstaltsgelände - es für organisatorisch durchführbar und mit vollzuglichen Sicherheitsinteressen vereinbar, das - nahe einem der Anstaltstore gelegene - Gebäude in einem noch zu bestimmenden Rahmen (etwa nach Voranmeldung oder zu bestimmten Tageszeiten) interessierten Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Fricke



An des  
Niedersächsisches Landes-  
verwaltungsamt  
- Institut für Denkmalpflege -  
z.Hd. Herrn Prof. Dr. Möller

Hannover, den

Betr.: Wolfenbüttel, Justizvollzugsanstalt  
Neubaumaßnahme  
hier: Abbruch der ehemaligen Hinrichtungsstätte

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.4.1985 - S 1 - 57721 - 1

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Möller!

Zu unserem Bedauern müssen wir heute noch einmal auf die geplanten Neubaumaßnahmen im Bereich der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel zurückkommen.

Nach Ihrem Schreiben vom 22.4.1985 waren wir zunächst davon ausgegangen, daß ein Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte (Gebäude mit dem Uhrtürmchen) nicht mehr zu befürchten ist; wie Sie uns mitgeteilt haben, konnte auf einer Besprechung bei der Bezirksregierung Braunschweig Übereinstimmung dahin erzielt werden, daß allen Teilnehmern der Besprechung der Abriß dieses Gebäudes vermeidbar erschien.

Demgegenüber hält der Niedersächsische Minister der Justiz nach wie vor an der Absicht fest, die ehemalige Hinrichtungsstätte abzureißen; auf einer Besprechung am 12. Juni 1985 erklärten uns Minister Walter Remmers sowie der zuständige Abteilungsleiter Berlit nebst dem zuständigen Referenten, sie wüßten von der von Ihnen erwähnten Besprechung nichts. Auf unseren Einwand, an der Besprechung habe doch vermutlich zumindest ein Vertreter der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel teilgenommen, blieb der Minister bei der Erklärung, die Justizverwaltung sei nicht beteiligt worden, jedenfalls sei dem Ministerium von der Besprechung nichts bekannt.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Möller, für eine Mitteilung über den gegenwärtigen Sachstand sehr dankbar.

Außerdem bitten wir um Mitteilung, welche Angaben des Justizministeriums über die Zeitplanung (wann Abriß, wann Errichtung der Neubauten) Ihnen vorliegen. Hat die Justizverwaltung ein Architektenpreisausschreiben veranstaltet mit dem Auftrag, unter Lösung des bestehenden Zielkonfliktes (bei Vermeidung des Abrisses der ehemaligen Hinrichtungsstätte) sinnvolle Entwürfe vorzulegen?

Falls dem Institut für Denkmalpflege die bisherigen Entwürfe vorliegen, wären wir für eine Ablichtung dankbar.

Die Vorschriften über den Schutz von schutzwürdigen Baudenkmalern sind uns im einzelnen nicht bekannt. Sie sprechen in Ihrem Schreiben vom 22.3.1985 davon, daß das Gebäude mit dem Uhrtürmchen im Zusammenhang mit der listenmäßigen Erfassung der Baudenkmale als Teil der Gruppe baulicher Anlagen "Gefängniskomplex, Ziegenmarkt 10/11" ausgewiesen worden ist, an deren Erhaltung wegen der geschichtlichen Bedeutung, in Teilen auch künstlerischen und städtebaulichen, ein öffentliches Interesse besteht. Dazu unsere Frage: Ist die Schutzwürdigkeit von Baudenkmalen graduell abgestuft? Falls es darüber gesetzliche oder sonstige Vorschriften gibt, wären wir Ihnen für Ablichtungen davon dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

# DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER DER JUSTIZ

Geschäfts-Nr.  
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

☎ (0511) 120-1  
Durchwahl

Hannover

4438 I - 403. 463

120- 6795 · 2. Juli 1985

Postanschrift:

Niedersächsischer Minister der Justiz · Postfach 201 · 3000 Hannover 1

An den  
Arbeitskreis  
Stadtgeschichte e.V.  
Weserstraße 23

3320 Salzgitter 51

Betrifft: Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.5.1985

Sehr geehrte Damen und Herren!

Für Ihr o.a. Schreiben danke ich Ihnen. Ich teile Ihnen dazu folgendes mit:

Die Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel ist innerhalb ihrer Mauern sehr beengt. Für dringend notwendige Ergänzungs- und Ersatzbauten fehlt Platz.

Im Zuge der in den nächsten Jahren vorgesehenen Hochbaumaßnahmen muß daher auch der Anbau am alten Wirtschaftsgebäude, in dem sich früher die Hinrichtungsstätte befunden hat, abgerissen werden.

Eine andere Lösung gibt es leider nicht.

Aufgabe einer Gedächtnisstätte muß es sein, das Gedenken an die damaligen Geschehnisse aufrechtzuerhalten. Es ist beabsichtigt, in der Anstaltskirche der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel eine solche Gedenkstätte einzurichten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
(Dr. Großkelwing)

v. 7.10.1985

Antwort auf eine Kleine Anfrage  
— Drucksache 10/4272 —

Betr.: Errichtung von Gedenkstätten oder Denkmälern in Niedersächsischen Justizvollzugsanstalten

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Drechsler (SPD) vom 3. 5. 1985

In zahlreichen noch jetzt benutzten Niedersächsischen Justizvollzugsanstalten (Wolfenbüttel, Celle I, Groß Hesepe, Versen usw.) haben während des Nationalsozialismus Zehntausende von Menschen gelitten, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen dort unschuldig eingesperrt haben. In Wolfenbüttel wurden allein von 1940 bis 1945 mehr als 2 000 Männer und Frauen hingerichtet, darunter Widerstandskämpfer aus dem In- und Ausland. Tausende von Menschen sind gefoltert worden oder sind wegen der schlechten Bedingungen während der Haft gestorben. Würdige Gedenkstätten oder Denkmäler sollten die Erinnerung an die Schreckensherrschaft und ihre Opfer aufrecht erhalten.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Justizvollzugsanstalten haben politische Gegner und Widerstandskämpfer eingesperrt, und in welchen dieser Anstalten gibt es Gedenkstätten oder Hinweise hierfür?
2. Entsprechen die in den JVA vorhandenen Gedenkstätten, Denkmäler und Hinweise dem Ziel, die Erinnerung an die Schreckensherrschaft und ihre Opfer würdig aufrecht zu erhalten?
3. Wenn nein, was müßte getan werden, um dieses Ziel zu erreichen, und was ist beabsichtigt?
4. Ist es zutreffend, daß die frühere Hinrichtungsstätte in der JVA Wolfenbüttel trotz zahlreicher Proteste abgerissen werden soll? Wenn ja, warum? Ist nach Abriß eine neue Gedenkstätte vorgesehen? Wenn ja, in welcher Form?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Minister der Justiz  
— 4400 I — 403. 325 —

Hannover, den 7. 10. 1985

Es ist davon auszugehen, daß sich in den jetzt noch genutzten, älteren niedersächsischen Justizvollzugsanstalten während der NS-Zeit Frauen und Männer befanden, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht hätten inhaftiert und verurteilt werden dürfen. Ohne umfangreiche, zeitaufwendige Untersuchungen läßt sich auch nicht annähernd ermitteln, in welchen Justizvollzugsanstalten politische Gegner und Widerstandskämpfer eingesperrt haben. Soweit die Unterlagen nicht in den Wirren des Kriegsendes verloren gegangen sind, haben die Anstalten Akten, Buchwerk, Karteien

usw. durchweg an die Staatsarchive abgegeben. Ich habe davon abgesehen, an die Staatsarchive heranzutreten. Die Durchsicht der — wahrscheinlich — zahlreichen Einzelunterlagen könnte sich nicht auf die Prüfung der stichwortartigen Vermerke über die abgeurteilte Straftat bzw. Tatverdacht und Haftgrund beschränken. Denn daraus dürfte sich der tatsächliche Grund der Inhaftierung nicht ergeben. Eine methodische Untersuchung und wissenschaftliche Dokumentation über die Verhältnisse in den Strafanstalten während der NS-Zeit, wie das z. B. für die Emslandlager geschehen ist (siehe dazu Antwort zu Frage 1), liegt nicht vor.

Zu den eingangs der Anfrage genannten Hinrichtungen in Wolfenbüttel teile ich mit:

In Wolfenbüttel wurden von 1937 bis März 1945 wahrscheinlich 515 Frauen und Männer hingerichtet, darunter befanden sich über 50 Widerstandskämpfer aus Frankreich, Holland und Belgien, sogenannte „Nacht- und Nebel“-Gefangene.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Unter Hinweis auf das Gesagte kann ich dazu nur mitteilen: In Wolfenbüttel war eine größere Zahl sog. „Nacht- und Nebel“-Gefangener inhaftiert. Es handelte sich dabei um Widerstandskämpfer, die nach einem geheimen Hitler-Erlaß und aufgrund von „Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten“, unterschrieben von Keitel, nach Deutschland verbracht worden waren. Am Gebäude der ehemaligen Hinrichtungsstätte und in der Anstaltskirche befinden sich Gedenktafeln.

Auf dem Gelände der jetzigen JVA Meppen befand sich zunächst das Lager Neu-Versen, das 1939 von der Wehrmacht übernommen wurde und bis Ende 1944 Kriegsgefangenenlager war. Ab November 1944 wurden in die nur noch teilweise mit Kriegsgefangenen belegten Lager Versen und Dalum etwa 2500 Häftlinge des KZ Neuengamme gebracht, von denen allein in Versen, das nun der SS unterstand, bis März 1945 566 Häftlinge umkamen. Unmittelbar neben der Justizvollzugsanstalt Meppen liegt der Lagerfriedhof. Dort sind mehrere Gedenksteine, Denkmale und Hinweistafeln angebracht. Ein in Papenburg ansässiges Aktionskomitee bemüht sich um die Errichtung eines Dokumentationszentrums für die Emslandlager. Im Gegensatz zu den nicht erforschten Zuständen in den Strafanstalten gibt es über die Verhältnisse in den Emslandlagern umfangreiches, veröffentlichtes Material, insbesondere: Kosthorst/Walter: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich — Beispiel Emsland — Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz, Droste-Verlag.

Das jetzige Lager Groß-Hesepe der JVA Lingen I war zunächst als Moorlager vorgesehen; es waren dann dort aber italienische Kriegsgefangene untergebracht. In der Abteilung ist ein Dokumentationszentrum im Aufbau, das in Wort, Bild und Objekten die Entwicklung und Nutzung des Lagers aufzeigen wird.

Zu 2 und 3:

Die Gedenktafeln in der JVA Wolfenbüttel und auf dem Lagerfriedhof Versen weisen in würdiger Form auf die Geschehnisse hin.

Der dargelegte derzeitige Erkenntnisstand läßt die Errichtung von Gedenkstätten, Denkmalen und Hinweisen in anderen Justizvollzugsanstalten nicht sachgerecht erscheinen.

Zu 4:

Es ist dringend notwendig, in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel u. a. neue Wirtschaftsgebäude zu errichten. Wegen des beengten Geländes wird es sich nicht vermeiden lassen, das Gebäude, in dem sich die Hinrichtungsstätte befand, abzureißen. Es müßte dann an anderer geeigneter Stelle in Wolfenbüttel, die der Öffentlichkeit auch besser zugänglich sein sollte, in würdiger Form auf die Vergangenheit hingewiesen werden.

Remmers

(Nob. Justizminister)

(Ausgegeben am 21. 10. 1985)



ÖTV-Bezirksverwaltung, Dreyerstraße 6, 3000 Hannover 1

Bezirksverwaltung  
Niedersachsen

Niedersächsisches Landesverwaltungsamt  
- Institut für Denkmalpflege -  
z. Hd. Herrn Prof. Dr. Möller  
Scharnhorststr. 1

3000 Hannover

Dreyerstraße 6  
3000 Hannover 1

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen  
oh-kle

Fernsprech-Durchwahl  
(05 11) 12407-15

Tag  
06.03.1986

Wolfenbüttel, Justizvollzugsanstalt - Neubaumaßnahme -  
hier: Abbruch der ehemaligen Hinrichtungsstätte  
Bezug: Ihr Schreiben vom 22.04.1985 - S 1 - 57721 - 1

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Möller,

zu unserem Bedauern müssen wir heute noch einmal auf die geplanten Neubaumaßnahmen im Bereich der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel zurückkommen.

Nach Ihrem Schreiben vom 22.04.1985 waren wir zunächst davon ausgegangen, daß ein Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte (Gebäude mit dem Uhrtürmchen) nicht mehr zu befürchten ist; wie Sie uns mitgeteilt haben, konnte auf einer Besprechung bei der Bezirksregierung Braunschweig Übereinstimmung dahin erzielt werden, daß allen Teilnehmern der Besprechung der Abriß dieses Gebäudes vermeidbar erschien.

Demgegenüber hält der Niedersächsische Minister der Justiz nach wie vor an der Absicht fest, die ehemalige Hinrichtungsstätte abzureißen; auf einer Besprechung am 12. Juni 1985 erklärten uns Minister Walter Remmers sowie der zuständige Abteilungsleiter Berlit nebst dem zuständigen Referenten, sie wüßten von der von Ihnen erwähnten Besprechung nichts. Auf unseren Einwand, an der Besprechung habe doch vermutlich zumindest ein Vertreter der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel teilgenommen, blieb der Minister bei der Erklärung, die Justizverwaltung sei nicht beteiligt worden, jedenfalls sei dem Ministerium von der Besprechung nichts bekannt.

- 2 -

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Möller, für eine Mitteilung über den gegenwärtigen Sachstand sehr dankbar.

Außerdem bitten wir um Mitteilung, welche Angaben des Justizministeriums über die Zeitplanung (wann Abriß, wann Errichtung der Neubauten) Ihnen vorliegen. Hat die Justizverwaltung ein Architektenpreisausschreiben veranstaltet mit dem Auftrag, unter Lösung des bestehenden Zielkonfliktes (bei Vermeidung des Abrisses der ehemaligen Hinrichtungsstätte) sinnvolle Entwürfe vorzulegen?

Falls dem Institut für Denkmalpflege die bisherigen Entwürfe vorliegen, wären wir für eine Ablichtung dankbar.

Die Vorschriften über den Schutz von schutzwürdigen Baudenkmalern sind uns im einzelnen nicht bekannt. Sie sprechen in Ihrem Schreiben vom 22.04.1985 davon, daß das Gebäude mit dem Uhrtürmchen im Zusammenhang mit der listenmäßigen Erfassung der Baudenkmale als Teil der Gruppe baulicher Anlagen "Gefängniskomplex, Ziegenmarkt 10/11" ausgewiesen worden ist, an deren Erhaltung wegen der geschichtlichen Bedeutung, in Teilen auch künstlerischen und städtebaulichen, ein öffentliches Interesse besteht. Dazu unsere Frage: Ist die Schutzwürdigkeit von Baudenkmalen graduell abgestuft? Falls es darüber gesetzliche oder sonstige Vorschriften gibt, wären wir Ihnen für Ablichtungen davon dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Ohnesorg

# NIEDERSÄCHSISCHES LANDESVERWALTUNGSAMT

-INSTITUT FÜR DENKMALPFLEGE-

Außenstelle für den Regierungsbezirk Braunschweig

Postanschrift:

Nieders. Landesverwaltungsamt · Postfach 4180 · 3300 Braunschweig

ÖTV-Bezirksverwaltung  
z. Hd. Herrn Ohnesorg  
Dreyerstr. 6

3000 Hannover 1

EINGEGANGEN - 1. ...

|                                 |   |   |              |
|---------------------------------|---|---|--------------|
| Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom | (Bitte bei Antwort angeben)<br>Mein Zeichen | ☎ (0531)<br>Bearbeiter                        | Braunschweig |
| oh-kle                          | S 11.57721-1                                | 484-37 29<br>Vermittlung 37 74<br>484-0 37 89 | 25.03.86     |

Wolfenbüttel, Justizvollzugsanstalt, Ziegenmarkt 10/11  
hier: Abbruch der ehemaligen Hinrichtungsstätte

Sehr geehrter Herr Ohnesorg,

der Landeskonservator bat mich, Ihr Schreiben vom 06.03.86 als zuständiger Konservator im Regierungsbezirk Braunschweig zu beantworten. Mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, daß der Niedersächsische Minister der Justiz nach Ihrer Auskunft an der Absicht festhält, die ehemalige Hinrichtungsstätte abzureißen. Was die Besprechung im Januar 1985 angeht, so waren das Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie das Wirtschaftsministerium vertreten, die Gefängnisleitung nahm teil neben dem Staatshochbauamt, dem Institut für Denkmalpflege sowie der Oberen Denkmalschutzbehörde, Dezernat 406 der Bezirksregierung Braunschweig. An diese als zuständige genehmigende Denkmalschutzbehörde habe ich mit Datum von heute Ihr Schreiben weitergeleitet mit der Bitte, Ihnen den gegenwärtigen Sachstand mitzuteilen. Dort müßte auch eine zeitliche Planung bekannt sein, sofern gegenwärtig tatsächlich um die Genehmigung eines Abrisses gebeten wurde, was im Zuge einer solchen Maßnahme notwendig wäre.

....

022 065 003  
09.84

Dienstgebäude  
Wilhelmstraße 62-69  
Braunschweig

Sprechzeiten  
Bau- u. Kunstdenkmalpflege Mo. 9-15.30 Uhr  
Archäolog. Denkmalpflege Di. 9-15.30 Uhr  
Besuche bitte möglichst vereinbaren

Telex  
952821  
952821 nibs d

Überweisung an Regierungshauptkasse Hannover  
Konto-Nr. 25 001561 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)  
Konto-Nr. 35 988 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)  
Konto-Nr. 300-305 PGiroA Han (BLZ 250 100 30)

Betreffend die denkmalfachliche Bewertung herrscht zwischen dem Institut für Denkmalpflege und der Oberen Denkmalschutzbehörde Einvernehmen, daß es sich bei der ehemaligen Hinrichtungsstätte um einen unverzichtbaren Bestandteil der Gruppe baulicher Anlagen "Gefängniskomplex, Ziegenmarkt 10/11" handelt, an dessen Erhaltung wegen seiner geschichtlichen Bedeutung ein öffentliches Interesse besteht. Eine Abstufung aufgrund gradueller Unterschiede gibt es nach der Definition für Baudenkmale gemäß § 3 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes nicht! Grundsätzlich kann dem Abbruch eines landeseigenen Baudenkmales nur stattgegeben werden, wenn ein zwingendes anderes öffentliches Interesse einen Abriß unumgänglich macht und keine Alternativen möglich sind.

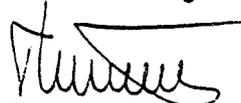
Von einem Architektenwettbewerb ist hier nichts bekannt. Auch sind bisher keine Entwürfe vorgelegt worden, die einen Abbruch des Gebäudes beinhalten. Ich gehe nach wie vor davon aus, daß im Zuge der Benehmensherstellung zwischen dem Institut für Denkmalpflege als Landesfachbehörde und der Oberen Denkmalschutzbehörde bei der Bezirksregierung eine Genehmigung zum Abbruch nicht erteilt werden wird.

Ich hoffe, Ihnen wenigstens einen Teil Ihrer Fragen hinreichend beantwortet zu haben, bin aber gerne bereit, weitere Fragen ggf. auch telefonisch zu beantworten.

Eine Durchschrift dieses Schreibens erhält die Obere Denkmalschutzbehörde - Dezernat 406 - der Bezirksregierung Braunschweig zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

  
Thumm

Anlage: 1x NOSch J.

Herrn  
Richter am Amtsgericht  
Ulrich Vultejus  
Brandensteinstr. 36

3000 Hannover 81

Betrifft: ÖTV in der Rechtspflege Nr. 36, Ausgabe August 1986;  
hier: Artikel "Verdrängung statt Aufarbeitung -  
zum geplanten Abriß der ehemaligen Hinrich-  
tungsstätte in Wolfenbüttel"

Sehr geehrter Herr Vultejus!

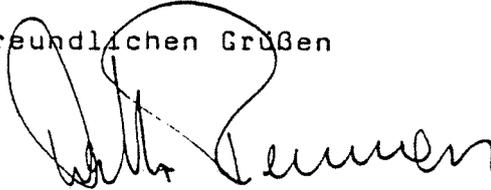
Der Artikel geht davon aus, das Nieders. Justizministerium beabsichtige, im Rahmen einer Neubauplanung die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel abzureißen. Eine solche Absicht besteht nicht. Entgegen den von Ihnen vorgetragenen Sorgen teile ich Ihnen mit, daß das Gebäude, in welchem sich die Hinrichtungsstätte befand, nicht abgerissen werden wird. Anderslautende Befürchtungen beruhen auf Informationen über frühere unverbindliche Vorüberlegungen zur Planung von Neubauten, die in der Nähe des Gebäudes, in dem sich die Hinrichtungstätte befand, errichtet werden sollen. Die Sorgen sind seit April 1986 unbegründet. Vielmehr soll die ehemalige Hinrichtungsstätte in einen würdigen Zustand versetzt werden.

andere die  
Antwort von  
Mj Remmers  
auf eine SPD-  
Landtags an-  
frage am  
7.10.1985

Zur Richtigstellung bitte ich, diesen Brief in der nächsten Ausgabe der ÖTV in der Rechtspflege abzdrukken. Im übrigen sollten Sie sich künftig bei entsprechenden Artikeln doch vorher in meinem Hause informieren, um Falschmeldungen zu vermeiden. Hätten Sie sich

vorher erkundigt, so hätten Sie ohne Schwierigkeit erfahren können, daß seit Frühjahr 1986 feststeht, daß die frühere Hinrichtungsstätte erhalten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'W. J. Jansen', written over the printed text 'Mit freundlichen Grüßen'.

30. Juni 1986

668

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Az.: I/2-021-2273/86

(Bei Rückfragen bitte angeben)

Kaiser-Friedrich-Straße 18  
5300 BONN 1, den 26.6.1986

Telefon: (0228) 200 230  
(oder über Vermittlung 2001)

Telex: adbpn d 886393

Telefax: (0228) 200-200

An den  
Präsidenten der Internationalen  
Föderation der Widerstandskämpfer  
Herrn Avv. Arialdo Banfi  
Alliiertenstraße 2 - 4

A-1020 Wien II

Sehr geehrter Herr Banfi,

der Herr Bundespräsident dankt Ihnen vielmals für Ihren Brief vom 14. März 1986, mit dem Sie sich gegen den geplanten Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel aussprechen. Ihr Schreiben setzte eine Fühlungnahme mit der Landesregierung von Niedersachsen voraus, entschuldigen Sie bitte deshalb die verspätete Beantwortung Ihres Briefes. Nach der nunmehr vorliegenden Stellungnahme des Niedersächsischen Ministers der Justiz soll das Gebäude in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel, in welchem sich eine Hinrichtungsstätte befindet, nicht abgerissen werden. Anders lautende Befürchtungen beruhen auf Informationen über unverbindliche Überlegungen zur Planung von Neubauten, die in der Nähe des Gebäudes, in der sich die Hinrichtungsstätte befand, errichtet werden sollen. Diese Sorgen sind nunmehr unbegründet. Vielmehr soll die ehemalige Hinrichtungsstätte in einen würdigen Zustand versetzt werden. Der Herr Bundespräsident hofft, daß mit dieser eindeutigen Stellungnahme der Landesregierung von Niedersachsen Ihre Befürchtungen endgültig ausgeräumt werden konnten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Spath

## JVA Wolfenbüttel – kein Gedenken an die Opfer des National- sozialismus

Im Zusammenhang mit dem mahnenden Gedenken an das Jahr 1933 ist in der Öffentlichkeit wieder das Vorhandensein der alten Hinrichtungsstätte in der JVA Wolfenbüttel in den Blickpunkt gerückt. Dort wurden in den Jahren 1933 bis 1945 über 2000 Menschen, darunter viele französische und andere ausländische Widerstandskämpfer, hingerichtet – die genaue Zahl ist bis heute unbekannt. Wolfenbüttel war zentraler Hinrichtungsort für die Oberlandesgerichtsbezirke Braunschweig, Celle und Oldenburg sowie für die Landgerichtsbezirke Bielefeld und Paderborn. Bis ungefähr 1942 kam der Scharfrichter aus Hannover; die Guillotine brachte er im Lieferwagen mit. Dann wurde in Wolfenbüttel eine eigene Guillotine errichtet.

Eine der Hingerichteten – die 24-jährige Belgierin Fernande Volral, Opfer des berühmten "Nacht- und Nebel-Erlasses" – schrieb in ihrem Abschiedsbrief vom 7. August 1944 an ihre Mutter u.a.: "... Ich glaube, daß nach diesem Krieg ein glückliches Leben anfängt. Ich bitte euch, es gut zu nutzen, alle".

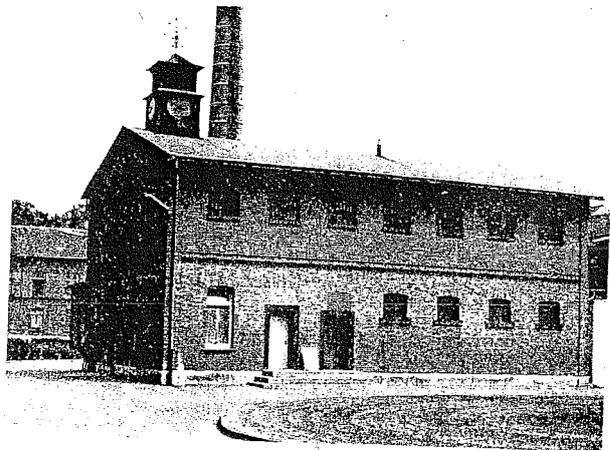
Der u.a. von ausländischen Widerstandsorganisationen gestellte Antrag, zur Erinnerung an die Opfer an der JVA eine Mahntafel anzubringen, führte nach jahrelangem Widerstreben im Wolfenbütteler

Rat zu einer Minimallösung, bei der jede kritische Wendung oder Mahnung vermieden wurde. Der Text: "Hier haben während der Herrschaft des Nationalsozialismus Menschen verschiedener Nationalität und Herkunft gelitten und ihr Leben gelassen". Entgegen der Forderung nach einem öffentlichen Gedenken wurde die Tafel im Inneren der JVA versteckt, an einer Wand des stehengebliebenen Teils des Hinrichtungsgebäudes. Handwerker mußten sie hastig einige Wochen vor dem 30. Januar 1983 montieren. Irgend welche Ansprachen mit Worten des Gedenkens und der Besinnung gab es nicht.



Der SPD-Landtagsabgeordnete Wilhelm Schmidt hat Justizminister Walter Remmers gebeten, die Gedenktafel oder eine weitere Gedenktafel an der Außenwand der JVA am Wolfenbütteler Ziegenmarkt anbringen zu lassen; für die Kosten – ggf. für die Kosten einer zweiten Tafel – will Schmidt selbst Sorge tragen.

Die Hinrichtungsstätte ist noch vorhanden. Sie wird jetzt als Lagerraum und für die Desinfektion der Gefangenenmatratzen benutzt. Vor nicht langer Zeit fanden Hinterbliebene, die sich zu der Stätte des letzten Ganges ihres Verwandten führen ließen, den Raum voller Gerümpel vor. Der Abgeordnete Schmidt hat den Justizminister gebeten, die ehemalige Hinrichtungsstätte der Öffent-



lichkeit in einer der historischen Bedeutung würdigen Weise zugänglich zu machen; das sei ersichtlich ohne übermäßigen Kostenaufwand möglich. Die Antwort des Ministers: Die jetzt in dem Gebäude untergebrachten Einrichtungen ließen sich nicht kurzfristig anderweitig unterbringen. Er sähe deshalb keine ausreichenden Möglichkeiten, die ehemalige Hinrichtungsstätte würdig herzurichten und der Öffentlichkeit mehr als bisher zugänglich zu machen.

Die Gewerkschaft ÖTV hat sich dem Antrag des Abgeordneten Schmidt angeschlossen und den Justizminister gebeten, seine Entscheidung zur Ausgestaltung der Hinrichtungsstätte und zum Anbringungsort der Gedenktafel noch einmal zu überprüfen.

H. K.

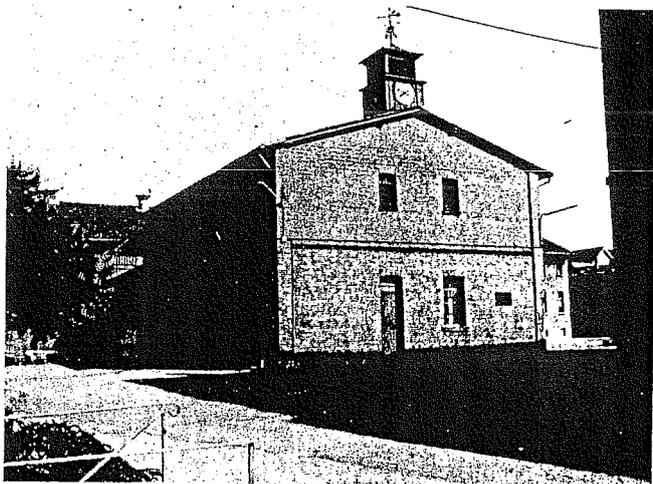
# Sachzwänge oder organisierte Vergeßlichkeit?

– Zum geplanten Abriß der Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte

In ÖTV RpfI. Nr. 28 berichteten wir über das Scheitern des Plans, in dem ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen ein Dokumentationszentrum einzurichten. Bundesverteidigungsminister Apel hatte 1982 zugesagt, die benötigten 5000 qm bundeswehreigenen Geländes zur Verfügung zu stellen. Nach der "geistig-moralischen Wende" wurde die Zusage vom Bundesverteidigungsminister wegen "neuer Stationierungsplanungen" widerrufen. Auch die Mittel für die wenig kostenintensive Umsetzung einer ehemaligen KZ-Baracke (aus der JVA Groß-Hesepe) waren plötzlich nicht mehr vorhanden.

Bereitwillige Förderung läßt das Bundesverteidigungsministerium dagegen dem Entschluß der Stadt Munster und des Landkreises Soltau-Fallingb. angelehnt, ein deutsches Panzermuseum einzurichten: Es stellte für das Museum ein 18000 qm großes Grundstück zur Verfügung. Das Geld für die Errichtung von mehreren Gebäuden ist vorhanden. Die ersten beiden Ausstellungshallen sind gebaut, weitere werden demnächst errichtet. Im Mittelpunkt des Interesses werden die Panzer des "Dritten Reiches" stehen – ein Wallfahrtsort für Neonazis.

In Wolfenbüttel soll ein weiteres Stück der Vergangenheit preisgegeben werden.



Einen neuen Beweis dafür, wo bei uns die Stärken der Traditionspflege liegen, liefert nunmehr das niedersächsische Justizministerium: In der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel steht wohl erhalten das ehemalige Hinrichtungsgebäude. Dort wurden im Jahre 1940 bis 1945 mehr als 2000 Männer und Frauen hingerichtet. Unter ihnen waren viele in- und ausländische Widerstandskämpfer. Wolfenbüttel war für die Vollstreckung sämtlicher Todesurteile aus den Oberlandesbezirken Braunschweig, Celle und Oldenburg und aus weiteren Bezirken Norddeutschlands zuständig. Die Bedeutung des Gebäudes

liegt auf der Hand: Im Unterschied etwa zum Gebiet des Militärischen gibt es im Bereich von Recht und Unrecht außer den Aktenvorgängen mit ihrer juristischen Begrifflichkeit nur wenige sinnfällige Zeugnisse, die der breiten Öffentlichkeit die Geschichte in die Erinnerung rufen können. Um so wichtiger ist es, die wenigen augenfälligen Belege der schlimmsten Unrechtsperiode Deutschlands der Nachwelt zu erhalten. Bei der Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel handelt es sich um das wichtigste architektonische Zeugnis der NS-Justiz Niedersachsens und Norddeutschlands.

Über die zögernde Haltung des niedersächsischen Justizministeriums gegenüber der Forderung, mit bescheidenem Kostenaufwand einen Raum der Hinrichtungsstätte als schlichte Gedenkstätte herzurichten, berichteten wir in ÖTV RpfI. Nr. 28. Nun droht sogar der Abriß des Gebäudes selbst. Es soll Neubauten weichen, für die nach Ansicht des Staatshochbauamtes anderweit kein Platz vorhanden ist. Ein Architektenwettbewerb mit der Aufgabe, den angeblichen Zielkonflikt zu lösen, ist nicht erfolgt. Der Kulturausschuß der Stadt Wolfenbüttel hat gegen den geplanten Abriß protestiert. Anstaltsleiter Arnold meint, es genüge, wenn in der Anstaltskirche "in geeigneter Weise" auf die Vergangenheit hingewiesen wird.

## Zweierlei Maß in Gedenken an Täter und Opfer ?

Die Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel ist immer wieder das Ziel ausländischer Widerstands- und Verfolgtenorganisationen und von Angehörigen der Hingerichteten. Darüber hinaus ist für uns alle der Umgang mit den Überlieferungen unserer Justizgeschichte der Prüfstein dafür, inwieweit es uns mit dem Willen zur Aufarbeitung ernst ist. Der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident etwa geht dabei so weit, daß er in seinem Gericht noch immer das Bild eines Vertreters der Terrorjustiz (des Senatspräsidenten am Volksgerichtshof Nebelung) hängen läßt, weil er es als "stete Warnung und Mahnung" betrachtet. So jedenfalls seine offizielle Begründung: allerdings wirkt das Aushängen des Bildes doch als Ehrung, denn ihm ist ein distanzierender Hinweis weder auf die Funktion Nebelungs noch auf die Anzahl seiner Todesurteile beigefügt.

Wenn selbst einem der Zulieferer der damals zu vollstreckenden Todesurteile noch heute ehrenvoll gedacht wird, sollte dann nicht gerade auch die Stätte, an der so viele Opfer ihren letzten Gang antreten mußten, als mahnendes Zeugnis erhaltenswert sein? Die Gewerkschaft ÖTV hat in einem Schreiben an den Justizminister die Erhaltung der Hinrichtungsstätte und ihren Ausbau zu einer Gedenkstätte gefordert.

## Inhaltsverzeichnis

### Im Brennpunkt

Verdrängung statt Aufarbeitung —  
zum geplanten Abriß der ehemaligen  
Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel ..... II

### Rechtspolitisches

H.-E. Bender, Meinungsfreiheit, Humanität  
und freiheitliche Verfassung ..... 3

### Justizpolitisches

Ein Erfolg: Urlaub für Strafgefangene ..... 6

### Aus der Justiz

Ein eigenes Oberverwaltungsgericht für  
Schleswig-Holstein ..... 8  
Unser tägliches Recht ..... 10  
Antisemitischer Richter: Dokortitel aberkannt .... 10  
Prozeßkostenhilfe überschätzt? ..... 11  
Amtsgerichte und Verwaltungsgerichte  
stärker belastet ..... 11  
Verwarnungen und Bußgeldbescheide  
in Wolfenbüttel ..... 12

### Zur Aufarbeitung der NS-Justiz

Das Nürnberger Juristenurteil — eine Lektion  
für die Justiz der Bundesrepublik? ..... 14  
Filme zur NS-Justiz: Möglichkeiten eines  
Einstiegs in das Thema NS-Justiz ..... 18  
Ersatzvornahme für Ordinarien: Zu einer  
Veranstaltungsreihe an der Universität  
in Göttingen ..... 20

### Rezension

Ernst Albrecht: „Der Staat —  
Idee und Wirklichkeit“ ..... 22

### Am Rande

Einstufige Ausbildung erfolgreicher ..... 24  
Recht, aus der Quelle geschöpft ..... III

Aufgelesen ..... IV

## Im Brennpunkt

### Verdrängung statt Aufarbeitung —

### zum geplanten Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel

Das niedersächsische Justizministerium beabsichtigt, im Rahmen einer Neubauplanung die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel abzureißen.

Auf die große justizgeschichtliche Bedeutung der Hinrichtungsstätte haben wir bereits mehrmals hingewiesen (ÖTV Rpfl. Nr. 29 und 31). Das historische Gebäude steht unter Denkmalschutz. Nach §§ 1, 3 Nds. Denkmalschutzgesetz sind u. a. solche Baudenkmale zu schützen, an deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen Bedeutung ein öffentliches Interesse besteht. Ein Gebäude, in dem in den Jahren der Schreckensherrschaft mindestens 516 Menschen, überwiegend aus politischen Gründen, hingerichtet worden sind, ist unbedingt erhaltenswürdig. Hier kommt noch die besondere architektonische Gestaltung des aus dem 19. Jahrhundert stammenden Gebäudes mit dem symbolhaften Uhrentürmchen hinzu. Mit Recht hat deshalb das Niedersächsische Institut für Denkmalpflege das Gebäude wegen seiner geschichtlichen Bedeutung in das Verzeichnis der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude aufgenommen; nach Ansicht des Instituts für Denkmalpflege hat das Justizministerium weder ein zwingendes öffentliches Interesse, daß den Abriß unumgänglich macht, noch das Fehlen einer Alternative dargetan. Damit befindet sich das Institut für Denkmalpflege in erklärter Übereinstimmung mit allen anderen beteiligten Stellen.

Trotzdem beharrt der niedersächsische Justizminister auf dem Abriß: dem Bedürfnis nach geschichtlicher Erinnerung werde durch eine Gedenktafel oder einen Gedenkstein mit einem allgemein gehaltenen Text hinreichend Rechnung getragen. Als Aufstellungsort der Tafel hat die Anstaltsleitung inzwischen eine freie Stelle neben dem Eingang der Anstalt abgelehnt.

Eine Veröffentlichung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverw. Niedersachsen, Dreyerstr. 6, 3000 Hannover 1, Tel: 0511/124070. Presserechtlich verantwortlich: Norbert Ohnesorg. Mitarbeiter dieser Ausgabe sind u.a.: Richter am Landgericht Dr. Bernd Asbrock, Georg-Gröning-Str.63 A, 2800 Bremen, Tel: 0421/345675; Richter am Verwaltungsgericht Martin Bender, Bonifatiusplatz 11, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/624609; Richter am Oberlandesgericht Hans-Ernst Böttcher, Scharnhorststr. 190, 2800 Bremen, Tel. 0421/235501; Richter am Amtsgericht Manuel Bronisch-Holtze, Richartzstr. 25, 3000 Hannover 81, Tel. 0511/837165; Richter am Oberlandesgericht Dr. Helmut Kramer, Herrenbreite 18 A, 3340 Wolfenbüttel, Tel. 05331/71135; Richter am Amtsgericht Ulrich Vultejus, Brandensteinstr. 36, 3000 Hannover 81, Tel. 0511/830486

Ausgabe: August 1986

Druck: SOAK, Am Taubenfelde 30,  
3000 Hannover 1, Tel.0511/326187

Die Tafel soll an der rückwärtigen Anstaltsmauer in dem toten Winkel eines kleinen Parks angebracht werden, der sogar von den meisten Wolfenbüttelern nie betreten wird. Spätestens hier drängt sich die Frage auf, ob es dem Ministerium um Aufarbeitung oder eher um Verdrängung geht.

Hat man im Ministerium eine ausreichende Ahnung davon, was in Wolfenbüttel, was in der deutschen Justiz in den Jahren 1933 bis 1945 geschehen ist? Ist man sich voll im klaren darüber, daß es sich bei den in Wolfenbüttel vollstreckten Todesurteilen - mindestens 516 Hinrichtungen - um Terrorurteile gehandelt hat, mit denen man nicht etwa bloß in "kriegsbedingter Härte" die allgemeine Ordnung aufrechterhalten wollte (allein das wäre schlimm genug), sondern um gegen Menschlichkeit und Freiheit gerichtete politische Unterdrückungsmaßnahmen handelte? Anlaß zu Zweifeln an den diesbezüglichen Vorstellungen des Justizministeriums geben Erklärungen, in denen Wert darauf gelegt wird, daß "auch" gewöhnliche Kriminelle hingerichtet worden sind, worunter das Ministerium angesichts der wenigen einschlägigen Fälle von zugrundeliegenden Kapitalverbrechen allenfalls nur Täter meinen kann, die z. B. als halbverhungerte ausländische Zwangsarbeiter Mundraub begangen hatten. Ob das Ministerium zu den "gewöhnlichen Straftätern" etwa auch die sog. Selbstverstümmeler rechnet, die sich mit ihrem Vorgehen der Mitwirkung am Angriffskrieg entziehen wollten und deshalb - und nachdem sie vorher im Luftwaffenlazarett in Braunschweig unter Bewachung gesundgepflegt worden waren - unter das Fallbeil kamen?

Im Ministerium weiß man anscheinend auch nicht annähernd, wieviel Widerstandskämpfer und andere politische Gegner des NS-Regimes in Wolfenbüttel hingerichtet worden sind. "Ohne umfangreiche, zeitaufwendige Untersuchungen" - so heißt es in der Antwort der Landesregierung vom 07.10.1985 auf eine kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Drechsler vom 03.05.85 - "läßt sich auch nicht annähernd ermitteln, in welchen Justizvollzugsanstalten politische Gegner und Widerstandskämpfer eingesessen haben." Man weiß gerade noch, daß in Wolfenbüttel "50 Widerstandskämpfer aus Frankreich, Holland und Belgien, sog. Nacht- und Nebel-Gefangene" hingerichtet worden sind.

Im Ausland hat man eine deutlichere Er-

innerung an die Rolle der Wolfenbütteler Vollzugsanstalt im "Dritten Reich". In den genannten Ländern und darüber hinaus wird die Erinnerung an die in Wolfenbüttel hingerichteten Widerstandskämpfer und ihre Leiden mittels würdiger Gedenkstätten und -veranstaltungen gepflegt. Im Unterschied zu einem Land, in dem Verdrängung vorzuherrschen scheint, bemüht man sich dort um eine gründliche wissenschaftliche Aufarbeitung. So ist inzwischen in Frankreich eine von polnischen Wissenschaftlern erarbeitete Untersuchung der "Nacht- und Nebel"-Vorgänge erschienen, mit einem eigenen ausführlichen Kapitel über die Vollzugsanstalt Wolfenbüttel und die dort hingerichteten Widerstandskämpfer nebst deren Taten: Carel Jonca und Alfred Konieczny, NN-Nuit et Brouillard - L'Operation Terroriste Nazie. Draguignan 1981.

Dem Hannoveraner Justizministerium ist dies Buch anscheinend unbekannt geblieben. In diesen und anderen Veröffentlichungen kann man nachlesen, daß im Wolfenbütteler Gefängnis z. B. im Jahre 1943 insgesamt 2646 Gefangene untergebracht waren, darunter 301 Polen und 447 "Nacht- und Nebel-Gefangene". Bei Hungerrationen wurden die Gefangenen auch zu Zwangsarbeiten in Rüstungs- und anderen Industriebetrieben gezwungen. Die Gefangenen waren in den Gefängnisgebäuden auf engstem Raum zusammengepfercht. In ihrer Forderung nach Zuweisung von noch mehr Gefangenen machte die Justizverwaltung aus schlimmster Überbelegung eine Unterbelegung: In dem "Zellengebäude Haus I mit einer Normalbelegungsfähigkeit von 180 Köpfen" waren im Mai 1944 einschließlich 38 zum Tode verurteilter NN-Gefangener 207 NN-Gefangene untergebracht. Diese Zahl kann ... unter schärferer Ausnutzung allen in diesem Haus I verfügbaren Raumes auf bis zu 400 erhöht werden ... Das Mißverhältnis zwischen Belegungsmöglichkeit und tatsächlicher Belegung wirkt sich im Arbeitseinsatz in starkem Maße produktionshemmend bei kriegs- und ernährungswichtigen Unternehmerbetrieben aus" (Schreiben des Vorstandes des Strafgefängnisses vom 10. Mai 1944 - 443 -).

Nach dem besonders unmenschlichen Nacht- und Nebel-Erlaß (an seiner Ausarbeitung war der spätere Oldenburger Oberlandesgerichtspräsident Werner Hülle beteiligt) sollten die ausländischen Widerstandskämpfer spurlos beseitigt werden, selbst nach der Hinrichtung waren die Angehörigen im unklaren zu halten - Teil einer besonders perfiden Verunsicherungsstrategie.

An das Verbot, die Abschiedsbriefe an die Angehörigen weiterzuleiten, sah sich die Braunschweiger Staatsanwaltschaft übrigens bis zum Jahre 1964 gebunden; erst dann erlaubte man Freunden der Hingerichteten die Weiterleitung an die Angehörigen. Dazu muß man allerdings wiederum wissen, daß einige Richter und Staatsanwälte, die an in Wolfenbüttel vollstreckten Todesurteilen und an den Hinrichtungen mitgewirkt hatten, noch jahrzehntelang in der Braunschweiger Justiz tätig waren.

Nach allem ist es verständlich, wenn die Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel für Angehörige und Freunde der Toten nach dem Krieg zu einem besonderen Bezugspunkt geworden ist. Immer wieder kommen vor allem Franzosen und Belgier nach Wolfenbüttel. Ihrer Vorstellung, eine der Bedeutung des Ortes entsprechend würdig-schlicht hergerichtete Gedenkstätte vorzufinden, wird allerdings der Zustand des Gebäudes nicht gerecht. Bis vor kurzem wurde der Raum unter anderem für die Desinfektion der Gefangenenmatratzen und als Gerümpellager benutzt.

Die Forderung nach der Umwandlung in eine Gedenkstätte verstummte in all den Jahren nicht. Um so größer war das Entsetzen im Ausland, als dort jetzt die Abriß-Pläne bekannt wurden. Nicht einmal dieser Festpunkt der Erinnerung sollte den Hinterbliebenen gelassen werden. Und - so fragt man sich im Ausland mit Recht - was ist in der Bundesrepublik vorgegangen, daß man so leichtfertig mit einer Vergangenheit umgeht, die man nicht ohne weiteres als ein für allemal überwunden ansehen kann?

Mit dieser Kritik hielt vor allem das Ausland nicht hinter dem Berge. Zahlreiche Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Verfolgter in Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, England,

Polen, Ungarn und Israel protestierten beim niedersächsischen Justizminister, zum Teil auch bei der jeweiligen deutschen Botschaft. Der Inhalt der meist sehr ausführlich und völlig individuell gehaltenen Protestschreiben läßt erkennen, wie stark und nachhaltig die Betroffenheit im Ausland angesichts des ministeriellen Vorhabens ist. Mittlerweile hat sich die Anzahl der Organisationen, die sich nachdrücklich für den Erhalt des Gebäudes und für den Ausbau zu einer Gedenkstätte ausgesprochen haben, auf 49 erhöht. Unter ihnen befindet sich - um nur ein Beispiel zu nennen - der Staatssekretär für die Angelegenheiten der Kriegsveteranen und Kriegsoffer beim französischen Ministerium für Verteidigung. In der genannten Zahl nicht enthalten sind eine Reihe von Protestschreiben von Hochschullehrern und anderen prominenten Persönlichkeiten des In- und Auslandes. In mehreren deutschen und ausländischen Zeitschriften sind kritische Berichte über das Abrißvorhaben erschienen. Das 1. Deutsche Fernsehen hat in dem NDR-Landesprogramm vom 30.6.86 kritisch berichtet.

Wahrscheinlich steckt hinter der Abbruchplanung des Ministeriums nicht einmal böser Wille, sondern nur Nachgiebigkeit gegenüber vermeintlichen "Sachzwängen" und Gedankenlosigkeit. Das macht die Sache nicht besser. Denn es handelt sich um eben jene Erinnerungslosigkeit, der die Kraft abgeht, in ständigem Fragen nach den Ursachen des faschistischen Terrors seiner Wiederholung in der Zukunft vorzubeugen.

Die Gewerkschaft ÖTV hat gegenüber dem niedersächsischen Justizminister ihre Forderung wiederholt, die ehemalige Hinrichtungsstätte zu erhalten und sie in eine Erinnerungs- und Dokumentationsstätte umzuwandeln.

# Abbruch statt Gedenkstätte?

## Ehemaliges Hinrichtungsgebäude der NS-Zeit soll verschwinden

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 11. April. Das niedersächsische Justizministerium in Hannover plant, auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel das ehemalige Hinrichtungsgebäude abzureißen. In den Jahren 1940 bis 1945 waren dort mehr als 2000 Männer und Frauen hingerichtet worden, darunter Widerstandskämpfer aus dem In- und Ausland. Die Anstalt war für die Vollstreckung sämtlicher Todesurteile aus den Oberlandesgerichtsbezirken Braunschweig, Celle, Oldenburg und weiteren Gebieten Norddeutschlands zuständig. Die Forderung, in dem Gebäude eine Gedenkstätte einzurichten, war bisher unerfüllt geblieben.

Wie das Ministerium auf Anfrage der FR bestätigte, ist nun sogar der Abriß geplant, was ein Sprecher damit begründete, daß die Anstalt modernisiert und vergrößert werden müsse und daß dafür auf dem Gelände nur wenig Platz zur Verfügung stehe. Möglicherweise werde später zum Gedenken an die Hingerichteten in der Anstaltskirche eine Tafel angebracht und eine Vitrine aufgestellt. Dafür gebe es aber noch keine konkreten Pläne.

Gegen den geplanten Abriß der Hinrichtungsstätte protestierten der Kulturausschuß der Stadt Wolfenbüttel und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, deren Zeitschrift „ÖTV in der Rechtspflege“ in ihrer letzten Ausgabe darauf hinwies, daß im Gebäude des Oberlandesgerichts Braunschweig noch

immer ein Bild des früheren Senatspräsidenten am Volksgerichtshof, Günther Nebelung, hänge. Die Zeitschrift knüpfte daran die Frage: „Wenn selbst eines der Zulieferer der damals zu vollstreckenden Todesurteile noch heute ehrenvoll gedacht wird, sollte dann nicht gerade auch die Stätte, an der so viele Opfer ihren letzten Gang antreten mußten, als mahnendes Zeugnis erhaltenswert sein?“

Auch der niedersächsische DGB-Landesbezirksvorstand setzt sich für die Erhaltung der Hinrichtungsstätte, die häufig von Delegationen ausländischer Verfolgtenorganisationen besucht wird, und für ihren Ausbau zu einer Gedenkstätte ein.

Frankfurter  
Rundschau

v. 12. 4. 1985

v. 7. 10. 1985

/

Antwort auf eine Kleine Anfrage  
— Drucksache 10/4272 —

Betr.: Errichtung von Gedenkstätten oder Denkmälern in Niedersächsischen Justizvollzugsanstalten

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Drechsler (SPD) vom 3. 5. 1985

In zahlreichen noch jetzt benutzten Niedersächsischen Justizvollzugsanstalten (Wolfenbüttel, Celle I, Groß Hesepe, Versen usw.) haben während des Nationalsozialismus Zehntausende von Menschen gelitten, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen dort unschuldig eingesperrt haben. In Wolfenbüttel wurden allein von 1940 bis 1945 mehr als 2 000 Männer und Frauen hingerichtet, darunter Widerstandskämpfer aus dem In- und Ausland. Tausende von Menschen sind gefoltert worden oder sind wegen der schlechten Bedingungen während der Haft gestorben. Würdige Gedenkstätten oder Denkmäler sollten die Erinnerung an die Schreckensherrschaft und ihre Opfer aufrecht erhalten.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Justizvollzugsanstalten haben politische Gegner und Widerstandskämpfer eingesperrt, und in welchen dieser Anstalten gibt es Gedenkstätten oder Hinweise hierfür?
2. Entsprechen die in den JVA vorhandenen Gedenkstätten, Denkmäler und Hinweise dem Ziel, die Erinnerung an die Schreckensherrschaft und ihre Opfer würdig aufrecht zu erhalten?
3. Wenn nein, was müsste getan werden, um dieses Ziel zu erreichen, und was ist beabsichtigt?
4. Ist es zutreffend, daß die frühere Hinrichtungsstätte in der JVA Wolfenbüttel trotz zahlreicher Proteste abgerissen werden soll? Wenn ja, warum? Ist nach Abriß eine neue Gedenkstätte vorgesehen? Wenn ja, in welcher Form?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Minister der Justiz

Hannover, den 7. 10. 1985

— 4400 I — 403. 325 —

Es ist davon auszugehen, daß sich in den jetzt noch genutzten, älteren niedersächsischen Justizvollzugsanstalten während der NS-Zeit Frauen und Männer befanden, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht hätten inhaftiert und verurteilt werden dürfen. Ohne umfangreiche, zeitaufwendige Untersuchungen läßt sich auch nicht annähernd ermitteln, in welchen Justizvollzugsanstalten politische Gegner und Widerstandskämpfer eingesperrt haben. Soweit die Unterlagen nicht in den Wirren des Kriegsendes verloren gegangen sind, haben die Anstalten Akten, Buchwerk, Karteien

usw. durchweg an die Staatsarchive abgegeben. Ich habe davon abgesehen, an die Staatsarchive heranzutreten. Die Durchsicht der — wahrscheinlich — zahlreichen Einzelunterlagen könnte sich nicht auf die Prüfung der stichwortartigen Vermerke über die abgeurteilte Straftat bzw. Tatverdacht und Haftgrund beschränken. Denn daraus dürfte sich oft der tatsächliche Grund der Inhaftierung nicht ergeben. Eine methodische Untersuchung und wissenschaftliche Dokumentation über die Verhältnisse in den Strafanstalten während der NS-Zeit, wie das z. B. für die Emslandlager geschehen ist (siehe dazu Antwort zu Frage 1), liegt nicht vor.

Zu den eingangs der Anfrage genannten Hinrichtungen in Wolfenbüttel teile ich mit:

In Wolfenbüttel wurden von 1937 bis März 1945 wahrscheinlich 515 Frauen und Männer hingerichtet, darunter befanden sich über 50 Widerstandskämpfer aus Frankreich, Holland und Belgien, sogenannte „Nacht- und Nebel“-Gefangene.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Unter Hinweis auf das Gesagte kann ich dazu nur mitteilen: In Wolfenbüttel war eine größere Zahl sog. „Nacht- und Nebel“-Gefangener inhaftiert. Es handelte sich dabei um Widerstandskämpfer, die nach einem geheimen Hitler-Erlaß und aufgrund von „Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten“, unterschrieben von Keitel, nach Deutschland verbracht worden waren. Am Gebäude der ehemaligen Hinrichtungsstätte und in der Anstaltskirche befinden sich Gedenktafeln.

Auf dem Gelände der jetzigen JVA Meppen befand sich zunächst das Lager Neu-Versen, das 1939 von der Wehrmacht übernommen wurde und bis Ende 1944 Kriegsgefangenenlager war. Ab November 1944 wurden in die nur noch teilweise mit Kriegsgefangenen belegten Lager Versen und Dalum etwa 2 500 Häftlinge des KZ Neuengamme gebracht, von denen allein in Versen, das nun der SS unterstand, bis März 1945 566 Häftlinge umkamen. Unmittelbar neben der Justizvollzugsanstalt Meppen liegt der Lagerfriedhof. Dort sind mehrere Gedenksteine, Denkmale und Hinweistafeln angebracht. Ein in Papenburg ansässiges Aktionskomitee bemüht sich um die Errichtung eines Dokumentationszentrums für die Emslandlager. Im Gegensatz zu den nicht erforschten Zuständen in den Strafanstalten gibt es über die Verhältnisse in den Emslandlagern umfangreiches, veröffentlichtes Material, insbesondere: Kosthorst/Walter: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich — Beispiel Emsland — Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz, Droste-Verlag.

Das jetzige Lager Groß-Hesepe der JVA Lingen I war zunächst als Moorlager vorgesehen; es waren dann dort aber italienische Kriegsgefangene untergebracht. In der Abteilung ist ein Dokumentationszentrum im Aufbau, das in Wort, Bild und Objekten die Entwicklung und Nutzung des Lagers aufzeigen wird.

Zu 2 und 3:

Die Gedenktafeln in der JVA Wolfenbüttel und auf dem Lagerfriedhof Versen weisen in würdiger Form auf die Geschehnisse hin.

Der dargelegte derzeitige Erkenntnisstand läßt die Errichtung von Gedenkstätten, Denkmälern und Hinweisen in anderen Justizvollzugsanstalten nicht sachgerecht erscheinen.

~~Antwort auf eine kleine Anfrage:~~

Niedersächsischer Landtag — Zehnte Wahlperiode

---

Zu 4:

Es ist dringend notwendig, in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel u. a. neue Wirtschaftsgebäude zu errichten. Wegen des beengten Geländes wird es sich nicht vermeiden lassen, das Gebäude, in dem sich die Hinrichtungsstätte befand, abzureißen. Es müßte dann an anderer geeigneter Stelle in Wolfenbüttel, die der Öffentlichkeit auch besser zugänglich sein sollte, in würdiger Form auf die Vergangenheit hingewiesen werden.

Remmers

(Nob. Justizminister)

(Ausgegeben am 21. 10. 1985)

# DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER DER JUSTIZ

Geschäfts-Nr.  
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

☎ (05 11) 120-1  
Durchwahl

Hannover

4438 I - 403. 463

120- 6795 · 2. Juli 1985

Postanschrift:

Niedersächsischer Minister der Justiz · Postfach 201 · 3000 Hannover 1

An den  
Arbeitskreis  
Stadtgeschichte e.V.  
Weserstraße 23

3320 Salzgitter 51

Betrifft: Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.5.1985

Sehr geehrte Damen und Herren!

Für Ihr o.a. Schreiben danke ich Ihnen. Ich teile Ihnen dazu folgendes mit:

Die Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel ist innerhalb ihrer Mauern sehr beengt. Für dringend notwendige Ergänzungs- und Ersatzbauten fehlt Platz.

Im Zuge der in den nächsten Jahren vorgesehenen Hochbaumaßnahmen muß daher auch der Anbau am alten Wirtschaftsgebäude, in dem sich früher die Hinrichtungsstätte befunden hat, abgerissen werden.

Eine andere Lösung gibt es leider nicht.

Aufgabe einer Gedächtnisstätte muß es sein, das Gedenken an die damaligen Geschehnisse aufrechtzuerhalten. Es ist beabsichtigt, in der Anstaltskirche der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel eine solche Gedenkstätte einzurichten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
(Dr. Großkelwing)

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Az.: I/2-021-2273/86

(Bei Rückfragen bitte angeben)

Kaiser-Friedrich-Straße 16  
5300 BONN 1, den 26.6.1986

Telefon: (0228) 200 230  
(oder über Vermittlung 2001)

Telex: adbpn d 888393

Telefax: (0228) 200-200

An den  
Präsidenten der Internationalen  
Föderation der Widerstandskämpfer  
Herrn Avv. Arialdo Banfi  
Alliiertenstraße 2 - 4

A-1020 Wien II

Sehr geehrter Herr Banfi,

der Herr Bundespräsident dankt Ihnen vielmals für Ihren Brief vom 14. März 1986, mit dem Sie sich gegen den geplanten Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel aussprechen. Ihr Schreiben setzte eine Fühlungnahme mit der Landesregierung von Niedersachsen voraus, entschuldigen Sie bitte deshalb die verspätete Beantwortung Ihres Briefes. Nach der nunmehr vorliegenden Stellungnahme des Niedersächsischen Ministers der Justiz soll das Gebäude in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel, in welchem sich eine Hinrichtungsstätte befindet, nicht abgerissen werden. Anders lautende Befürchtungen beruhen auf Informationen über unverbindliche Überlegungen<sup>x)</sup> zur Planung von Neubauten, die in der Nähe des Gebäudes, in der sich die Hinrichtungsstätte befand, errichtet werden sollen. Diese Sorgen sind nunmehr unbegründet. Vielmehr soll die ehemalige Hinrichtungsstätte in einen würdigen Zustand versetzt werden. Der Herr Bundespräsident hofft, daß mit dieser eindeutigen Stellungnahme der Landesregierung von Niedersachsen Ihre Befürchtungen endgültig ausgeräumt werden konnten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Spath

x) aus dem Ministerialbescheid  
in der Antwort auf eine Landtags-  
anfrage v. 7.10.1985. ("Wird es sich  
nicht vermeiden lassen, das  
Gebäude, in dem sich die Hin-  
richtungsstätte befindet, abzureißen")

# Zur Aufarbeitung der NS-Justiz

## Proteste erfolgreich:

### Ehemalige Hinrichtungsstätte bleibt erhalten

In Sachen Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte können wir endlich Erfreuliches berichten. Das niedersächsische Justizministerium, das sich in früheren Erklärungen vorbehaltlos auf den Abbruch festgelegt hatte, hat in aller Stille entschieden, das Gebäude nun doch stehenzulassen.

Zu dieser Planungsänderung kam es so: Durch den Kollegen Dr. Helmut Kramer aufmerksam gemacht, haben zahlreiche Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Verfolgter aus fast ganz Europa gegen den Abbruch des historischen Gebäudes mit dem symbolischen Uhrentürmchen protestiert. Zum Schluß müssen dem Ministerium und der Staatskanzlei an die 60 solcher Schreiben vorgelegen haben; wir hatten zuletzt in Heft 36 darüber berichtet.

Eines dieser Gesuche - von einer besonders einflußreichen Organisation - ist auch an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker gerichtet worden. Von Weizsäcker - dessen engagiertes Eintreten für eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit bekannt ist - hat sich der das deutsche Ansehen im Ausland belastenden Angelegenheit angenommen. Nach einer längerdauernden Fühlungsnahme von Weizsäckers mit der niedersächsischen Landesregierung ließ das Justizministerium schließlich verlauten, daß die Befürchtungen über einen Abriß "auf Informationen über unverbindliche Überlegungen zur Planung von Neubauten (beruhten), die in der Nähe des Gebäudes ... errichtet werden sollen. Diese Sorgen sind nunmehr unbegründet. Vielmehr soll die ehemalige Hinrichtungsstätte in einen würdigen Zustand versetzt werden" (aus dem Schreiben des Bundespräsidialamtes vom 26.06.1986 an den Präsidenten der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, Wien).

Wieder einmal hat der Bundespräsident gezeigt, wie sehr ihm - im Unterschied zu vielen anderen Politikern - die Aufarbeitung der NS-Verbrechen ein Anliegen ist. Dafür danken wir ihm. Zugleich haben wir einen eindrucksvollen Beweis für die Wirksamkeit von Bürgerinitiativen - diesmal in internationaler Solidarität - wenn sie nur energisch genug vorgetragen werden.

Jetzt gilt es noch, den vom Ministerium zugesagten Ausbau zu einem würdigen Zustand dahin zu konkretisieren, daß in dem Gebäude eine Dokumentations- und Gedenkstätte errichtet wird. Dies ist auch ohne weiteres möglich, da - im Unterschied zu den letzten Jahrzehnten - das Gebäude nicht mehr zu Wirtschaftszwecken benutzt werden soll.

H. K.

2.5 : ÖTV in der Rechtspflege  
Nr. 49 (April 1991)

## Gedenkstätte Wolfenbüttel

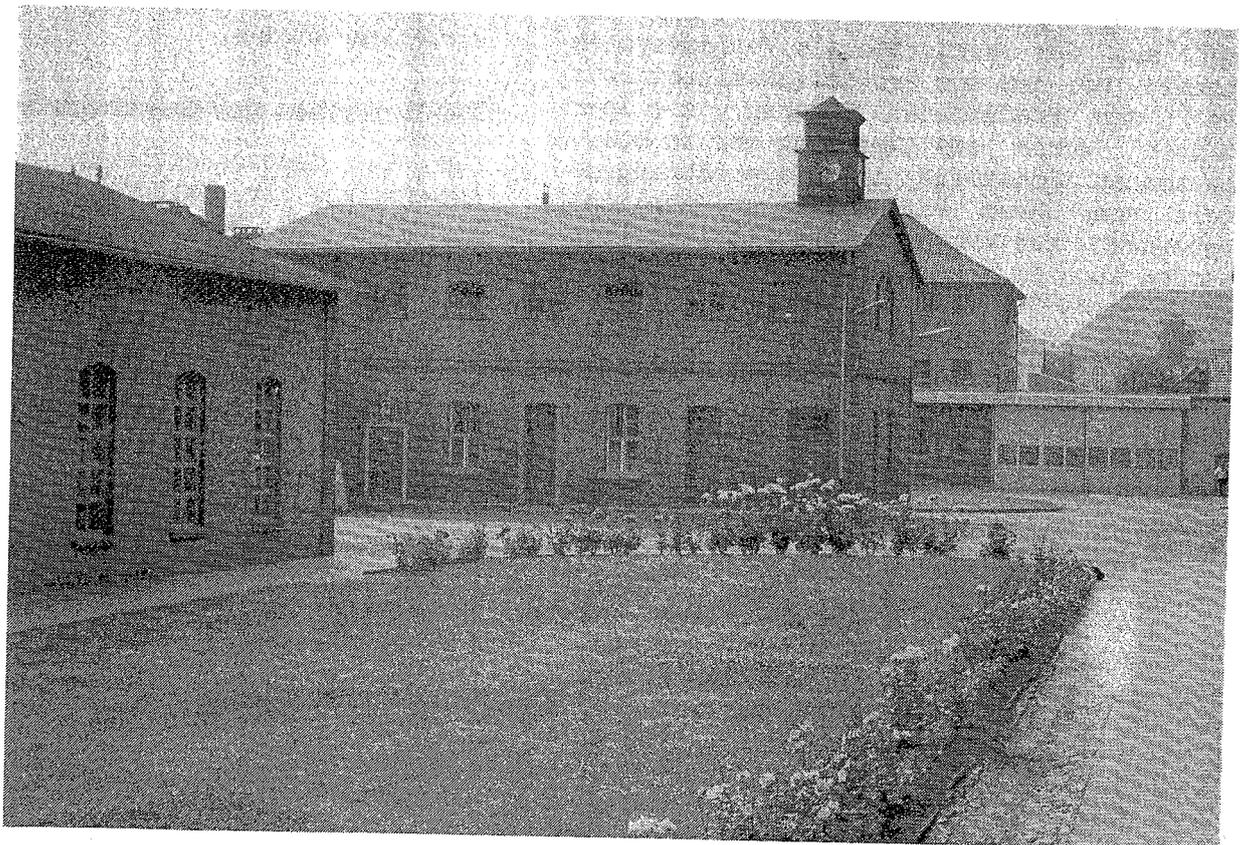
von Helmut Kramer

Unsere hartnäckigen Proteste (vgl. ÖTV Rpfl. Nr. 28, 31, 36) waren zunächst im Niedersächsischen Justizministerium ungehört verhallt. Dann - unterstützt durch energische Kritik auch des Auslandes - gab das Ministerium die Pläne zum Abbruch der ehemaligen Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel auf und entschloß sich, das Gebäude würdig als Gedenk- und Dokumentationsstätte herzurichten.

Die Gedenkstätte wurde im vergangenen Jahr eröffnet. Weil sonst alle anderen Hinrichtungsstätten der NS-Blutjustiz der Verdrängung durch Abriß zum Opfer gefallen sind, haben wir neben Berlin-Plötzensee in Wolfenbüttel den einzigen steinernen Zeugen der Schuld der Juristen und des Leidens der Opfer in der gesamten Bundesrepublik vor uns.

Der begrenzte Ausstellungsraum (der eigentliche Hinrichtungsraum ist, abgesehen von den Todeslisten, von Schaustücken freigehalten worden) ist gut genutzt: Sinnvoll ausgewählte Fotos und Dokumente veranschaulichen die Ge-

schichte des Gebäudes. An Hand der Baupläne des Hochbauamtes vom September 1937 erfährt man, daß das Reichsjustizministerium sich - durch Anordnung des Umbaus eines schon vorhandenen Gebäudes - auf die offensichtlich für den schon damals geplanten Krieg anfallenden erhöhten Hinrichtungszahlen einstellte (der Verwendungszweck der zu schaffenden Räume wurde gegenüber den nachgeordneten Dienststellen und Handwerkern geheimgehalten). Die sich immer stärker an den Bedingungen des fortschreitenden Krieges ausrichtenden Rundverfügungen des Reichsjustizministeriums sind dokumentiert. Unter den mindestens 516 Männern und Frauen, die zwischen dem 12. Oktober 1937 und dem 15. März 1945 hingerichtet worden sind, befanden sich neben zahlreichen Zivilisten, Wehrmichtsangehörigen, ausländischen Zwangsarbeitern, Juden, Kriegsgefangenen, Sinti und Roma auch die sog. "Nacht- und Nebel gefangenen" (NN), ausländische, vor allem aus Frankreich und den Benelux-Ländern stammende Widerstandskämpfer, die aus Gründen der einfacheren Aburteilung bei "Nacht und Nebel" nach Deutschland



verschleppt wurden und über deren Verbleib – als besondere Abschreckungsmaßnahme – die Angehörigen nichts erfahren durften (diese Gefangenen hatten in der Anstalt keinen Namen, sondern nur Nummern). Einiges erfährt man auch über die (noch nicht genügend aufgehellte) Seelsorge für die Todeskandidaten durch den katholischen Pfarrer Unverhau. Am Beispiel einiger Namen wird versucht, die Person der Opfer aus der listenmäßigen Anonymität heraustreten zu lassen.

Dazu gehört auch ein Teil der Geschichte der vom Braunschweiger Sondergericht zum todeswürdigen "Volksschädling" erklärten 19-jährigen Erna Wazinski, veranschaulicht durch ein Foto des jungen Mädchens, ihr (erfolgloses) Gnadengesuch und den erst kürzlich durch Zufall aufgefundenen Abschiedsbrief an ihre Mutter. Der Fall hat – unabhängig von der Ausstellung – dadurch eine besondere Aktualität erlangt, daß sich im Zusammenhang mit einem Rundfeature zum 45. Jahrestag der Hinrichtung ein Zeuge gemeldet hat. Dessen Angaben (zu einem von den Feststellungen des Urteils des Braunschweiger Sondergerichts vom 21.10.1944 völlig abweichenden "Tat"-Hergang und zu dem mit Schlägen verbundenen ersten Verhör des Mädchens) haben mich veranlaßt bei der Braunschweiger Staatsanwaltschaft die Betreibung eines Wiederaufnahmeverfahrens anzuregen.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat inzwischen das Landgericht Braunschweig Erna Wazinski posthum freigesprochen. Der Frage nach der anfänglichen Nichtigkeit des Unrechtsurteils von 1944 ist die Strafkammer allerdings ausgewichen.

Ein Mangel der Ausstellung: Über die Täter erfährt man kaum etwas. Das sollte bei der in Arbeit befindlichen Neugestaltung der Gedenkstätte berücksichtigt werden, durch Veranschaulichung ihres "Tatwerkzeugs" (gemeint ist eine bestimmte, sich vermeintlich zwingend ergebende juristische Begründungsmethodik) und durch das Nachkriegsschicksal der Täter, das sogar in einer Fortsetzung von Karrieren bestehen konnte.

Die Geschichte des Gebäudes nach 1945, mit der Installation einer "Entlausungsanlage", symbolisiert die bis in die achtziger Jahre hineinreichenden Verdrängungsbedürfnisse.

## Ausstellungskatalog

Inzwischen ist zu der Ausstellung ein Katalog erschienen. Die mit dem Inhalt der Ausstellung übereinstimmende Dokumentation ist auch äußerlich ansprechend aufgemacht:

**Niedersächsisches Justizministerium (Hg.), Nationalsozialistische Justiz und Todesstrafe. Eine Dokumentation zur Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel.**

Zusammengestellt von Wilfried Knauer, ca. 106 S.,  
Steinweg-Verlag/Magni-Buchladen,  
Braunschweig 1991,  
I SBN 3-925151-47-8

lt. K.

DR. HELMUT KRAMER  
Richter am Oberlandesgericht

334 Wolfenbüttel  
Herrenbreite 18 A  
Telefon (05331) 71135

10.11.1985/

5.2.1986

Sehr geehrte(r) ...

erlauben Sie mir, mich mit einer Bitte an Sie zu wenden. Zu dieser Bitte ermutigt mich die Überlegung, daß Sie bzw. die Mitglieder Ihrer Organisation ganz besonders unter dem nationalsozialistischen Terror gelitten haben. Es geht um die Frage, ob ein bauhistorisches Denkmal, das in ganz besonderer Weise an die Hitler-Verbrechen erinnert, beseitigt wird oder erhalten bleibt.

Die Einzelheiten bitte ich dem anliegenden Vermerk zu entnehmen.

Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie in einer Ihnen geeignet erscheinenden Weise gegen den geplanten Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte protestieren würden.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Helmut Kramer)

deutsch Fassung,  
ferner sind (auch vor den engl. Vermittler) Übersetzungen  
ins Französische, Englische, Polnische versandt worden

Dr. Helmut Kramer

In der Stadt Wolfenbüttel (bei Braunschweig in Niedersachsen) existiert ein bauhistorisches Zeugnis von besonderer Bedeutung. Es handelt sich um die ehemalige Hinrichtungsstätte auf dem Gelände des Wolfenbütteler Gefängnisses. In diesem Gebäude wurden in den Jahren 1933 - 1945, vor allem in der Zeit von 1939 bis 1945, über 2000 Menschen hingerichtet. Unter ihnen waren auch viele französische, belgische, holländische, italienische und andere ausländische Widerstandskämpfer und Verfolgte des Nazi-Regimes, nachdem sie in den Todeszellen des Wolfenbütteler Gefängnisses qualvolle Wochen und Monate verbracht hatten. Wolfenbüttel war vom Reichsjustizministerium zum zentralen Hinrichtungsort für den größten Teil von Norddeutschland und Teilk von Westdeutschland bestimmt worden. Dem Fallbeil des Henkers in Wolfenbüttel fielen auch zahlreiche "Nacht- und Nebel"-Gefangene, die vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler verurteilt worden waren, zum Opfer.

Das Hinrichtungsgebäude ist noch vorhanden, vor allem das Äußere des historischen Gebäudes ist völlig unverändert. Die Innenräume wurden in den vergangenen Jahren als Lagerraum und für die Desinfektion von Gefangenenmatratzen benutzt. Immer wieder kommen Hinterbliebene und Mitglieder von ausländischen Widerstandsorganisationen nach Wolfenbüttel, um der Toten zu gedenken. Wenn sie sich zu der Stätte des letzten Ganges der Ermordeten führen ließen, fanden sie den Raum voller Gerümpel vor. Die gewerkschaftlich organisierten Richter und <sup>mehrere</sup>Parlamentarier haben *wiederholt* den Justizminister gebeten, die ehemalige Hinrichtungsstätte zu einer Gedenkstätte umzugestalten. Eine solche Gedenkstätte wäre besonders geeignet, zu einer Auseinandersetzung mit dem faschistischen Terror aufzufordern und vor einer Wiederholung zu warnen.

Anstatt in dem Gebäude eine Gedenkstätte einzurichten, hat sich der niedersächsische Justizminister nunmehr entschlossen, im Rahmen von *Neubaumaßnahmen* das gesamte Gebäude abzureißen. Als kleines Zugeständnis hat der Minister lediglich angeboten, außerhalb des Gefängnis-

geländes einen Gedenkstein oder eine Gedenktafel zu errichten.

Der Abbruch der Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte wäre ein Skandal, sowohl in bauhistorischer als auch in politischer Hinsicht. Im Unterschied etwa zum militärischen Sektor gibt es in Bereich von Recht und Unrecht außer den Aktenvorgängen nur wenige sinnfällige Zeugnisse, die der Öffentlichkeit die Geschichte in die Erinnerung rufen können. Um so wichtiger ist es, die wenigen anschaulichen Belege der schlimmsten Unrechtsepoche Deutschlands und Europas der Nachwelt zu erhalten. Bei der Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel handelt es sich um eines der wichtigsten architektonischen Zeugnisse der nationalsozialistischen Justiz.

Inzwischen haben sich alle beteiligten Stellen gegen den Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte ausgesprochen. Selbst die beteiligten Architekten halten den Abriß für vermeidbar und sind der Ansicht, daß die geplanten Neubauten in dem Gefängnisgelände an anderer Stelle errichtet werden können. Trotzdem hält der niedersächsische Justizminister an seiner Absicht fest, die ehemalige Hinrichtungsstätte abzureißen.

Die Nachlässigkeit in diesem Bereich der geschichtlichen Erinnerung steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zu den Anstrengungen in anderen Bereichen der Traditionspflege. So ist kürzlich in Soltau-Fallingbostal in der Lüneburger Heide ein Panzermuseum mit mehreren großen Ausstellungshallen gebaut worden. Im Mittelpunkt des Interesses werden die Panzer stehen, mit denen Hitler die europäischen Länder überfallen hat - ein Wallfahrtsort für Neonazis.

Dieser Text richtet sich an alle diejenigen, die ein Interesse daran haben, daß die ehemalige Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel erhalten bleibt und zu einer Gedenkstätte umgebaut wird. Wer daran interessiert ist, sollte baldmöglichst einen Brief an den niedersächsischen Justizminister richten. Die Anschrift lautet:

Niedersächsischer Minister der Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 Hannover 1  
Republique Federale Allemagne

Es wäre erwünscht, daß Abschriften solcher Briefe an folgende Stellen gesandt werden:

Stadt Wolfenbüttel  
Kulturausschuß  
Stadtmarkt 1  
3340 Wolfenbüttel

Richter am Oberlandesgericht  
Dr. Helmut Kramer  
Herrenbreite 18 A  
3340 Wolfenbüttel

Das Schreiben braucht nicht in der deutschen Sprache abgefaßt zu sein.

Vermerk zu dem geplanten Abriss der Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel

Bekanntlich beabsichtigt der niedersächsische Minister der Justiz, im Rahmen von Neubauplänen die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel abzureißen.

Nach den öffentlichen Verlautbarungen, <sup>in Abfassung</sup> / auch nach Pressemitteilungen, hatte es bislang den Anschein, als forderten bauliche Sachzwänge den Abriss.

Nach neueren Informationen ist der Abriss der Hinrichtungsstätte aber durchaus vermeidbar. Dies ergibt sich aus einem Schreiben des Niedersächsischen Landesverwaltungsamts, Institut für Denkmalpflege - Prof. Dr. Möller - vom 22.4.1985 an den Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Niedersachsen. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

"In der Tat gab es im letzten Jahr im Rahmen der Umbauplanungen der Anstalt in Wolfenbüttel Überlegungen, welche die Möglichkeit eines Abbruchs der ehemaligen Hinrichtungsstätte mit einbezogen.

Dieses Gebäude wurde bereits im Zusammenhang mit der listenmäßigen Erfassung der Baudenkmale als Teil der Gruppe baulicher Anlagen "Gefängniskomplex, Ziegenmarkt 10/11" ausgewiesen, an deren Erhaltung wegen der geschichtlichen Bedeutung, in Teilen auch künstlerischen und städtebaulichen, ein öffentliches Interesse besteht.

Auf dieser Basis konnte in den bisherigen Verhandlungen eine Verstärkung des Abrissgedankens verhindert werden. Vielmehr konnte in der letzten Besprechung im Januar d.J. auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, auch solche Gebäude in die Pflege des - wenn auch schweren - kulturellen Erbes mit einzubeziehen. In dem diesbezüglichen Ergebnisvermerk ist bei der Bezirksregierung Braunschweig festgehalten, daß speziell der Abriss des Altbautraktes "ehemalige Hinrichtungsstätte" mit dem Uhrtürmchen allen Teilnehmern vermeidbar erschien.

Ich gehe daher davon aus, daß nunmehr eine Lösung vorgelegt wird, welche die Erhaltung des Gebäudes vorsieht und daß die Obere Denkmalschutzbehörde dem neuerlichen Ansinnen eines Abbruchantrages nicht zustimmen würde. Insoweit kann ich Ihre Bedenken austäumen."

Da an der Besprechung vom Januar d.J. auch das staatliche Hochbauamt und - mit hoher Wahrscheinlichkeit - auch ein Vertreter aus dem Strafvollzugsbereich anwesend war, läßt sich nunmehr sagen, daß sämtlichen fachlich mit dem Problem Befassten der Abriss unnötig erscheint. Die einzige Stelle - die gewissermaßen vom "grünen Tisch" aus - weiterhin den Plan eines Abrisses des historischen Gebäudes betreibt, ist das Justizministerium in Hannover.

Bei einer Besprechung, die ich namens des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 12.6.1985 mit dem Justizminister gehabt habe, war diesem weder der Brief des Instituts für Denkmalpflege noch dessen Inhalt bekannt, obgleich u. a. die Bezirksregierung Braunschweig eine Abschrift des Briefes erhalten hat.

Die historische Bedeutung des Gebäudes - in dem ungefähr 2000 Widerstandskämpfer und andere Verfolgte des nationalsozialistischen Unrechtsstaates umgebracht worden sind, kann meines Erachtens nicht dadurch ersetzt werden, daß am Eingang der JVA ein Gedenkstein oder eine Gedenkplatte angebracht oder daß in dem Park hinter der Wälgerschen Villa (für die meisten Wolfenbütteler Wissensmannen ein "toter Winkel") eine Gedenkstätte errichtet wird. Mit dem Abriss der Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte würde den vielen Fehlern im Umgang mit Baudenkmalern in Wolfenbüttel eine weitere Sünde hinzugefügt.

W mieście Wolfenbüttel (koło Brunshwiku w Dolnej Saksonii) istnieje zabytek o bardzo szczególnym charakterze. Chodzi o byłe miejsce straceń na terenie miejskiego więzienia. W więzieniu tym zostało w czasie lat 1933-1945, a przede wszystkim od roku 1939-go do 1945-go egzekutowanych ponad 2000 więźniów. Między nimi było wiele bojowników z podziemnego ruchu oporu i wiele osób prześladowanych przez reżym hitlerowski z Francji, Belgii, Holandii, Włoch i innych krajów. Zginęli oni po tygodniach a nieraz i miesiącach cierpień w celach śmierci więzienia w Wolfenbüttel.

Miasto Wolfenbüttel zostało przez ministerstwo sprawiedliwości trzeciej rzeszy wyznaczone jako centralne miejsce straceń na Niemcy północne i pewną cześć Niemiec zachodnich. Pod gilotyną utraciło życie też wielu więźniów z łapanek ("Nacht-und Nebel"-Gefangene), którzy po rozprawach przed Volksgerichtshofem kierowanym przez Rolanda Freislera zostali skazani na śmierć.

Budynek, w którym odbywały się egzekucje wciąż jeszcze istnieje, przede wszystkim jego wygląd zewnętrzny jest zupełnie niezmienny.

Pomieszczenia tego budynku były w ubiegłych latach używane jako magazyn a ponadto do dezynfekcji materaców. Wciąż jeszcze, i to często przybywają do Wolfenbüttel członkowie zagranicznych organizacji ruchu oporu, aby oddać cześć zamordowanym. Pomieszczenie, do którego wiły skazanych ich ostatnie kroki wygląda jak rupieciarnia.

Sędziowie należący do związków zawodowych oraz wielu posłów zwracało się kilkakrotnie do ministra sprawiedliwości z prośbą, ażeby przekształcił to miejsce egzekucji na pamiątkowe miejsce straceń. Tego rodzaju pomnik umożliwiłby konfrontację ze świadectwem terroru faszystowskiego i ostrzegalby przed jego powtórzeniem.

Zamiast go przekształcić na miejsce pamiątkowe minister sprawiedliwości postanowił w ramach budowy nowego kompleksu cały budynek zburzyć.

Jako jedyny kompromis zaproponował on umieszczenie tablicy pamiątkowej albo kamienia pamiątkowego na terenie więzienia. Zburzenie miejsca straceń w Wolfenbüttel byłoby skandalem zarówno pod względem politycznym jak i z punktu widzenia ochrony zabytków. W odróżnieniu od sektora militarnego istnieje w zakresie prawa i bezprawia poza aktami spraw niewiele dowodów uwidaczniających wydarzenia historyczne. Tym ważniejszym jest ratowanie niewielu trwałych śladów czasu najgorszego bezprawia w Niemczech i Europie. Miejsce egzekucji w Wolfenbüttel jest

jednym z najważniejszych architektonicznych świadectw nazistowskiego wymiaru sprawiedliwości.

W międzyczasie przeciw wyburzeniu dawnego miejsca egzekucji wypowiedziały się wszystkie kompetentne instancje. Nawet zaangażowani w tą sprawę architekci stwierdzili, że zburzenia można uniknąć a zaplanowane nowe budynki zbudować w innym miejscu na terenie więzienia. Minister sprawiedliwości nie odstąpił jednak narazie od swego zamiaru zburzenia miejsca karni.

Niedbalość w zakresie ochrony świadectw zbrodni kontrastuje bardzo ostro z wysiłkami w innych sektorach ochrony zabytków z niedawnej przeszłości. W Soltau-Fallingb. otwarte zostało niedawno w dużych halach wystawowych muzeum czołgów. W osrodku zainteresowania publiczności znajdują się czołgi, na których Hitler napadł na inne kraje europejskie - miejsce przyszłych pielgrzymek neonazistów.

Niniejszy tekst jest skierowany pod adresem wszystkich, którzy opowiadają się za uratowaniem miejsca egzekucji i za przekształceniem go w miejsce pamięci po zamordowanych. Osoby te powinny jak najszybciej wysłać odpowiedni list do :

Niedersächsischer Minister der Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 Hannover 1  
Bundesrepublik Deutschland

Kopie takiego listu powinny zostać skierowane do:

Stadt Wolfenbüttel  
Kulturausschuß  
Stadtmarkt  
3340 Wolfenbüttel

Richter am Oberlandgericht  
Dr. Helmut Kramer  
Herrenbreite 18 A  
3340 Wolfenbüttel

List nie musi być napisany w języku niemieckim.

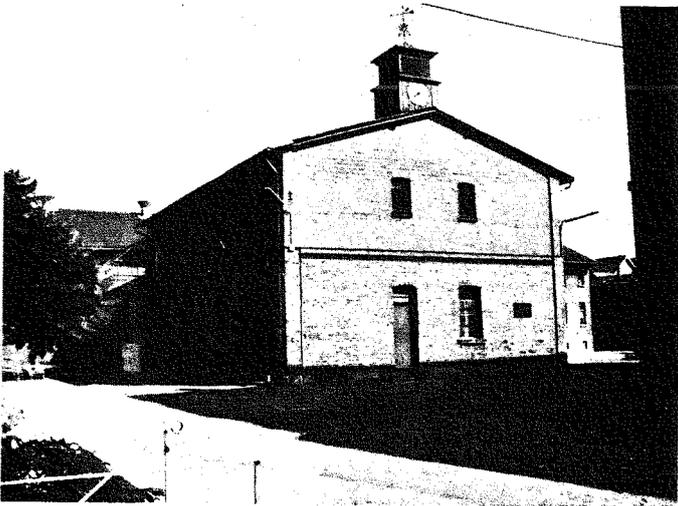
# Sachzwänge oder organisierte Vergeßlichkeit?

– Zum geplanten Abriß der Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte

In ÖTV Rpf. Nr. 28 berichteten wir über das Scheitern des Plans, in dem ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen ein Dokumentationszentrum einzurichten. Bundesverteidigungsminister Apel hatte 1982 zugesagt, die benötigten 5000 qm bundeswehreigenen Geländes zur Verfügung zu stellen. Nach der "geistig-moralischen Wende" wurde die Zusage vom Bundesverteidigungsminister wegen "neuer Stationierungsplanungen" widerrufen. Auch die Mittel für die wenig kostenintensive Umsetzung einer ehemaligen KZ-Baracke (aus der JVA Groß-Hesepe) waren plötzlich nicht mehr vorhanden.

Bereitwillige Förderung läßt das Bundesverteidigungsministerium dagegen dem Entschluß der Stadt Munster und des Landkreises Soltau-Fallingb. angehehen, ein deutsches Panzermuseum einzurichten: Es stellte für das Museum ein 18000 qm großes Grundstück zur Verfügung. Das Geld für die Errichtung von mehreren Gebäuden ist vorhanden. Die ersten beiden Ausstellungshallen sind gebaut, weitere werden demnächst errichtet. Im Mittelpunkt des Interesses werden die Panzer des "Dritten Reiches" stehen – ein Wallfahrtsort für Neonazis.

**In Wolfenbüttel soll ein weiteres Stück der Vergangenheit preisgegeben werden.**



Einen neuen Beweis dafür, wo bei uns die Stärken der Traditionspflege liegen, liefert nunmehr das niedersächsische Justizministerium: In der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel steht wohl erhalten das ehemalige Hinrichtungsgebäude. Dort wurden im Jahre 1940 bis 1945 mehr als 2000 Männer und Frauen hingerichtet. Unter ihnen waren viele in- und ausländische Widerstandskämpfer. Wolfenbüttel war für die Vollstreckung sämtlicher Todesurteile aus den Oberlandesbezirken Braunschweig, Celle und Oldenburg und aus weiteren Bezirken Norddeutschlands zuständig. Die Bedeutung des Gebäudes

liegt auf der Hand: Im Unterschied etwa zum Gebiet des Militärischen gibt es im Bereich von Recht und Unrecht außer den Aktenvorgängen mit ihrer juristischen Begrifflichkeit nur wenige sinnfällige Zeugnisse, die der breiten Öffentlichkeit die Geschichte in die Erinnerung rufen können. Um so wichtiger ist es, die wenigen augenfälligen Belege der schlimmsten Unrechtsperiode Deutschlands der Nachwelt zu erhalten. Bei der Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel handelt es sich um das wichtigste architektonische Zeugnis der NS-Justiz Niedersachsens und Norddeutschlands.

Über die zögernde Haltung des niedersächsischen Justizministeriums gegenüber der Forderung, mit bescheidenem Kostenaufwand einen Raum der Hinrichtungsstätte als schlichte Gedenkstätte herzurichten, berichteten wir in ÖTV Rpf. Nr. 28. Nun droht sogar der Abriß des Gebäudes selbst. Es soll Neubauten weichen, für die nach Ansicht des Staatshochbauamtes anderweit kein Platz vorhanden ist. Ein Architektenwettbewerb mit der Aufgabe, den angeblichen Zielkonflikt zu lösen, ist nicht erfolgt. Der Kulturausschuß der Stadt Wolfenbüttel hat gegen den geplanten Abriß protestiert. Anstaltsleiter Arnold meint, es genüge, wenn in der Anstaltskirche "in geeigneter Weise" auf die Vergangenheit hingewiesen wird.

## Zweierlei Maß in Gedenken an Täter und Opfer ?

Die Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel ist immer wieder das Ziel ausländischer Widerstands- und Verfolgtenorganisationen und von Angehörigen der Hingerichteten. Darüber hinaus ist für uns alle der Umgang mit den Überlieferungen unserer Justizgeschichte der Prüfstein dafür, inwieweit es uns mit dem Willen zur Aufarbeitung ernst ist. Der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident etwa geht dabei so weit, daß er in seinem Gericht noch immer das Bild eines Vertreters der Terrorjustiz (des Senatspräsidenten am Volksgerichtshof Nebelung) hängen läßt, weil er es als "stete Warnung und Mahnung" betrachtet. So jedenfalls seine offizielle Begründung: allerdings wirkt das Aushängen des Bildes doch als Ehrung, denn ihm ist ein distanzierender Hinweis weder auf die Funktion Nebelungs noch auf die Anzahl seiner Todesurteile beigelegt.

Wenn selbst einem der Zulieferer der damals zu vollstreckenden Todesurteile noch heute ehrenvoll gedacht wird, sollte dann nicht gerade auch die Stätte, an der so viele Opfer ihren letzten Gang antreten mußten, als mahnendes Zeugnis erhaltenswert sein? Die Gewerkschaft ÖTV hat in einem Schreiben an den Justizminister die Erhaltung der Hinrichtungsstätte und ihren Ausbau zu einer Gedenkstätte gefordert.

# JVA Wolfenbüttel – kein Gedenken an die Opfer des National- sozialismus

Im Zusammenhang mit dem mahnenden Gedenken an das Jahr 1933 ist in der Öffentlichkeit wieder das Vorhandensein der alten Hinrichtungsstätte in der JVA Wolfenbüttel in den Blickpunkt gerückt. Dort wurden in den Jahren 1933 bis 1945 über 2000 Menschen, darunter viele französische und andere ausländische Widerstandskämpfer, hingerichtet – die genaue Zahl ist bis heute unbekannt. Wolfenbüttel war zentraler Hinrichtungsort für die Oberlandesgerichtsbezirke Braunschweig, Celle und Oldenburg sowie für die Landgerichtsbezirke Bielefeld und Paderborn. Bis ungefähr 1942 kam der Scharfrichter aus Hannover; die Guillotine brachte er im Lieferwagen mit. Dann wurde in Wolfenbüttel eine eigene Guillotine errichtet.

Eine der Hingerichteten – die 24-jährige Belgierin Fernande Volral, Opfer des berüchtigten "Nacht- und Nebel-Erlasses" – schrieb in ihrem Abschiedsbrief vom 7. August 1944 an ihre Mutter u.a.: "... Ich glaube, daß nach diesem Krieg ein glückliches Leben anfängt. Ich bitte euch, es gut zu nutzen, alle".

Der u.a. von ausländischen Widerstandsorganisationen gestellte Antrag, zur Erinnerung an die Opfer an der JVA eine Mahntafel anzubringen, führte nach jahrelangem Widerstreben im Wolfenbütteler

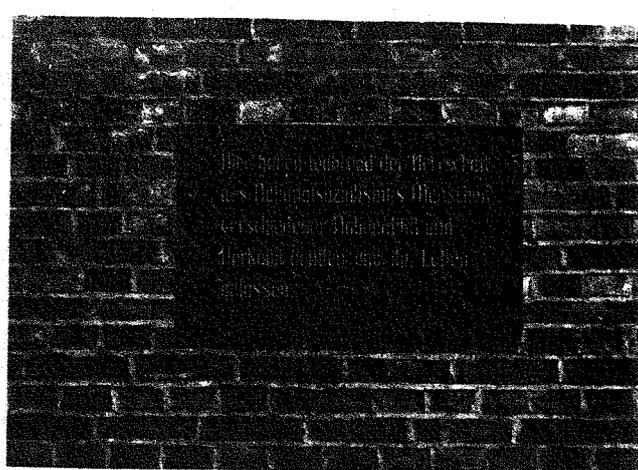
Rat zu einer Minimallösung, bei der jede kritische Wendung oder Mahnung vermieden wurde. Der Text: "Hier haben während der Herrschaft des Nationalsozialismus Menschen verschiedener Nationalität und Herkunft gelitten und ihr Leben gelassen". Entgegen der Forderung nach einem öffentlichen Gedenken wurde die Tafel im Inneren der JVA versteckt, an einer Wand des stehengebliebenen Teils des Hinrichtungsgebäudes. Handwerker mußten sie hastig einige Wochen vor dem 30. Januar 1983 montieren. Irgend welche Ansprachen mit Worten des Gedenkens und der Besinnung gab es nicht.

aus:

"ÖTV in der Rechtspraxis"

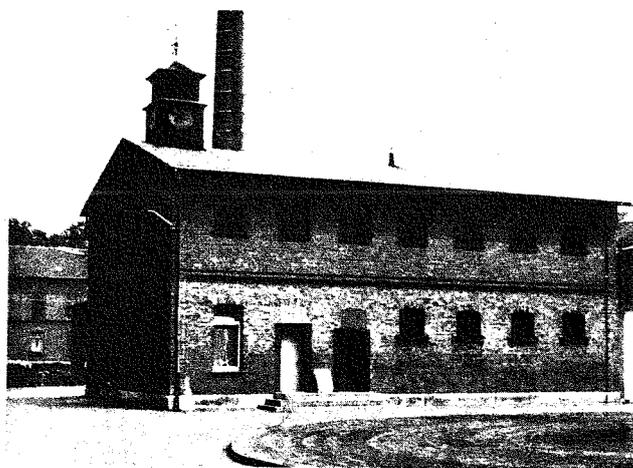
Nr. 28 (November 1983),

S. 10



Der SPD-Landtagsabgeordnete Wilhelm Schmidt hat Justizminister Walter Remmers gebeten, die Gedenktafel oder eine weitere Gedenktafel an der Außenwand der JVA am Wolfenbütteler Ziegenmarkt anbringen zu lassen; für die Kosten – ggf. für die Kosten einer zweiten Tafel – will Schmidt selbst Sorge tragen.

Die Hinrichtungsstätte ist noch vorhanden. Sie wird jetzt als Lagerraum und für die Desinfektion der Gefangenenmattressen benutzt. Vor nicht langer Zeit fanden Hinterbliebene, die sich zu der Stätte des letzten Ganges ihres Verwandten führen ließen, den Raum voller Gerümpel vor. Der Abgeordnete Schmidt hat den Justizminister gebeten, die ehemalige Hinrichtungsstätte der Öffent-



lichkeit in einer der historischen Bedeutung würdigen Weise zugänglich zu machen; das sei ersichtlich ohne übermäßigen Kostenaufwand möglich. Die Antwort des Ministers: Die jetzt in dem Gebäude untergebrachten Einrichtungen ließen sich nicht kurzfristig anderweitig unterbringen. Er sähe deshalb keine ausreichenden Möglichkeiten, die ehemalige Hinrichtungsstätte würdig herzurichten und der Öffentlichkeit mehr als bisher zugänglich zu machen.

Die Gewerkschaft ÖTV hat sich dem Antrag des Abgeordneten Schmidt angeschlossen und den Justizminister gebeten, seine Entscheidung zur Ausgestaltung der Hinrichtungsstätte und zum Anbringungsort der Gedenktafel noch ein-

DR. HELMUT KRAMER

Richter am Oberlandesgericht

334 Wolfenbüttel  
Herrenbreite 18 A  
Telefon (05331) 71135

10. 3. 1986

Gentili Signore e Signori,

mi permettete di volgermi a Voi con una domanda. A questa domanda mi incoraggia il pensiero, che Voi o i membri della Vostra organizzazione avete sofferto estremamente del terrore nazista.

Il problema è, se un monumento storico edile, che in modo particolare ricorda ai crimini Hitleriani verrà rimosso o conservato.

Prego di apprendere i dettagli dalla comunicazione qui accluso.

Sarei molto obbligato verso Voi, se protestaste in una maniera parendo Vi adatto contro l'abbattimento del luogo d'esecuzione.

cordiali saluti



(Dr. Helmut Kramer)

Nella città Wolfenbüttel (provincia di Braunschweig/ regione Basso Sassonia) esiste una testimonianza della storia edile di rilievo. Si tratta di un luogo d'esecuzione di una volta sul terreno del prigione di Wolfenbüttel. In questo edificio oltre di due mila persone sono state giustiziate negli anni 1933 - 1945, soprattutto nel tempo fra 1939 e 1945. Fra di loro erano tanti combattanti della resistenza straniera, francesi, belghi, olandesi, italiani e altri come pure tedeschi perseguitati dal nazismo, trascorrendo settimane e mesi strazianti nelle celle di morte.

Wolfenbüttel era stato dichiarato luogo centrale d'esecuzione per la maggior parte di Germania settentrionale e anche parzialmente per la Germania occidentale. Anche tanti prigionieri arrestati pochi giorni prima e condannati dal "Volksgerichtshof" sotto Roland Freisler erano le vittime della ghigliottina del carnefice di Wolfenbüttel.

L'edificio d'esecuzione ancora esiste, specialmente l'esterno del edificio non si è cambiato in niente. Negli anni scorsi l'interno era usato come magazzino e per la disinfezione di materassi. Sempre vengono superstiti e membri d'organizzazioni della resistenza straniera a commemorare i morti a Wolfenbüttel. Quando si lasciavano guidare al luogo dell'ultima ora degli ammazzati trovano la stanza pieno di anticaglie.

I giudici organizzati nel sindacato e alcuni parlamentari ripetutamente hanno chiesto al Ministro di Grazia e Giustizia di trasformare il luogo d'esecuzione in un luogo commemorativo. Un luogo commemorativo così sarebbe addatto benissimo a invitare alla riflessione sul terrore nazista e mettere in guardia <sup>contro</sup> una ripetizione.

Invece di aprire nel edificio un luogo commemorativo il Ministro di Grazia e Giustizia di Basso Sassonia ormai si è deciso di demolire tutto l'edificio in modo coerente della costruzione di altri edifici. Come piccola concessione il ministro solo ha offerto la costruzione di una lapide commemorativo all'esterno del terreno del prigione.

La demolizione del luogo d'esecuzione a Wolfenbüttel sarebbe uno scandalo dal punto di vista tanto della storia edile quanto della politica. Al contrario del settore militare p.e. sul campo di giustizia e ingiustizia ci sono solo poche testimonianze percettibili - eccetto documenti - che possano richiamare la storia alla memoria del pubblico. Perciò è tanto importante conservare alla posterità le prove evidenti dell'epoca brutta d'ingiustizia in Germania e Europa. Con il luogo d'esecuzione a Wolfenbüttel si tratta di una delle più importanti testimonianze architettoniche della giustizia nazista.

Intanto tutte<sup>le</sup> istituzioni coinvolti si hanno espressi contro la demolizione del luogo d'esecuzione di una volta. Anche gli architetti coinvolti <sup>ritengono</sup> inevitabile l'abbattimento e suppongono che i nuovi edifici pianificati possano costruiti in un altro luogo sul terreno del prigioniero. Tuttavia il Ministro di Grazia e Giustizia di Basso Sassonia conferma l'intenzione di abbattere il luogo d'esecuzione di una volta.

La noncuranza su questo settore della memoria storica contra pone notevolmente gli sforzi su altri settori della curanza di tradizione. Così veniva costruito un museo per carri armati con alcuni pavilioni grandi a Soltau-Fallingbostel (provincia di Hannover). Nel centro dell'interesse ci saranno carri armati con cui Hitler ha attaccato i paesi europei - un luogo di pellegrinaggio per i neonazisti.

Questa comunicazione si volge a tutti che hanno un interesse che il luogo d'esecuzione rimane conservato e viene trasformato in un luogo commemorativo. Chi se ne interessa, il più presto possibile indirizza una lettera al Ministro di Grazia e Giustizia di Basso Sassonia. L'indirizzo è:

Niedersächsischer Minister der Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 Hannover 1  
Repubblica Federale Tedesca

E' desiderato che copie di tali lettere vengono inviate a:

Stadt Wolfenbüttel  
Kulturausschuß  
Stdtmarkt 1  
D-3340 Wolfenbüttel

(cioè la commune)

Dr. Helmut Kramer  
Richter am Oberlandesgericht  
Herrenbreite 18 A  
D-3340 Wolfenbüttel

Non è necessario scrivere la lettera in lingua tedesca.

## **Antwortschreiben aus dem Ausland**

Schreiben aus dem Ausland, in denen von Helmut Kramer informierte Organisationen ihm mit Dank für seine Bemühungen Kopien ihrer an den niedersächsischen Justizminister gerichteten Protestschreiben übersandten.

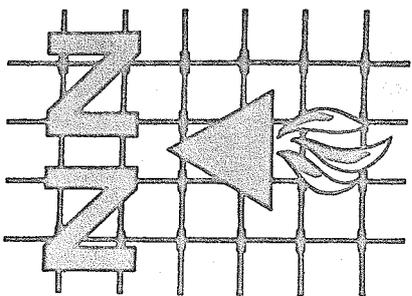
Eines der Schreiben, die besonderes Interesse verdienen, ist dasjenige des Staatssekretärs für die Angelegenheiten der Kriegsveteranen und Kriegsoffer beim französischen Verteidigungsministerium vom 12. März 1986.

Einige der Organisationen hatten auch die deutschen Botschafter in Paris und Brüssel unterrichtet und das französische Außenministerium in Paris eingeschaltet.

Auch sind dem Bundespräsidenten Protestschreiben zugegangen. Daraufhin hatte sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker – es war die Zeit nach seiner berühmten Rede zum 8. Mai 1985 – der Angelegenheit angenommen. Das ergibt sich aus dem Schreiben des Bundespräsidialamtes vom 26.6.1986 an den Präsidenten der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer Arialdo Banfi in Wien.

---

N° 42 - Mars 1936  
1<sup>er</sup> Trimestre 1936  
Prix : 10 Francs



# MUR ET BROUILLARD

Organo trimestriel du "Souvenir de la Déportation NN"

„Nacht und Nebel“

*Expression désignant un ordre secret d'Hitler (Décembre 1941), et s'appliquant à une catégorie de Déportés, dont la détention, la condamnation et la mort devaient échapper à toutes recherches*

Siège Social : S.D.N.N. - 26, bd du Littoral - 22410 ST-QUAY-PORTRIEUX - C.C.P. 33.497.40 M La Source 45900

## Menace sur Wolfenbüttel

● Nous avons reçu de Charles Joineau, un des présidents de la FNDIRP, copie de lettres qu'il a adressées aux autorités allemandes et françaises, concernant le projet de démolition d'une partie de la prison de Wolfenbüttel et particulièrement de lieux où ont souffert et sont morts de nombreux résistants. En notre nom mais surtout au nom des familles de nos disparus, appartenant au SDNN, le Général Laurent, ancien de Wolfenbüttel, va élever une protestation, pour appuyer celles qui ont déjà été faites, afin d'éviter cette destruction.

(Zeitung der F.N.D.I.R.P. / Frankreich)

- Fédération Nationale des Déportés et Internés Résistants et Patriotes -

## POUR UN MEMORIAL A WOLFENBÜTTEL (R.F.A.)

Dans la ville de Wolfenbüttel (près de Braunschweig, en Basse-Saxe) existe un monument historique particulièrement important. Il s'agit de l'ancien lieu d'exécution, dans l'enceinte de la prison de Wolfenbüttel. Plus de 2000 personnes y furent exécutées entre 1933 et 1945, surtout entre 1939 et 1945. Parmi elles, beaucoup de résistants français, belges, hollandais, italiens et autres, de même que des persécutés du régime nazi qui, avant leur exécution, avaient passé des semaines et des mois atroces dans les cellules.

Le mur d'exécution, extérieur d'un bâtiment, existe toujours. L'intérieur servait, ces dernières années, de dépôt et de local où l'on désinfectait les matelas des prisonniers. Des survivants et des membres des organisations étrangères de Résistance qui venaient à Wolfenbüttel pour évoquer le souvenir des morts, trouvaient ce

bâtiment plein de bric-à-brac. Des juges, ainsi que plusieurs députés ont demandé au ministre de la Justice de transformer ce lieu en un mémorial commémoratif qui inviterait à réfléchir sur la terreur fasciste et nous mettrait en garde.

En guise de réponse, le ministre a décidé de faire démolir l'édifice entier, dans le cadre de nouvelles constructions. La seule chose qu'il a offerte est de faire ériger une pierre ou une plaque commémorative à l'extérieur de l'enceinte de la prison.

Cette démolition serait scandaleuse, non seulement sur le plan architectural, mais aussi sur le plan du souvenir.

Depuis que le projet est connu, tous les organismes concernés ont protesté. Même les architectes compétents considèrent la démolition comme évitable et ont exprimé l'opinion que les nouvelles

constructions projetées peuvent être érigées tout aussi bien à un autre endroit. Le ministre de la Justice de Basse-Saxe maintient pourtant sa décision.

Cette attitude est en opposition avec les efforts de conserver la tradition dans d'autres domaines. Récemment, par exemple, fut construit un musée de blindés dans de grandes salles d'exposition à Solttau-Fallingb., région de Lunebourg. Dans le centre se trouveront les blindés au moyen desquels Hitler a envahi les pays européens — un lieu de pèlerinage pour les néo-nazis.

La F.N.D.I.R.P. a immédiatement adressé une protestation aux autorités concernées, en demandant également que le mur des fusillés de Wolfenbüttel soit préservé et qu'un monument commémoratif soit installé en ce lieu symbolique de la terreur nazie.

## LOUIS-EUGÈNE SIRVENT ELU PRÉSIDENT DE DACHAU

Comme vice-président, puis comme président, le colonel Charles Arnould a voué, pendant vingt ans, le meilleur de lui-même à l'amicale des Anciens de Dachau. Il avait décidé, pour des raisons de santé, de passer la main à un camarade, après avoir mené à terme l'érection, au Père Lachaise, du monument qui perpétuera le souvenir du premier camp de concentration créé par Hitler, ainsi que la mémoire de tous ceux, de toutes nationalités, qui y sont morts, victimes d'une entreprise criminelle contre l'humanité.

Afin de manifester notre reconnaissance, le conseil d'administration de l'amicale, réuni le 29 octobre dernier, l'a porté à la présidence d'honneur.

Louis-Eugène Sirvent, qui lui succède, est préfet honoraire. Engagé volontaire en 1939, il participa comme aspirant, puis sous-lieutenant dans l'infanterie, aux combats de mai-juin 1940. Démobilisé, il est nommé secrétaire général de la préfecture de l'Allier. Usant des possibilités que lui offraient ses fonctions, il organise les passages clandestins de la ligne de démarcation. Ce n'est évidemment pas ce que les occupants attendaient d'un haut fonctionnaire d'une administration placée sous leur tutelle. Sirvent est arrêté et condamné à une peine de prison, assortie d'une condamnation à mort en cas de récidive. Suite logique : il est mis en disponibilité sans traitement par Vichy. Il adhère aussitôt au réseau James et devient un actif agent de renseignements. Entretemps, la Gestapo ayant remplacé l'Abwehr, il est arrêté de nouveau à Châteauroux. Après le débarquement du 6 juin 1944, son transfert au camp de Royallieu ne sera pas banal, car il est attaché à l'avant du capot d'une voiture de reconnaissance qui roule en tête d'un convoi militaire, que les opérations en Normandie contraignent à la retraite. Il partira de Compiègne, le 2 juillet 1944, par le sinistre convoi de la mort. A Dachau et à Neckart, il sera le matricule 77 415. Il est commandeur de la Légion d'honneur, sa croix de guerre porte trois palmes et il est médaillé de la Résistance.

Il nous a paru nécessaire de rappeler les grands mérites de Charles Arnould et d'esquisser quelques traits du quatrième président de l'amicale de Dachau. Sirvent est de ceux qui considèrent la Déportation comme une grande famille, profondément attachée à la fraternité des camps.

## HOMMAGE

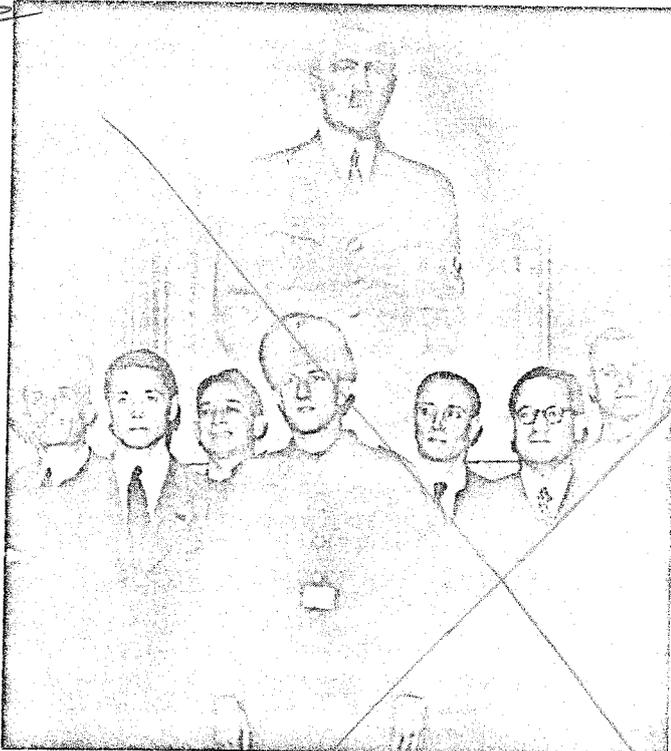
Le 24 novembre 1985, la section locale d'Esslingen (la grande ville industrielle de Bade-Wurtemberg où l'on fabrique les automobiles Mercedes) de l'Union des antifascistes allemands organisait une cérémonie exemplaire à la mémoire d'un de ses originaires Carlo Schoenhaar. Le père de Carlo, Eugène Schoenhaar, avait été exécuté le 2 février 1934 à Berlin-Grünwald pour sa lutte contre le nazisme. Huit ans plus tard son fils, âgé de 18 ans, comparait devant le conseil de guerre allemand siégeant à la Maison de la Chimie à Paris pour avoir participé avec les « bataillons de la jeunesse » aux premiers combats armés contre l'occupant nazi. Notre camarade André Kirschen, rescapé du procès de la Maison de la Chimie, avait été invité à Esslingen. Il rappela que Carlo Schoenhaar avait déclaré face au conseil de guerre : « Je saurai mourir, comme mon père, pour la cause indissociable de la Liberté de la France comme de l'Allemagne ». Carlo Schoenhaar est tombé le 17 avril 1942 au Mont-Valérien.

## ILS PERSISTENT

En mai dernier, la III<sup>e</sup> Division blindée SS « Têtes de mort » s'était réunie à Nesselwang, village de montagne de la région de Munich. Alors que se déroulait cette réunion, 5 000 anti-nazis avaient manifesté leur indignation. Dans ces conditions, la décision de ces mêmes SS de se rassembler de nouveau en mai et dans le même village prend l'aspect d'une véritable provocation. Une demande d'interdiction a été formulée par les syndicalistes de la D.G.B. et les antifascistes ne comprendraient pas qu'il n'y soit pas donné suite.

## " NAZIS DEHORS "

Le 4 janvier, c'est sous la protection de la police que l'association régionale de Karlsruhe de l'Union fédérale des Waffen-SS (HIAG) a pu célébrer le 35<sup>e</sup> anniversaire de son existence. 400 antifascistes ont manifesté pendant plusieurs heures devant le siège avec des slogans tels que « Les nazis dehors ! » et « les syndicalistes contre les nazis, anciens et néo ». Ils avaient répondu à l'appel de l'Union contre le néo-fascisme de Karlsruhe qui réunit notamment le SPD, le DKP, les Verts, la DGB et la VVN-Ligue des antifascistes.



## VRAI OU FAUX ?

M. Balestre est président de la Fédération française du sport automobile, président de la Fédération internationale du sport automobile et président de la Fédération internationale de l'automobile. C'est une personnalité que l'on voit à la télé, que l'on entend à la radio, que l'on lit dans la presse. En 1940, il était membre de l'organisation raciste « Jeune Front » avec un certain Robert Hersant qui règne actuellement sur la presse. Le 17 mai 1943, le voilà SS sous le nom de Schutze. Bien plus tard, il obtiendra une carte de déporté résistant et aux questions concernant son passé, il répond en affirmant un patriotisme qui aurait été en toutes circonstances incontestable. Dans une interview parue en janvier, le journaliste Edouard Seidler lui dit : « on a même publié des photos vous représentant en uniforme SS ». Réponse de M. Balestre : « d'abord, il y en a qui sont fausses. Il y en a qui sont interprétées. Je n'ai jamais contesté que j'avais, pour certaines raisons, appartenu à certaines organisations. Mais, je répète que tribunaux et commissions ont conclu à mon patriotisme absolu ».

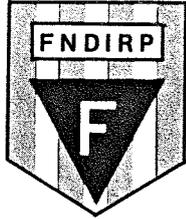
Question à M. Balestre : La photo publiée ci-dessus est-elle fautive... ou interprétée ?

# Fédération Nationale des Déportés et Internés Résistants et Patriotes

10, RUE LEROUX, 75116 PARIS — TÉL. (1) 45 02 11 00 — C.C.P. Paris 4270-11 Y

SG/CJ/sg  
207

Paris, le 14 février 1986



Niedersächsischer Minister  
für Justiz  
Am Waterloo-Platz  
D 3000 HANNOVER  
République Fédérale d'Allemagne

## COMITÉ D'HONNEUR

Vincent BADIE  
Pasteur Aimé BONIFAS  
Mme Marie-José  
CHOMBART DE LAUWE  
Pr. Henri DESOILLE  
Fernand GRENIER  
Joël LE TAC  
Jean MARTIN-CHAUFFIER  
Pierre MEUNIER  
Mme EDMOND-MICHELET  
Général Henry PASTEUR  
Christian PINEAU  
Dr André SAINT-PAUL  
Georges SEGUY  
Pierre SUDREAU  
Abbé Jean VARNOUX

*Trésoriers honoraires*  
Georges ARJALIES  
André WEIL

*IN MEMORIAM*  
Général Paul ANGENOT  
Président Vincent AURIOL  
M<sup>e</sup> André BLUMEL  
Julien CAIN  
Mme Mathilde GABRIEL-PERI  
Louis MARTIN-CHAUFFIER  
Pr. Vladimir JANKLEVITCH  
Reine JEUNON  
Mme Lucie MANHES  
Léon MAUVAIS  
Pr Marcel PRENANT  
Général Albert TARNIER  
Mgr Pierre-Marie THEAS  
Louis-Elle TULET  
Comte Jean de VOGUE  
Pr Robert WAITZ

## PRÉSIDENTENCE

Dr Léon BURGER  
Armand ESTEVE  
Dr Louis-François FICHEZ  
Charles JOINEAU  
Jean-Maurice HERMANN  
Dr Claude MEYROUNE  
Louis TERRENOIRE  
Mme Marie-Claude  
VAILLANT-COUTURIER

*IN MEMORIAM*  
Dr Michel BOUCHER  
François BYE  
Abel BONNAL  
Julien JACQUES  
André LEROY  
M<sup>e</sup> Renée MIRANDE-LAVAL

## SECRETAIRE GÉNÉRAL

Yves MOREL

Monsieur le Ministre,

Nous sommes saisis d'une lettre nous informant qu'un monument historique situé dans la ville de WOLFENBUTTEL doit être démoli. Plus de 2000 personnes furent exécutées dans cet édifice entre 1933 et 1945. Nous sommes particulièrement émus que ce lieu puisse être menacé de destruction alors qu'au contraire un monument commémoratif devrait y être installé, rappelant les graves crimes nazis.

Nous voulons croire que l'émotion qui se manifeste dans votre pays et chez nous ne sera pas sans écho.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Ministre, à l'assurance de notre considération.



Charles JOINEAU  
Membre de la Présidence

# Fédération Nationale des Déportés et Internés Résistants et Patriotes

10, RUE LEROUX, 75116 PARIS — TÉL. (1) 45 02 11 00 — C.C.P. Paris 4270-11 Y



SG/CJ/sg  
208

Paris, le 14 février 1986

## COMITÉ D'HONNEUR

Vincent BADIE  
Pasteur Aimé BONIFAS  
Mme Marie-José  
CHOMBART DE LAUWE  
Pr. Henri DESOILLE  
Fernand GRENIER  
Joël LE TAC  
Jean MARTIN-CHAUFFIER  
Pierre MEUNIER  
Mme EDMOND-MICHELET  
Général Henry PASTEUR  
Christian PINEAU  
Dr André SAINT-PAUL  
Georges SEGUY  
Pierre SUDREAU  
Abbé Jean VARNOUX

*Trésoriers honoraires*  
Georges ARJALIES  
André WEIL

*IN MEMORIAM*  
Général Paul ANGENOT  
Président Vincent AURIOL  
M<sup>e</sup> André BLUMEL  
Julien CAIN  
Mme Mathilde GABRIEL-PERI  
Louis MARTIN-CHAUFFIER  
Pr. Vladimir JANKLEVITCH  
Reine JEUNON  
Mme Lucie MANHES  
Léon MAUVAIS  
Pr Marcel PRENANT  
Général Albert TARNIER  
Mgr Pierre-Marie THEAS  
Louis-Elie TULET  
Comte Jean de VOGUE  
Pr Robert WAITZ

## PRÉSIDENTE

Dr Léon BURGER  
Armand ESTEVE  
Dr Louis-François FICHEZ  
Charles JOINEAU  
Jean-Maurice HERMANN  
Dr Claude MEYROUNE  
Louis TERRENOIRE  
Mme Marie-Claude  
VAILLANT-COUTURIER

*IN MEMORIAM*  
Dr Michel BOUCHER  
François BYE  
Albert FORCINAL  
André LÉHOY  
M<sup>e</sup> Renée MIRANDE-LAVAL

## SECRÉTAIRE GÉNÉRAL

Yves MOREL

Mesdames,  
Messieurs,

Nous vous prions de bien vouloir trouver ci-joint copie de la lettre que nous avons adressée à Monsieur le Ministre de la Justice de Basse Saxe concernant la démolition prévue du monument historique de Wolfenbüttel où ont été exécutés plus de 2 000 personnes entre 1933 et 1945.

Nous vous en souhaitons bonne réception et vous prions de croire à l'assurance de nos salutations les meilleures.

Stadt WOLFENBUTTEL  
Kulturausschuss  
Stadtmarkt 1  
D 3340 WOLFENBUTTEL  
République fédérale d'Allemagne

Charles JOINEAU  
Membre de la Présidence

P.J.

*Le Secrétaire d'Etat*

Paris, le 07 MARS 1986

D.S.I.H./M.M./N° 86-199

19 1 MARS 1986

Monsieur le Président,

Vous avez bien voulu appeler mon attention sur le projet de démolition de l'ancienne prison de Wolfenbüttel (Allemagne), dans laquelle périrent de nombreux résistants et opposants au régime nazi, et notamment des français au cours de la seconde guerre mondiale.

J'ai l'honneur de vous faire connaître que si la création de monuments commémoratifs doit être encouragée pour rappeler des évènements qui, sans eux, sombreraient dans l'oubli, le pouvoir d'évocation de ces évènements est incontestablement plus fort à travers les édifices qui en ont été les témoins.

La sauvegarde de telles constructions est un devoir au regard de la mémoire historique.

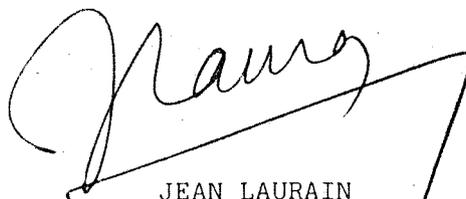
C'est pourquoi je ne puis que m'associer pleinement à l'action menée en faveur du maintien, et de transformation en mémorial, du lieu d'exécution de la prison de Wolfenbüttel.

J'appuie par là-même les démarches que votre association serait à même de mener dans cette perspective.

J'adresse ce jour un courrier à Monsieur l'Ambassadeur de France en République Fédérale d'Allemagne.

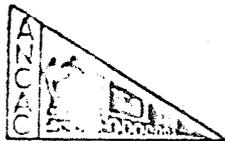
Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de mes sentiments les meilleurs.

Monsieur le président de la  
F.N.D.I.R.P.  
10, rue Leroux  
75116 PARIS

  
JEAN LAURAIN

ASSOCIATION NATIONALE  
DES CHEMINOTS  
ANCIENS COMBATTANTS,  
RÉSISTANTS, PRISONNIERS ET VICTIMES  
DE GUERRE

Paris, le 4 mars 1986



SIÈGE : 19, RUE D'AMSTERDAM, 75008 PARIS  
TEL. 526.02.20

PERMANENCE TECHNIQUE CENTRALE  
Mardi, de 15 à 17 heures

C.C.P. A.N.C.A.C. PARIS 16-543-69 H

Niedersächsischer Minister  
für Justiz  
Am Waterloo-Platz  
D 3000 HANNOVER - B.R.D.  
République Fédérale d'Allemagne

REFERENCE AL/AL N° 140  
à rappeler dans votre réponse

Monsieur le Ministre,

Ayant appris qu'un monument historique situé dans la ville de WOLFENBÜTTEL devait être détruit nous avons nous avons tenu à vous faire connaître notre sentiment après en avoir tenu informés nos militants.

Les traitements inhumains et la mort infligés en ce lieu à des milliers de détenus entre 1933 et 1945 devraient, au contraire, amener les autorités responsables à vouer cet endroit au culte du souvenir et à l'enseignement des générations montantes sur l'exigence de protéger la démocratie contre les entreprises de violence et de terreur, d'assassinat organisé et de brigandage telles que celles perpétrées par le national-socialisme.

De part et d'autre du Rhin, nos populations ont trop souffert de cette barbarie pour que le linceul de l'oubli soit jeté sur la mémoire des citoyens français et allemands tombés victimes du régime monstrueux ayant sévi dans la période citée plus haut.

C'est pourquoi, j'espère que l'émotion soulevée dans nos pays respectifs à l'annonce de cette initiative sera salutaire et que l'endroit considéré demeurera un haut-lieu du souvenir et de la réflexion.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma considération distinguée.

Le Président-général:

André LAMY

Chevalier de la Légion d'Honneur

COPIE

Richter am Oberlandesgericht  
Dr Helmut KRAMER  
Herrenbreit 18 A  
D - 3340 Wolfenbüttel



# SOUVENIR DE LA DEPORTATION NN

Association déclarée régie par la loi du 1<sup>er</sup> juillet 1901

Siège Social : 26, bd du Littoral - 22410 SAINT-QUAY-PORTRIEUX

C.C.P. 33.497.40 M La Source-chèques 45900

NANCY, le 14 Mars 1986

Monsieur le Ministre,

Il a été tout récemment porté à notre connaissance l'existence d'un projet de démolition à la prison de WOLFENBUTTEL, d'un bâtiment qui fut le lieu d'exécution de plus de 2000 personnes entre 1933 et 1945. Parmi ces victimes du régime hitlérien figurent des Résistants français dont certains furent nos compagnons de souffrance dans cette prison de WOLFENBUTTEL où quelques-uns d'entre nous, rescapés des prisons et des camps nazis, ont séjourné pendant plusieurs mois au cours de la période de 1942 à 1945.

Nous tenons à rappeler, en particulier, que dix des nôtres, condamnés à mort, par le Tribunal du Peuple, pour faits de Résistance, ont été exécutés à cet endroit le 3 Décembre 1943. Voici les noms de nos martyrs, tous classés "N.N." :

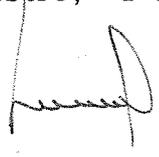
Maître Louis RENARD (avocat), Louis TOUSSAINT, Louis CARTAN, Théodore LEFEBVRE (tous trois professeurs de Faculté), Pierre PESTUREAU (huissier), Révérend Père LAMBERT (moine bénédictin), Paul PREAUX (employé de banque), Jacques MOREAU, Clément PERUCHON, Jacques LEVRAULT, tous trois étudiants.

Les membres de leur famille font partie de notre association qui a organisé, depuis 1975, plusieurs pèlerinages au cours desquels nous avons été nombreux à aller nous recueillir là où ils sont tombés, en ces lieux désormais sacrés pour nous. Vous comprendrez donc l'émotion soulevée parmi nous à la pensée qu'un tel bâtiment, témoin du sacrifice de nos camarades, puisse être menacé de destruction.

En vous faisant part de notre émotion, nous exprimons le souhait qu'un tel lieu soit sauvegardé, voire même érigé en monument commémoratif appelant à la réflexion et au souvenir, tout en honorant la mémoire de tous ceux qui, de 1933 à 1945, furent les héroïques victimes des combats menés contre l'hitlérisme pour la défense de nos libertés communes.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de notre considération distinguée.

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo - Platz 1  
D.3000 HANNOVER  
REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

  
Général (CR) LAURENT  
Co-Président de l'Association

**NN : Nacht und Nebel " NUIT ET BROUILLARD "**

Expression désignant un ordre secret d'Hitler (Décembre 1941), et s'appliquant à une catégorie de Déportés, dont la détention, la condamnation et la mort devaient échapper à toute recherche.

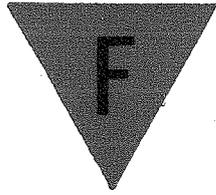
L'Association Nationale  
des Anciens Combattants

de la Résistance ayant reçu par le canal de la V.V.N. votre  
courrier du 10 mars, a l'honneur de vous infor-  
mer qu'elle approuve l'action entreprise pour sauvegarder les  
lieux historiques de Wolfenbüttel et lui consacre un article  
dans le numéro de mars de son journal.

Elle vous adr\_esse ses salutations les meilleures.

Pour le Bureau,  
C.FOURNIER-BOCQUET  
Secrétaire Général.





**association  
française  
buchenwald-dora  
et commandos**

Paris, le 21 Février 1986

Niedersächsischer Minister  
für Justiz  
Am Waterloo-Platz  
D 3000 HANNOVER

République Fédérale d'Allemagne

JL/CG/2190

Monsieur Le Ministre,

Nous sommes informés du projet tendant à la destruction du monument historique où, à Wolfenbüttel, furent exécutés plus de deux mille résistants de différentes nationalités.

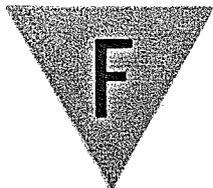
Nous nous permettons, Monsieur le Ministre, de vous faire part de notre indignation et vous demandons d'intervenir pour empêcher cette destruction.

Croyez, Monsieur le Ministre, à l'expression de nos sentiments distingués.

Le Président Délégué

J. LLOUBES

SIEGE TRANSFÉRÉ  
36, Rue des Martyrs - 75009 PARIS  
Tél. : 285.44.93



**association  
française  
buchenwald-dora  
et commandos**

Paris, le 21 Février 1986

STADT WOLFENBUTTEL  
KULTURAUSSCHUSS  
Stadtmarkt 1  
D 3340 WOLFENBUTTEL

REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

CG/2191

Mesdames, Messieurs,

*Vous voudrez bien trouver joint le double de notre protestation adressée au Ministre de la justice de Basse Saxe au sujet de la démolition du monument qui dans votre ville rappelle le sacrifice de tant de patriotes de différents pays, résistants au régime nazi.*

*Nous vous prions de croire à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.*

Le Président Délégué

J. LLOUBES

P. J. - 1

SIÈGE TRANSFÉRÉ  
66, Rue des Martyrs - 75009 PARIS  
Tél. : 285.44.93

וועלט־פארבאנד פון יידישע קעמפער, פארטיזאנער און קאצעטלער  
**WORLD FEDERATION OF JEWISH FIGHTERS, PARTISANS AND CAMP INMATES**  
**FEDERATION MONDIALE DES RESISTANTS, COMBATTANTS ET DES DEPORTES JUIFS**

61026 TEL-AVIV,  
P.O.B. 2660

Tel. 263131 ,228205 ,260621 טל

61026 תל-אביב, ת.ד. 2660,  
רח' הארבעה 8

WORLD EXECUTIVE: DIRECTION MONDIAL:  
STEFAN GRAYEK — President

BUREAU EUROPEEN DE LIAISON

78 Champs-Elysées

75008 PARIS

VCE-PRESIDENTS:  
ELI ZBOROWSKI U.S.A.  
SHLOMO ZYNSTEIN "  
BENJAMIN MEED "  
JOSEPH TEKULSKY "  
BENJAMIN GREY "  
SAM SKURA "  
JACQUES ORFUS FRANCE  
HENRY BULAWKO "  
YEHUDA MOSKOVITCH ARGENTINA  
MOSHE MILIS — (ISRAEL) — Trésorier — hon. Tresurer

Paris, le 12 février 1986

MEMBERS OF THE EXECUTIVE: MEMBERS DE LA DIRECTION:

VLADKA MEED U.S.A.  
DAVID HONIG "  
MARK REIMAN "  
Prof. GEORGES WELLERS FRANCE  
MARCEL STOURDZE "  
SHMUEL SHEINER "  
BERNARD GORE ENGLAND  
PINHAS BENEDIKT — URUGUAY  
DAVID GRAYVER "  
SHMAYA ERLICH AUSTRALIA  
MEIR FREIFELD BRASIL  
ABA BEER CANADA  
LOU ZABLOW "  
MAURICE PIORO BELGIQUE  
RIK SZYFER "  
SIMON WIESENTHAL AUSTRIA  
DUNIA WASSERSTRUM MEXICO  
ALFONSE LEVIS GREEC  
LILIAN FARADGEON ITALY  
BERCOVITCH MOSHE ISRAEL  
SHMUEL BORNSTEIN "  
AL BRONOWSKY "  
ELIYAHU AVIHAR "  
ABRAHAM COHEN (A) "  
HAYIM FROSH "  
DR. EYTAN GUNAT "  
N.T. GARYN "  
SHALOM HOLAWSKY "  
ABRAHAM INGBER "  
MOSHE KAGANOVITCH "  
MOSHE KALCHEIM "  
HAYIM LAZAR "  
MOSHE MAURICE "  
HAYIM POSLUSHNY "  
MICHAEL SALPETER "  
YAAKOB SILBERSTEIN "  
DOV ZELMANOVITZ "

Niedersächsischer Minister  
für Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 Hannover  
R.F.A.

Monsieur le Ministre,

Nous avons été avisés que vos services ont l'intention de faire démolir un édifice qui fut témoin d'exécutions sanglantes, et situé sur le terrain de la prison de Wolfenbüttel.

Plus de 2000 personnes y ont été mises à mort entre 1939 et 1945.

Nous pensons qu'un tel lieu, évoquant les crimes nazis, doit être préservé pour symboliser l'horreur hitlérienne et servir de mise en garde contre le retour de telles aberrations.

Nous parlons au nom des survivants de l'enfer nazi, et au nom de millions qui y ont été exterminés.

Nous espérons que vous voudrez bien tenir compte de notre démarche et, dans cette attente, nous vous prions de croire, Monsieur le Ministre, à notre considération très distinguée.

*Henry Bulawko*  
Le Président pour l'Europe  
Henry BULAWKO

COMMISSION DE CONTROLE:  
CONTROL-COMMISSION:  
RAOUL SAPORTA — Chairman  
ABRAHAM COHEN  
ABRAHAM HASS

PRESIDENCY OF THE WORLD COUNCIL:  
PRESIDENCE DU CONSEIL MONDIAL:  
BIELSKY TOUVYA U.S.A.  
SAM GRUBER "  
ERNIE HONIG "  
ISAAC PULVERMACHER "  
ABRAHAM SHNAPPER "  
JAY FRIEDLER "  
HAYIM GOLDSTEIN FRANCE  
SHULKLAPPER YERAKMIEL "  
B. HELFGOT ENGLAND  
KONRAD HARMATZ BRASIL  
EMILIO FOA ITALY  
ITSHAK RAFALOVITCH HOLLAND  
VERA REITZER SOUTH AFRICA  
LEA LEIBOVITZ "

PARMI LES FONDATEURS:  
PESSAH BURSTIN  
Dr. MARC DWORZECKI  
ITZHAK ZANDMAN  
ISI BLUM  
ADOLF BERMAN  
HAYIM FABER  
RAPHAEL OLEWSKI

*Copie  
Methusalem  
7/8*

AMICALE NATIONALE DES ANCIENS  
PRISONNIERS POLITIQUES  
ET AYANTS DROIT DE

## DACHAU

ET DE SES COMMANDOS EXTERIEURS  
a.s.b.l.

Secrétariat général :

Rue de Haerne, 65 (Bte 5) — 1040 Bruxelles  
Tél. 647.31.40 - C.C.P. 000-0046477-14



NATIONALE VRIENDENKRING DER  
OUD POLITIEKE GEVANGENEN  
EN RECHTHEBBENDEN VAN

## DACHAU

EN ZIJN BUITEN KOMMANDOS  
v.z.w.d.

Algemeen Secretariaat :

De Haerestraat 65 (Bus 5) — 1040 Brussel  
Tel. 647.31.40 - P.C.R. 000-0046477-14

Bruxelles , le 7 mars 1986.

Dr. Helmut KRANER  
Richter am Oberlandesgericht  
Herrenbreite 18 A  
334 - W O L F E N B U T T E L .

Monsieur ,

Suite à votre lettre du 1.02.1986, dont nous vous remercions sincèrement , veuillez trouver ci-joint copie de la lettre de protestation que nous envoyons ce jour à Monsieur le Ministre de Basse-Saxe.

En effet, la démolition de ce Monument de Wolfenbuttel serait une chose scandaleuse et intolérable .

Il est important et indispensable que ce Monument , représentant tant de souffrances, reste comme un symbole de la lutte de millions d'êtres humains, de tous pays, contre la barbarie nazie .

Avec nos très sincères salutations .

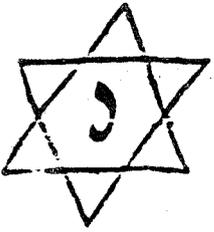
G.v. WALRAEVE

Secrétaire Général ,

M. DEGHOUY

Président .

*Handwritten notes and signatures on the left margin:*  
- A large arrow pointing right with the word "Annonce" written inside.  
- Several other handwritten signatures and names, including "Hermann", "Hermann", "Hermann", and "Hermann".



UNION DES ANCIENS RÉSISTANTS JUIFS  
DE BELGIQUE

Secrétariat :  
Chée d'Ixelles 148  
1050 Bruxelles  
Tél.: 511 30 61  
C.C.P. 000-0348496-72

Bruxelles, le 7 mars 1986

Niedersächsischer Minister  
für Justiz  
Am Waterloo- Platz  
D - 3000 HANNOVER

Monsieur le Ministre,

Nous avons été informés de ce que l'emplacement historique du camp de concentration de Wolfenbüttel serait voués à la destruction.

Nous savons aussi que plus de 2000 personnes, hommes et femmes y furent exécutées sous le régime nazi.

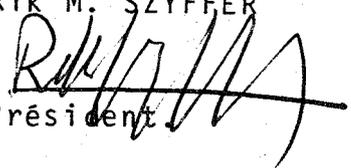
Persécutés "privilégiés" du fascisme hitlérien, nous ne concevons pas qu'une telle mesure puisse être envisagée et ainsi contribuer à l'oubli des horreurs dont l'Allemagne elle-même a souffert.

Nous pensons, au contraire, qu'il faudrait y ériger un monument à la mémoire des visctimes.- Celui-ci servirait d'avertissement aux générations à venir pour éviétr à tout jamais la répétition de telles exaction criminelles.

Nous voulons croire que vous partagerez notre profonde émotion et ferez le nécessaire pour que ces lieux, sacré par le sang des martyrs, ne soit pas profané par sa disparition.

Veillez accepter, Monsieur le Ministre, l'expression de notre haute considération.

Rik M. SZYFFER

  
Président

Union des Anciens Résistants Juifs de Belgique  
Chie d'Ixelles 748  
B-1050 Bruxelles

Bruxelles, le 10 Mars 1986.

Misceratscheicher Minister für Justiz  
am Waterloo - Platz 1  
D-3000 M A N N H E I M.

République Fédérale Allemagne

Messieurs,

C'est avec surprise et désapprobation, que nous venons d'apprendre que vos Services ont fait le projet de faire disparaître un Monument historique, Monument érigé sur les lieux de crimes nazis, à Wolfenbuttel.

Ce monument ou souvenir est là, dans le seul but de rappeler aux générations futures, ce qu'un groupe organisé de malfaiteurs nazis criminels, ont fait non seulement contre leur propre peuple, mais aussi contre l'humanité toute entière.

Nous, anciens prisonniers politiques et déportés, de différents pays d'Europe, incarcérés pendant la dictature nazie au Camp de Concentration et d'extermination de Dachau, réagissons et protestons avec force contre cette décision.

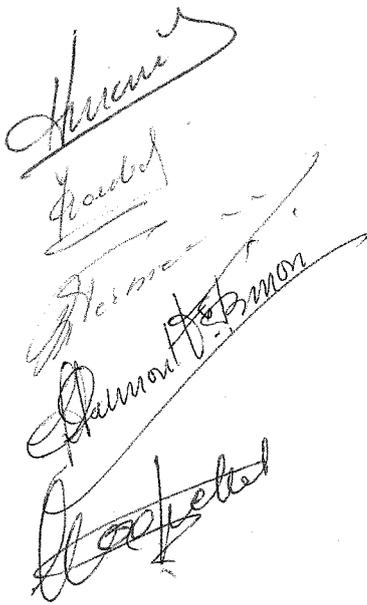
Nous exigeons que vous ne permettiez en aucun cas la démolition ou l'enlèvement de ce monument.

Ce monument est pour nous le souvenir vivant de la deuxième guerre mondiale ou tant de nos frères ont disparu et de laquelle nous en sommes et restons encore les victimes.

Veuillez agréer, Messieurs, nos salutations les plus distinguées.

G. V. WALRAEVE  
Secrétaire Général,

M. DE GHOUY  
Président.



copie Mr. KRAMER

Pour Information

Niedersächsischer Minister für Justiz  
am Waterloo-Platz, 1  
D-3000 - Hannover.

47399.

Bruxelles, le 19 Mars 1986.

Monsieur le Ministre ,

Le Comité International de Dachau qui représente tous ceux qui sont tombés dans l'enfer de ce KZ et qui regroupe tous les survivants de ce camp dans quelques vingt pays du monde, a appris avec peine et consternation la décision prise par les Autorités du Land de Basse-Saxe de faire disparaître le Mur des Fusillés à Wolfenbützel .

Nous protestons contre cette décision hâtive qui devance le temps, qui déchire le coeur des résistants au nazisme et qui donne l'impression qu'on cherche à détruire le Souvenir des Horreurs du 3e Reich .

Nous pensons qu'il appartient, aux hommes de bonne volonté ; conscients de la dignité humaine de montrer sans défaillance- aujourd'hui plus que jamais qu'à l'obstination du crime , il n'y a d'autre réponse que l'obstination du témoignage.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de nos sentiments distingués .

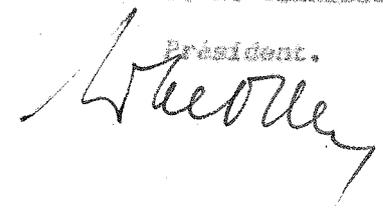
G.v. NALKAEVE

Secrétaire Général.



Dr. A. GERRISSI.

Président.



UNION DES SERVICES DE RENSEIGNEMENT  
ET D'ACTION

(A. S. B. L.)

FONDÉ A BRUXELLES, LE 30 SEPTEMBRE 1945 - MONITEUR BELGE DU 1 DÉCEMBRE 1945



UNIE DER INLICHTINGS- EN ACTIE-  
DIENSTEN

(V. Z. W. D.)

GESTICHT TE BRUSSEL, OP 30 SEPTEMBER 1945 - BELGISCH STAATSBLAD VAN 1 DECEMBER 1945

U.S.R.A. - U.I.A.D.

1940-1945

*Copie*

RUE DU COMMERCE, 21, BTE 5  
HANDELSTRAAT, 21, BUS 5,  
1040 BRUXELLES  
1040 BRUSSEL

C.C.P. 000-0072554-95  
P.C.R. 000-0072554-95

BRUXELLES 27 mars 1986  
BRUSSEL

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz  
D-3000 HANNOVER

République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Ministre,

Nous avons appris avec consternation que vous aviez décidé de faire démolir à Wolfenbüttel l'édifice historique où plus de 2000 prisonniers politiques furent exécutés entre 1939 et 1945.

Comment est-il possible de manifester autant de mépris pour cet ancien lieu d'exécution qui devrait, au contraire, devenir un mémorial en hommage aux morts de la barbarie nazie.

Vous n'avez certainement pas connu la guerre, mais vous en avez du moins entendu parler.

Bien que de telles horreurs ne se reproduisent plus, il faut éduquer la jeunesse, lui faire comprendre les conséquences abominables d'une doctrine responsable de tant de crimes contre l'humanité.

Wolfenbüttel, à vos yeux, est-il un témoin gênant de la pire époque de l'histoire de l'Allemagne ?

Pour ceux qui ont connu les camps de concentration, la démolition d'un lieu d'exécution, sacré à leurs yeux, serait un affront et une blessure.

J'espère que notre protestation indignée vous fera comprendre que Wolfenbüttel doit rester un lieu de pèlerinage et que vous aurez à coeur de restaurer l'édifice qui pourrait devenir un musée du souvenir.

Recevez, Monsieur le Ministre, l'expression de notre haute considération.

Maurice ROYAUX  
Président National

Une copie transmise à la bonne attention : Dr Helmut KRAMER, Herrenbreit 18 A à Wolfenbüttel

LES PLUS GRANDS MUTILÉS  
DE GUERRE COMBATTANTS

Le 24 mars 1986

P. G. M. I.

PRÉSIDENT :

Henri FOSSION  
rue Defacqz 52  
1050 BRUXELLES

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 HANNOVER

République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Ministre,

C'est avec une émotion profonde que nous venons d'apprendre la décision que vous avez prise d'ordonner la démolition du petit bâtiment situé dans l'enceinte du pénitencier de WOLFENBÜTTEL.

Ce bâtiment maintenant historique représente, aux yeux de milliers de personnes, un témoin des crimes nazis perpétrés durant la dernière guerre.

Les générations futures qui déjà sont tellement aptes à ne pas croire ce qui s'est douloureusement produit durant cette horrible période, n'auront plus la possibilité de voir par eux-mêmes cet ancien lieu d'exécution.

Au nom du groupement des Plus Grands Mutilés et Invalides de Guerre belges, puis-je me permettre d'insister tout particulièrement auprès de vous pour que cette décision soit reportée, comme nous tous, qui avons souffert dans notre chair, vous le demandons instamment.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre de la Justice, l'assurance de notre très grande considération.



Baron H. FOSSION

# FÉDÉRATION NATIONALE DES ANCIENS PRISONNIERS DE GUERRE

A.S.B.L. ADMINISTRATION FÉDÉRALE



# NATIONAAL VERBOND DER OUD-KRIJGSGEVANGENEN

V.Z.W. FEDERALE ADMINISTRATIE

Le  
De 1er Avril 1986

1000 BRUXELLES AVENUE DE STALINGRAD 76  
1000 BRUSSEL - STALINGRADLAAN 76

TÉL. : 511.38.80  
511.75.54

C.C.P.  
P.C.R. 000-0803227-67

REF. : RN/EC/7452

Monsieur le Ministre de la Justice  
Am Waterloo-Platz 1

D. 3000 HANNOVER

République Fédérale d'Allemagne.

Monsieur le Ministre,

Objet: Monument du Souvenir - Prison de Wolfenbüttel .

Nous venons d'apprendre, avec une vive émotion, qu'il entrerait dans les projets des autorités de faire démolir un bâtiment situé dans l'enceinte du Pénitencier de Wolfenbüttel, dans lequel plus de 2.000 personnes dont des compatriotes belges, en provenance du camp de triste mémoire "Nacht und Nebel", ont été exécutés.

S'il devait en être ainsi nous considérerions ce geste comme un affront aux sacrifices consentis par des hommes luttant contre la terreur nationale socialiste.

Au nom des dizaines de milliers de nos camarades prisonniers ayant connu le régime de la captivité, et qui aujourd'hui oeuvrent pour le rapprochement entre anciens ennemis dans le cadre d'une Confédération Internationale dont fait partie le V.D.H. de Bonn, nous vous demandons d'user de votre haute autorité pour que ce triste projet soit abandonné.

Nous vous en remercions à l'avance et vous prions d'agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de nos sentiments de haute considération.

Le Président National

R. NACHEZ.



UNION NATIONALE DE LA PRESSE CLANDESTINE  
NATIONALE UNIE DER SLUIKPERS

A. S. B. L.

RECONNUE PAR ARRÊTÉ DU RÉGENT EN DATE DU 9-2-1949

SIÈGE : RUE DU LUXEMBOURG 33

1040 BRUXELLES

C. C. P. 3654.30

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 Hannover

Monsieur le Ministre,

Nous venons d'apprendre avec étonnement et grande tristesse l'existence du projet de démolir, dans la ville de Wolfenbüttel, le monument historique qui rappelle les exécutions criminelles commises par la dictature hitlérienne.

Au nom de tous les membres de la Presse Clandestine de Belgique, en 1940-45, tant Wallons que Flamands, nous vous demandons de faire tout ce qui est en votre pouvoir, pour conserver intact cet ancien lieu où tant de combattants pour la démocratie ont été exécutés.

Il nous semble de la plus haute importance de conserver ce monument, de conserver ce monument, signe de la pire époque que l'Allemagne et l'Europe ont connue ; le démolir ce n'est pas seulement démolir un symbole, c'est imposer le silence à une voix de la conscience.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre,  
l'expression de notre sincère considération.

Geo van Stichel,

Président National de l'Union Nat. de la Presse Clandestine  
72, rue Victor Gueyson - 1050 Bruxelles - Belgique

**Confédération Nationale des  
Prisonniers Politiques et Ayants droit  
de Belgique**



**Nationale Confederatie van  
Politieke Gevangenen en Rechthebbenden  
van België**

a. s. b. l.

Siège Social :  
RUE DU COMMERCE 21 - 1040 BRUXELLES

v. z. w.

Sociale Zetel :  
HANDELSSTRAAT 21 - 1040 BRUSSEL

TEL. : 511 75 09

CCP : 000-0824006-88  
PR

REF.: GM/JM

(A rappeler dans la réponse)  
(In het antwoord te vermelden)

1040 Bruxelles, le 18/3/86  
Brussel,

Niedersächsischer Minister  
für Justiz  
Am Waterloo - Platz 1  
D. 3000 HANNOVER  
R.F.A.

Monsieur le Ministre,

La Confédération Nationale des Prisonniers Politiques et Ayants droit de Belgique groupant en son sein l'ensemble des survivants des femmes et des hommes qui ont été victimes de la terreur nationale-socialiste pendant la guerre 1940-45 viennent d'apprendre avec émotion et amertume que vous auriez pris la décision de faire démolir le bâtiment dans le pénitencier de Wolfenbüttel dans lequel tant d'hommes et de femmes ont subi pendant la 2e guerre mondiale le châtement suprême après des mois de souffrances morales et physiques.

Nous vous demandons avec grande insistance de renoncer à votre projet et de conserver ce monument historique pour montrer aux générations futures ce qu'une dictature barbare peut accomplir comme injustice vis-à-vis de l'Allemagne elle-même et des pays européens occupés par les armées nationale-socialistes.

Le maintien de votre décision ne pourrait que ternir les relations devenues amicales entre la R.F.A. et les anciennes nations asservies.

Nous vous prions, Monsieur le Ministre, de bien vouloir agréer notre considération très distinguée.

J. DE BRUYN,  
président

**Confédération Nationale des  
Prisonniers Politiques et Ayants droit  
de Belgique**



**Nationale Confederatie van  
Politieke Gevangenen en Rechthebbenden  
van België**

a. s. b. l.

Siège Social :  
RUE DU COMMERCE 21 - 1040 BRUXELLES

TEL. : 511 75 09

CCP : 000-0824006-88  
PR

v. z. w.

Sociale Zetel :  
HANDELSSTRAAT 21 - 1040 BRUSSEL

REF.: GM/LL/

(A rappeler dans la réponse)  
(In het antwoord te vermelden)

1040 Bruxelles, le  
Brussel, 18 maart 1986.

Aan de Heer Gevolmachtigd Minister,  
*[ genaamde Afschrift unzijdig, aan einde des Brieves ]*

Wij hebben de eer U een afschrift over te maken van een schrijven van Dr. Helmut Kramer Richter van het Oberlandsgericht, betreffende de beslissing van de Minister van Justitie van Neder-Saksen het gebouw in de strafinrichting van Wolfenbüttel waar tijdens het nazi-regime ongeveer 2000 tegenstanders werden onthoofd, waaronder Belgen die als Nacht und Nebel daar eveneens wederrechtelijk werden terechtgesteld, te laten slopen.

Dit slopen, overbodig volgens deskundigen, van dit historisch monument kan spijtig genoeg enkel verklaard worden door de geestesgesteldheid van enkelen die de sporen van de nazi-terreur zouden willen uitwissen.

Zoals besproken tijdens de laatste vergadering van het Wetenschappelijk Comité van het Navorsings- en studiecentrum voor de geschiedenis van de Tweede Wereldoorlog door een vertegenwoordiger van de Nationale Confederatie van Politieke Gevangenen en Rechthebbenden van België vragen wij U de Heer Minister van Buitenlandse Betrekkingen over dit onderwerp in te lichten met het verzoek van de oorlogsslachtoffers opdat hij de nodige stappen zou aanwenden bij de Bondsrepubliek om dit historisch monument voor het nageslacht te bewaren als getuige van een duistere periode die hopen wij nooit zal herleven.

./...

./...

Het handhaven van de beslissing van de Minister van Neder-Saksen zou bij de vaderlandslievende verenigingen en verenigingen van oorlogsslachtoffers, deel uitmakende of niet van het Kontaktcomité van de vaderlandslievende verenigingen, grote wrevel en verontwaardiging doen ontstaan die zeker niet ten goede zou komen aan de goede verstandhouding tussen beide Staten.

Wij vragen U op de hoogte gesteld te worden van het gevolg dat wordt gegeven aan dit verzoek.

De N.C.P.G.R. van België en andere organisaties van oorlogsslachtoffers zullen desondanks niet nalaten afzonderlijke protestbrieven te sturen naar de Minister van Justitie van Neder-Saksen.

Zeer hoogachtend,

G. MICHOTTE,  
Algemeen Secretaris

J. DE BRUYN,  
Nationaal Voorzitter.

Ministerie van Buitenlandse Betrekkingen

Historische Dienst (P14)  
Egmont Kazerne  
Kleine Zavel 8  
1000            BRUSSEL.

UNION NATIONALE  
DES MÈRES ET FEMMES DE FUSILLÉS  
ET DE  
PRISONNIERS POLITIQUES DÉCÉDÉS

a. s. b. l.

Statuts : Moniteur n° 1028 — 19 mai 1945.



Secrétariat National  
rue du Trône 101 — 1050 Bruxelles

NATIONALE UNIE  
DER MOEDERS EN VROUWEN VAN  
GEFUSILLEERDEN EN  
OVERLEDEN POLITIEKE GEVANGENEN

v. z. w. d.

Statuten : Staatsblad nr. 1028 — 19 mei 1945.

Nationaal Secretariaat  
Troonstraat 101 — 1050 Brussel

Chèques Postaux 000-0744576-04 Postrekening

Bruxelles, le 27 mars 1986  
Brussel,

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D- 3000 Hannover

Monsieur le Ministre,

Notre groupement vient de recevoir copie d'un texte adressé par Monsieur Helmut Kramer, Conseiller à la Cour d'Appel de la Basse-Saxe, au Comité de Contact des Associations Patriotiques de Belgique.

Ce document fait mention de la décision qui aurait été prise de faire démolir un petit bâtiment situé dans l'enceinte du pénitencier de Wolfenbüttel dans lequel près de 2.000 hommes et femmes ont été décapités sous le régime nazi, dont une centaine de nos Compatriotes Résistants.

Recevoir un tel document est confondant !

Comment peut-on, en effet, vouloir de sang froid supprimer un tel témoin des atrocités perpétrées par le régime nazi ? Comment, dans un pays qui s'honore d'être le gardien vigilant de traditions millénaires et de vestiges importants de son histoire et qui a le souci de ne pas volontairement effacer de son passé la triste époque hitlérienne, ceci afin que les générations futures puissent juger en toute connaissance, comment pouvoir interpréter cette décision ?

Nous n'allons pas jusqu'à prétendre qu'il s'agit d'intérêts politiques, mais, comprenez-le bien, nous nous élevons de toutes nos forces contre ce sacrilège indigne des sacrifices consentis par les victimes de la barbarie nazie.

Nous sommes d'autant plus formelles dans notre condamnation de cette initiative que nous, Mères et Veuves des Victimes, ressentons toujours la douleur causée par la perte de nos Disparus. Nous espérons bien, Monsieur le Ministre, que notre appel sera entendu et qu'ainsi le souvenir tangible de tant de souffrances sera à jamais préservé.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de notre considération très distinguée.

La Présidente Nationale,  
R. DE WALLENS

# U. F. A. C. 40 - 45

Union des  
Fraternelles des Anciens Combattants  
A.S.B.L.

RUE DE LA CROIX DE FER, 100

Téléphone 218.19.65  
C.C.P. 000-0358458-43



# V. O. V. 40 - 45

Vereniging  
der Oudstrijders Verbroederingen  
V.Z.W.D.

IJZERENKRUISSTRAAT, 100

Telefoon 218.19.65  
Postcheckrek. 000-0358458-43

1000 BRUXELLES, LE 4 avril 1986  
1000 BRUSSEL,

Votre /Réf.  
Uwe

Notre /Réf. te herhalen a. u. b. RM/RM  
Onze à rappeler s. v. p.

Annexe :

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 HANNOVER  
République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Ministre,

Il nous revient que vous auriez décidé de faire démolir le monument historique du lieu d'exécution du pénitencier de Wolfenbüttel où, sous le régime nazi, furent exécutées plus de 2000 personnes et notamment une centaine de résistants belges martyrs "Nacht und Nebel".

Au nom de ses dizaines de milliers de membres affiliés, l'Union des Fraternelles des Anciens Combattants (U.F.A.C.) 1940-45, toujours soucieuse de perpétuer le souvenir de toutes les victimes de l'intolérable régime qu'était le nazisme, ne peut que protester énergiquement contre cette décision.

Ne vous paraît-il pas qu'il serait scandaleux de vouloir faire disparaître les traces d'un lieu d'exécution où tant de braves (allemands et autres nationaux) ont connu les pires atrocités sous ce sinistre régime dictatorial nazi. Nous croyons, au contraire, que c'est l'intérêt des démocrates allemands de le préserver et pourquoi pas de l'améliorer encore afin qu'il rappelle aux générations futures l'oeuvre néfaste d'un régime qui a mis à feu et à sang non seulement l'Allemagne mais l'Europe toute entière.

Avec l'espoir qu'il vous sera possible de rapporter votre décision et dans l'heureuse attente de pouvoir vous lire à ce sujet, nous vous prions de croire, Monsieur le Ministre, en l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL NATIONAL D'ADMINISTRATION,

Le Secrétaire National,

J. KNAPEN

Pour le Président National,

R.H. MULLER  
Vice-Président National

**NATIONALE UNIE DER MOEDERS EN VROUWEN  
VAN GEFUSILLEERDEN EN OVERLEDEN  
POLITIEKE GEVANGENEN**

v.z.w.d.

**UNION NATIONALE DES MÈRES ET FEMMES  
DE FUSILLES ET PRISONNIERS POLITIQUES  
DÉCÉDÉS**

a.s.b.l.

STATUTEN: STAATSBLAD Nr 1028 - 19 MEI 1945

PROVINCIAAL SECRETARIAAT: **WILGENSTRAAT 11, HASSELT**  
SECTIE LIMBURG

*Belgien*

STATUTS: MONITEUR No 1028 - 19 MAI 1945

SECRETARIAT PROVINCIAL: **11, WILGENSTRAAT HASSELT**  
SECTION LIMBOURG

*Belgie*

Postcheckrekening 525385

C.C.P. 525385

Hasselt, 6 april 1986.

Mijnheer de Minister,

Volgens inlichtingen in mijn bezit verneem ik dat het ministerie van justitie geen gunstig gevolg wil geven aan het voorstel van verschillende autoriteiten die het terechtstellingsoord van Wolfenbüttel zouden willen behouden en er zelfs een degelijk herinneringsmonument van maken.

In mijn hoedanigheid van oorlogsweduwe en ondervoorzitster van een groepering van moeders en oorlogsweduwinnen (onze echtgenoten en zonen werden gefusilleerd, onthoofd of zijn bezweken in een concentratiekamp) zou ik het voorstel van de rechters en de députés willen steunen.

De jongeren, zowel de onzen als de uwen, zijn naar mijn mening te weinig op de hoogte van de gruwelijkheden die gepleegd werden gedurende die laatste oorlogsjaren. De instandhouding van de oorden waar die moorden bedreven werden moeten tot bezinning leiden over wat heeft plaatsgevonden en de huidige generatie aanzetten niet zozeer tot haat en weerwraak, maar wel tot het vaste voornemen de herhaling van zo vreselijke feiten te vermijden.

Men zou er dus goed aan doen deze oorden te eerbiedigen en op zodanige wijzen weer in te richten dat zij een les zouden uitbeelden voor de jeugd.

Ik denk dat mijn mening ook die is van een groot aantal van uw landgenoten maar ook van een meerderheid van families van slachtoffers van deze vreselijke oorlog.

Aanvaard, Mijnheer, de uitdrukking van mijn oprechte hoogachting.

J. Maesen





# Union des Prisonniers Politiques des Deux Guerres

de l'Arrondissement de Liège

Association sans but lucratif

Bd. Frère Orban, 31  
4000 LIEGE

4000 Liège, le 18 avril 1986

Tél. 041 - 52.61.41  
C.C.P. 000-0185890-38

Monsieur le Ministre de la Justice  
de Basse-Saxe  
Niedersächsischer Minister Für Justiz  
Am Waterloo-Platz I  
D 3000 Hannover  
République Fédérale d'Allemagne.

Monsieur le Ministre,

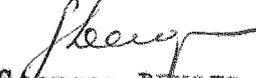
Au nom de notre Association qui compte plus d'un millier de membres, anciens déportés politiques et veuves de déportés, victimes du nazisme, nous protestons énergiquement contre votre décision de faire démolir le lieu d'exécution de Wolfenbuttel où près de 2.000 hommes et femmes, dont une centaine de résistants belges "Nach und Nebel" ont été décapités sous le régime nazi.

Nous estimons qu'il s'agit d'un lieu historique qui doit rester en tant que témoin des crimes nazis pour les générations futures.

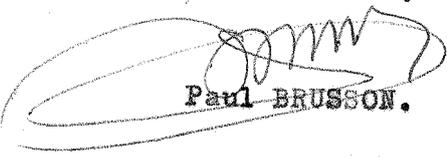
Au lieu de le faire démolir, il conviendrait plutôt de le transformer en lieu commémoratif qui inviterait à réfléchir sur la terreur fasciste afin d'éviter sa répétition.

En espérant, Monsieur le Ministre, que votre décision n'est pas définitive et que vous aurez ainsi à coeur d'œuvrer pour l'Histoire mais aussi de servir la Paix et la Démocratie, nous vous prions de croire en nos sentiments distingués.

Le Secrétaire Général,

  
Georges DENCOIS.

Le Président,

  
Paul BRUSSON.



Paul

Bruno

Armand

de Troy  
~~de Troy~~

~~Handwritten signature~~

Lupin Perre

de la Roche

Benedict

de la Roche

Duguesne

de la Roche

Peter

de la Roche



Union Nationale de la Presse Clandestine  
Province de HAINAUT  
**CHARLEROI-THUIN**

A. S. B. L.

RECONNUE PAR ARRÊTÉ DU RÉGENT  
EN DATE DU 9 FÉVRIER 1949

Présidences:

55, rue terre al'danse,  
6000 Charleroi (Belgique)

Charleroi, le 14 Avril 1986.

Monsieur le Ministre,

C'est avec un serrement de coeur que nous venons d'apprendre l'existence du projet de démolir, dans la ville de Wolfenbüttel, le monument historique qui rappelle les exécutions criminelles commises par la dictature hitlérienne.

Nous en sommes d'autant plus touchés, que bon nombre de nos membres y ont été décapités, après avoir connu les tortures et les mois atroces passés dans les cellules mortelles de la prison de Wolfenbüttel.

C'est au nom de tous nos membres, que nous vous demandons de faire tout ce qu'il vous est possible afin de conserver ce monument historique et de le transformer en un lieu commémoratif, étant donné que bien de nos camarades y vont en pèlerinage.

Nous ne comprendrions pas que ce monument qui rappelle la plus pénible époque que l'Europe a connue et que plus aucun de nous ne voudrait revivre.

Il faut que la Jeunesse se souvienne !

Nous comptons sur votre compréhension et vous prions de croire, Monsieur le Ministre, en l'assurance de toute notre considération.

Pour le Comité Régional,

La Présidente,

*Yvonne Ledoux*  
Yvonne Ledoux.

Le Secrétaire,

*Albert De Bruycker*  
Albert De Bruycker.

à Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo Platz 1  
D.- 3000 Hannover  
République Fédérale d'Allemagne.



UNION NATIONALE DE LA PRESSE CLANDESTINE  
NATIONALE UNIE DER SLUIKPERS

A. S. B. L.

RECONNUE PAR ARRÊTÉ DU RÉGENT EN DATE DU 9-2-1949

SIÈGE : RUE DU LUXEMBOURG 33

1040 BRUXELLES

C. C. P. 3654.30

Bruxelles, le 17 avril 1986

Herr Richter am Oberlandsgericht  
Dr Helmut KRAMER  
Herrenbreit 18 A  
D-3340 Wolfenbüttel

Monsieur le Juge,

En vous transmettant une copie de la lettre adressée à M. le Ministre de la Justice du Land de Hanovre, par mon Président National, Mr Théo VAN STICHEL, je me permets de vous signaler que ce dernier a été un "pensionnaire" de la sinistre prison de Wolfenbüttel où tant de mes compatriotes, parmi lesquels des Résistants par la Presse Clandestine, ont été emprisonnés avant d'être décapités à la hache. Pourquoi? Tout simplement pour avoir défendu la Liberté de notre chère Belgique, lâchement agressée par les hordes hitlériennes. Alors est-il pensable qu'il entre dans les intentions des autorités de la ville de Wolfenbüttel de faire disparaître le monument érigé, monument qui représente un symbole de la Liberté, Liberté que ces mêmes autorités défendent avec bec et ongles devant le danger grandissant du terrorisme international, autre forme de dictature qui frappe partout où cette Liberté existe.

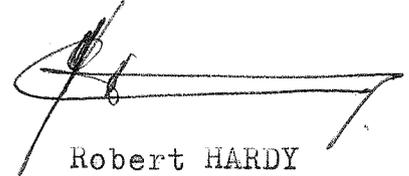
Que penserait la République Fédérale Allemande si les autorités belges désaffecteraient les nombreux cimetières situés en Belgique où reposent dignement les ressassants allemands tombés pour la défense de leur Patrie durant les guerres 1914-1918 et 1940-1945?

La Liberté n'a pas de Patrie, car elle est une et les symboles qui la figent dans la pierre et dans le temps sont intemporels et intangibles. S'il n'en était pas ainsi, pourquoi ne pas supprimer après Wolfenbüttel toutes les stèles, tous les monuments, tous les cimetières qui rappellent aux générations présentes et futures ce que leurs aînés ont fait pour que plus jamais des hommes ne massacent d'autres hommes qui ne pensaient pas comme eux.

.../...

Le peuple allemand est un grand peuple et il le prouvera en ne mettant pas à exécution son intention de supprimer le monument de Wolfenbüttel érigé en la mémoire d'hommes qui ont défendu la Liberté.

Veillez agréer, Monsieur le Juge, l'expression de mes sentiments les plus distingués.



Robert HARDY  
Trésorier National de  
l'Union Nationale de la Presse Clandestine  
rue Antoine Gautier 75  
1040 Bruxelles  
Belgique

WERTS JEAN  
B-7490 BRAINE-LE-COMTE

Den 24 Juni 1986

Copie

Sehr geehrter Herr Minister,

Durch die protestantischen Gruppen meines Landes habe ich erfahren dass Sie der Ansicht sind das Gefängnis zur Waffenfertigkeit zu lassen. Das ist eine unangenehme Überraschung für die zahlreichen europäischen Familien die ein Vater, ein Bruder, eine Schwester oder ein anderes ihrer Mitglieder verloren haben. Für sie war Waffenhandel ein Pilgerort des Kampfes gegen den Terrorismus.

Ich protestiere mit Kraft, als Mitglied von Amnesty International, gegen das Fortsetzen dieses Gefängnisses.

Achtungsvoll.

Werts

WERTS JEAN  
Rue d'Encausse, 47  
7490 BRAINE-LE-COMTE  
B

A 067/552902

E. DESERT  
B - 4030 GRINGUÉE  
BELGIQUE

Liège le 3 mai 1986

Monsieur le Ministre

Nous anciens prisonniers politiques qui avons  
connu les horreurs de la guerre et toutes ses conséquences  
et vous qui avez souffert pendant de longues années  
sommes profondément affligés et scandalisés d'apprendre  
que l'on pense aujourd'hui à démolir un témoin aussi  
important d'une époque des pires injustices, lui qui  
seul par sa présence pourra peut être éviter à nos  
enfants de revoir un jour le renouvellement d'actes  
aussi effroyables par des bourreaux tout aussi infâmes  
qu'inhumains

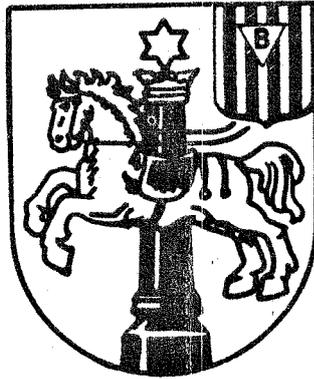
Nous nous élevons vivement contre de semblables projets  
Nous espérons cependant qu'il existe à notre époque  
des hommes de bon sens pour éviter de laisser  
profaner des lieux sacrés comme celui de Wolfenbüttel

Nous espérons Monsieur le Ministre que  
vous serez un de ceux là et que vous aurez à cœur  
d'en faire un lieu commémoratif

et nous vous présentons nos salutations  
distinguées

Desert

VRIENDENKRING VAN DE OUD-  
POLITIEKE GEVANGENEN VAN  
WOLFENBÜTTEL - 1940-1945



AMICALE DES ANCIENS  
PRISONNIERS POLITIQUES DE  
WOLFENBÜTTEL - 1940-1945

Bruxelles, le 21 avril 1986

A Monsieur le Dr. Helmut Kramer  
Juge de l'Oberlandsgericht  
Conseiller à la Cour d'Appel

Herrenbreit 18 A

D-3340 WOLFENBUTTEL

Monsieur le Juge,

Veillez trouver ci-jointe une lettre de protestation qui vient d'être envoyée au Ministre de la Justice de Basse-Saxe au sujet de sa décision de faire démolir le lieu d'exécution de Wolfenbüttel.

Au nom de notre amicale qui avait organisé un pèlerinage en octobre 1983 à Wolfenbüttel où nous avons été reçu avec la plus grande sympathie je vous félicite et vous remercie pour l'action que vous avez entreprise.

Je vous prie, Monsieur Kramer, de vouloir agréer nos salutations très distinguées.

Michotte, Georges

Ex-condamné à mort

Lieutenant-Colonel Honoraire

Adresse: 36, rue des Ecoliers  
1160 Bruxelles



UNION NATIONALE DE LA PRESSE CLANDESTINE  
NATIONALE UNIE DER SLUIKPEERS

A. S. B. L.

RECONNUE PAR ARRÊTÉ DU RÉGENT EN DATE DU 9-9-1949

SIÈGE : RUE DU LUXEMBOURG 33

1040 BRUXELLES

C. C. P. 3654.30

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D-3000 Hannover

Monsieur le Ministre,

Nous venons d'apprendre avec étonnement et grande tristesse l'existence du projet de démolir, dans la ville de Wolfenbüttel, le monument historique qui rappelle les exécutions criminelles commises par la dictature hitlérienne.

Au nom de tous les membres de la Presse Clandestine de Belgique, en 1940-45, tant Wallons que Flamands, nous vous demandons de faire tout ce qui est en votre pouvoir, pour conserver intact cet ancien lieu où tant de combattants pour la démocratie ont été exécutés.

Il nous semble de la plus haute importance de conserver ce monument, de conserver ce monument, signe de la pire époque que l'Allemagne et l'Europe ont connue ; démolir ce n'est pas seulement démolir un symbole, c'est imposer le silence à une voix de la conscience.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre,  
l'expression de notre sincère considération.

Geo van Stichel,

Président National de l'Union Nat. de la Presse Clandestine  
78, rue Victor Geysson - 1050 Bruxelles - Belgique

MÉMORIAL NATIONAL  
DU FORT DE  
BREENDONK

Fort, 28 avril 1986



Herrn Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz, 1  
D 3000 HANNOVER

Etabl. public d'Etat.  
(Loi 19-8-1947)  
Tel. 03/886.62.09  
CCP-000-0099330-02  
Sous le patronage des  
Forces Armées Belges

Monsieur le Ministre,  
Le Mémorial National du Fort de Breendonk a été créé par le Parlement belge unanime. Son Conseil d'Administration est renouvelé tous les quatre ans par S.M. le Roi des Belges.  
Il a pour mission d'entretenir vivant le souvenir d'événements qui se sont déroulés alors que les nazis occupaient la Belgique.  
Le Bundespräsident HEINEMANN a tenu à s'y rendre lorsqu'il est venu faire sa visite d'adieu à notre Souverain. C'est en ma qualité de Président du Conseil d'Administration du Mémorial que je prends la liberté de vous écrire et aussi comme ancien correspondant de guerre qui s'est trouvé à Wolfenbüttel en 1945.  
Notre émotion est grande d'apprendre qu'il est question de détruire le local de la prison de Wolfenbüttel où tant de nos amis, notamment allemands et belges, ont été mis à mort.  
A notre époque de violence il est plus important que jamais que soient sauvegardés pour la jeunesse les témoignages d'une époque qui a vu le malheur de votre pays et du nôtre et qui reste la honte de l'humanité.  
Nos espérances que vous pourrez empêcher ce qui serait un véritable sacrilège.  
Dans l'espoir que notre appel sera entendu, je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma très haute considération.

Prof. em. Paul M.G. LEVY  
Président  
Fort Breendonk  
B-2660 WILLEBRÖEK

copie pour information à

Dr Helmut KRAMER  
Richter am Oberlandesgericht  
Herrenbreit 18 A  
D-3340 WOLFENBÜTTEL

*With Dank*

JEAN PASSELECQ

Dilbeek , le 6 juin 1986.-

70 - Paloke  
B - 1710 Dilbeek  
Tel. 02/4652559

Messieurs,

Ayant eu des membres de notre famille et des amis exécutés à la prison de WOLFENBUTTEL, nous nous insurgeons de la façon la plus formelle, contre la démolition de ce lieu sacré à nos yeux, et qui doit pour les générations futures, rester le témoignage de la barbarie nazie.-

Ce lieu doit être de toute urgence transformé en site du souvenir.-

Veuillez agréer, nos salutations .

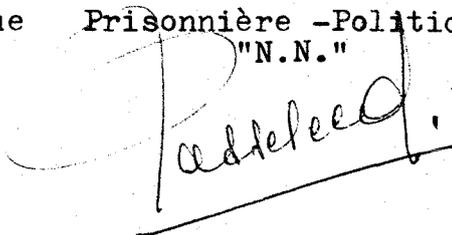
Jean PASSELECQ

Jeanne PASSELECQ-  
PONSAINTE,

Prisonnier Politique  
"N.N."



Prisonnière -Politique  
"N.N."



NIEDERDACHSISCHER MINISTER FUR JUSTIZ,  
Am Waterloo Platz I

D-3000

HANNOVER .-

Republique Fédérale d'Allemagne.-  
=====



Société Royale

# F. N. C.

## FEDERATION NATIONALE DES COMBATTANTS DE BELGIQUE

Siège Social : RUE DU BOULET 27 - 1000 BRUXELLES - Tél. (02) 512 85 00 - C.C.P.: F.N.C. 000-0027593-45

Association sans but lucratif - Loi du 27-6-1921 - Moniteur 3-9-1921

SECRETARIAT NATIONAL

N° .....A.VH/833/ BH  
(A RAPPELER)

Bruxelles, le 26 avril 1986

ANNEXES :

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo - Platz 1

D 3000 HANNOVER

République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Ministre de la Justice,

Objet : Concerne un petit bâtiment, situé dans l'enceinte du Pénitencier de  
Wolfenbüttel - Basse-Saxe - R.F.A.

La Fédération Nationale des Combattants de Belgique, par l'intermédiaire de la Confédération des Prisonniers Politiques et Ayants Droit, vient d'apprendre que vous envisagez la destruction du petit bâtiment situé dans l'enceinte du Pénitencier de Wolfenbüttel, dans lequel près de 2.000 hommes et femmes ont été décapités, sous le régime nazi dont une centaine de résistants belges, martyrs "Nacht und Nebel" condamnés par des tribunaux exceptionnels.

Nous tenons à protester contre cette décision de démolition de l'ancien lieu d'exécution.

C'est un endroit où les pauvres rescapés des camps, viendront se recueillir en mémoire de tous les massacres perpétrés en cet endroit par le régime nazi.

Faire disparaître ce lieu sinistre, serait à nos yeux un crime impardonnable contre l'humanité.

Nous osons espérer, Monsieur le Ministre, que vous réagirez de force, au nom de toutes nos victimes de guerre et nous vous remercions de votre intervention.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, nos salutations respectueuses.

Le Secrétaire National,  
Mme VAN LANGENDONCK

Le 1er Vice-Président National,  
Président de la Commission  
des Revendications Morales  
A. VAN HEMELRYCK

Le Président National,  
A. LIBOTTON

Nous prions nos correspondants de traiter chaque objet sur feuille séparée.

# Les AMIS du M U S É E INTERNATIONAL

de la Guerre 1939-1945, de la Résistance et des Camps de Concentration



CREATION-DIRECTION: René VANDER AUWERA, architecte e.r., ex P.P. Dachau n° 113.087  
avenue du Roi Soldat, 110 bte 5, 1070 BRUXELLES Belgique - Tél. 02 / 521 77 54

EXPOSITION PERMANENTE: CITADELLE de NAMUR, route Merveilleuse 8 - 5000 NAMUR  
Belgique - Tél. 081 / 46 09 75

DIRECTION-GESTION: Jean-Claude HONORE, ingénieur architecte. Fond des Chênes 268  
5150 WEPION - NAMUR Belgique - Tél. 081 / 46 09 75

N/REF. Chap. IV/ WOLFENBÜTTEL  
V/REF.  
DOSSIER :  
ANNEXE :

Niedersächsischer Minister Für Justiz

Am Waterloo-Platz 1

D. 3000 H A N N O V E R

R.F.A.

OBJET Démolition du pénitencier  
de Wolfenbüttel.

Abschrift

1070 Bruxelles, le 09 juin 1986

Monsieur le Ministre,

Nous apprenons avec beaucoup de tristesse que vous avez l'intention de démolir l'ancien pénitencier historique où les nazis décapitèrent 2000 RESISTANTS dont une centaine de nos compatriotes belges " NACHT und NEBEL ".

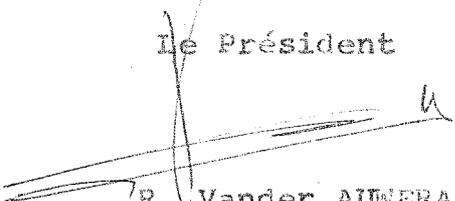
Nous vous demandons instamment, Monsieur le Ministre de ne pas démolir ce pénitencier car ce serait un sacrilège de ne pas perpétrer ce bâtiment qui est actuellement un monument historique, témoin des crimes nazis pour les générations futures.

Notre Président l'architecte e.r. René Vander AUWERA - ancien architecte-conseil du Comité International de DACHAU dont le Président est le Général e.r. Chevalier A. GUERISSE (Alias Pat O' Leary) et le secrétaire générale G. WALRAEVE. - Auteur du plan d'aménagement du camp de concentration de DACHAU en MEMORIAL.

Espérant, Monsieur le Ministre, que vous prendrez notre requête en considération, nous vous prions d'agréer l'assurance de notre considération distinguée.

Richter am Oberlandesgericht  
Dr. Helmut KRAMER  
Herrenbreit 18 A  
D 3340 WOLFENBÜTTEL

Le Président

  
R. Vander AUWERA  
Architecte e.r.

Bruxelles, le 19 mai 1986

Monsieur le Juge,

Nous avons appris avec consternation l'existence d'un projet de destruction dans la ville de Wolfenbüttel du monument rappelant aux jeunes générations les exécutions criminelles commises par les bourreaux nazis.

En souvenir de nos morts et au nom de tous les membres de la Résistance de la Presse clandestine de Belgique de 1940 à 1955 nous vous supplions de bien vouloir intervenir auprès des autorités compétentes afin de conserver intact ce témoin du sacrifice de tant de combattants de la démocratie et des droits de l'Homme.

En vous remerciant, Monsieur le Juge, pour votre efficace intervention dans le but de conserver ce monument, symbole de notre idéal de liberté, nous vous prions d'agréer, l'expression de notre haute considération.

LEJOUR O.

Président de la Section  
du Brabant de l'U.N.P.C  
rue du Luxembourg 39  
1040 Bruxelles

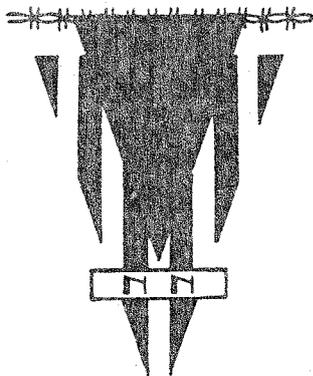
Au Dr Helmut KRAMER  
Richter am Oberlandsgericht

Herrenbreit 18 A  
D- 3340 WOLFENBUTTEL

AMICALE  
DES PRISONNIERS «N.N.»  
DU STRUTHOF-NATZWEILER

C.C.P. - P.C.R. 000-0737409-15

Secret. :  
rue Paloke straat 70  
1710 DILBEEK



VERBROEDERING  
DER «N.N.» GEVANGENEN  
VAN STRUTHOF-NATZWEILER

Prisonnier — Gevangene  
« Nacht und Nebel »

Dilbeek, le 6 juin 1986

Messieurs,

Le Comité du camp d'extermination de NATZWEILER-STRUTHOF, au nom de tous ces membres, s'insurge contre le projet de démolition de l'ancien lieu d'exécution de la prison de WOLFENBUTTEL.

Ce lieu d'exécution principal de la plus grande partie du nord et de l'ouest de l'Allemagne, doit rester un témoignage pour les générations futures, afin que la barbarie nazie reste présente dans les mémoires.

Ceci étant, nous l'espérons une chose acquise, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.-

Pour le Comité,

Jeanne Passelecq - Secrétaire.

NIEDERSACHSISCHER MINISTER FÜR JUSTIZ,  
Am Waterloo Platz , I  
D- 3000  
REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE.-

=====

DR. HELMUT KRAMER  
Richter am Oberlandesgericht

334 Wolfenbüttel  
Herrenbreite 18 A  
Telefon (05331) 71135

10.11.1985/

5.2.1986

Sehr geehrte(r) ...

erlauben Sie mir, mich mit einer Bitte an Sie zu wenden. Zu dieser Bitte ermutigt mich die Überlegung, daß Sie bzw. die Mitglieder Ihrer Organisation ganz besonders unter dem nationalsozialistischen Terror gelitten haben. Es geht um die Frage, ob ein bauhistorisches Denkmal, das in ganz besonderer Weise an die Hitler-Verbrechen erinnert, beseitigt wird oder erhalten bleibt.

Die Einzelheiten bitte ich dem anliegenden Vermerk zu entnehmen.

Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie in einer Ihnen geeignet erscheinenden Weise gegen den geplanten Abriß der ehemaligen Hinrichtungsstätte protestieren würden.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Helmut Kramer)

deutsch Fassung,  
ferner sind (auch vor den engl. Vermittler) Übersetzungen  
ins Französische, Englische, Polnische versandt worden

COPY

Eyned

**COUNCIL OF JEWS FROM GERMANY**  
**8 FAIRFAX MANSIONS, LONDON, NW3 6 LA**  
TELEPHONE: 01-624 9096-7

JOINT CHAIRMEN:

DR. HANS CAPELL (TEL AVIV)  
DR. FRANK E. FALK (LONDON)  
DR. CURT C. SILBERMAN (NEW YORK)

MEMBERS OF THE PRESIDUM

SEEW ESTREICHER (TEL AVIV)  
MRS. RUTH FABIAN (PARIS)  
HEINZ GERLING (JERUSALEM)  
RUBEN GOLAN (TEL AVIV)  
RABBI DR. MAX GRUENEWALD (NEW YORK)  
C. T. MARX (LONDON)  
PROF. DR. ERNST SIMON (JERUSALEM)  
PROF. DR. HERBERT STRAUSS (NEW YORK)

HONORARY SECRETARY:

DR. WERNER ROSENSTOCK (LONDON)

28. April 1986

Herrn Niedersächsischen  
Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
D - 3000 Hannover,  
BRD

Sehr geehrter Herr Minister,

Wie wir erfahren, besteht die Absicht, die Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel niederzureißen. Wir möchten hiermit eindringlich gegen dieses Vorhaben Einspruch einlegen. Wir betrachten es als eine der vordringlichen Aufgaben der Bundesrepublik, das Andenken an die nationalsozialistische Schreckensherrschaft wachzuhalten.

Angesichts der Vorkommnisse der jüngsten Zeit erscheint es besonders erforderlich, ein Mahnmahl, in dem der Opfer der Verfolgung gedacht wird, zu erhalten. Diese Verpflichtung besteht nicht nur gegenüber den Angehörigen der Ermordeten sondern auch und vor allem gegenüber der jungen Generation, der das Geschehene als Warnung sichtbar zum Bewußtsein gebracht werden muß.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Council of Jews from Germany  
London Executive

Dr. Frank E. Falk  
Chairman

Dr. Werner Rosenstock  
Hon. Secretary

**LA SOLIDARITÉ**  
DES RÉFUGIÉS ISRAÉLITES

14, RUE SAINT-LAZARE 75009 PARIS  
TÉL.: 526-58-17 — C.C.P. 9898-82 PARIS

PARIS, 19.3.1986

Herrn  
Dr. Helmut Kramer  
Richter am Oberlandesgericht  
Herrenbreite 18 A  
D - 3340 Wolfenbüttel

Sehr geehrter Herr Dr. Kramer,

Ihr Brief, der vom 1.2.1986 datiert ist, ist bei uns  
am 6. März eingegangen.

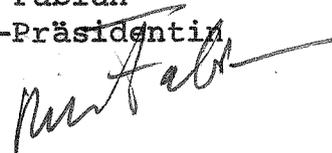
Gerade als Hilfsorganisation der Überlebenden der Opfer  
des Nationalsozialismus' wollen wir Ihnen gern mit all  
unseren Kräften dabei helfen, dass die Hinrichtungs-  
stätte von Wolfenbüttel nicht zerstört wird und ein Ge-  
denken und Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus'  
bleibt.

Wir schreiben mit gleicher Post an den Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland in Paris und stehen Ihnen -  
soweit es unsere Kräfte erlauben - gern zur Verfügung,  
um Ihnen zu helfen, den geplanten Abriss zu verhindern.

Wir haben unsere Schwesterorganisationen in England,  
Amerika und Israel benachrichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Fabian  
Vize-Präsidentin



CC Werner Rosenstock, Council of Jews from Germany  
8 Fairfax Mansions  
London NW 3 6LA

Dr. Curt C. Silbermann, American Federation of Jews  
from Central Europe, Inc.  
570 Seventh Ave.  
New York, N.Y. 10018, USA

Zeev Estreicher, Irgun Oley Merkaz Europa  
15, Rambam St.  
61014 Tel-Aviv, Israel

Niedersächsischer Minister für Justiz  
Am Waterloo-Platz I  
D - 3000 Hannover

Stadt Wolfenbüttel  
Kulturausschuss  
Stadtmarkt I  
D - 3340 Wolfenbüttel

ZK KGF  
Positano, 20  
1000 SOFIA, Bulgarien

ЦЕНТРАЛЕН КОМИТЕТ НА БПФК

№ 160-М  
21.03 1986 г.

София

Herrn

Dr. Helmut Kramer,  
Richter am Oberlandsgericht  
Herrenbreit 18-A  
D-3340 Wolfenbüttel  
BRD

Sehr geherte Herren!

Mit grosser Entrüstung haben wir erfahren, dass die Behörden im Lande Niedersachsen - BRD den Hinrichtungsplatz im Gefängnis in Wolfenbüttel auszutilgen versuchen, wo während der Nazizeit mehr als 2000 Mann ermordet worden sind.

Das Zentralkomitee der Kämpfer gegen den Faschismus in Bulgarien, sowie alle Teilnehmer am antifaschistischen Kampf protestieren ganz energisch gegen diese Versuche. Unserer Meinung nach muss dieser Platz in einer Gedenkstätte der Opfer des Nazismus verwandelt werden, die den kommenden Generationen von den schweren Verbrechen der Nazis erinnern würde.

ZENTRALEKOMITEE DER KÄMPFER

GEGEN DEN FASCHISMUS.

VR BULGARIEN



ČESKOSLOVENSKÝ  
SVAZ PROTIFAŠISTICKÝCH BOJOVNÍKŮ  
FEDERÁLNÍ VÝBOR

TSCHECHOSLOWAKISCHER  
VERBAND DER ANTIFASCHISTISCHEN KÄMPFER  
FÖDERAL — AUSSCHUSS  
Lidových milicí 22, Praha 2, ČSSR  
TEL. 29-55-41

Dr. Helmut Kramer  
Richter am Oberlandesgericht  
Wolfenbüttel  
zur Kenntnisnahme

Prag den 20. März 1986  
2689/2/86/Hr-B

Herrn

Niedersächsischen  
Minister für Justiz

Am Waterloo - Platz  
D 3000 Hannover  
-----

Geehrter Herr Minister,

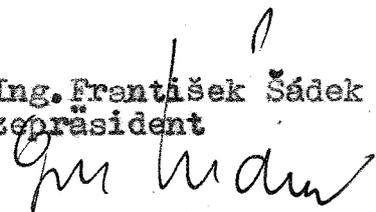
aus den Protesten der antifaschistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland haben wir über die Absicht, die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Stadt Wolfenbüttel abzureissen, erfahren.

Im Namen der Tschechoslowakischen antifaschistischen Kämpfer schliessen wir uns diesen Protesten an und geben unserer Überzeugung Ausdruck, dass an dieser Stätte, an der in den Jahren der nazistischen Herrschaft über 2000 deutsche und ausländische Widerstandskämpfer hingerichtet wurden, ein Mahnmal errichtet wird.

Wir wollen glauben, geehrter Herr Minister, dass unser Protest mit Verständnis empfangen und nicht ohne Widerhall sein wird.

Mit Hochachtung

Genleut. Ing. František Šádek  
Vizepräsident



c/o  
Kulturausschuss der Stadt Wolfenbüttel  
Dr. Helmut Kramer, Richter am Oberlandsgericht



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten - Niedersachsen e.V.

Kreisvereinigung Braunschweig  
c/o M. Kellner-Bubbenzer, Roonstr. 3, BS, Tel. 341484

An den  
Justizminister des Landes Niedersachsen  
Herrn Werner Remmers

3000 Hannover

Kopie an die  
Landtagsfraktionen

Braunschweig, 24. 2. 86

Sehr geehrter Herr Remmers!

Wie wir erfahren haben, ist von Ihrem Ministerium geplant, die ehemalige Hinrichtungsstätte der Nazi-Justiz auf dem Gelände der Wolfenbütteler Justizvollzugsanstalt abzureißen.

Wir - das sind ehemalige Widerstandskämpfer und junge Antifaschisten - sind empört, daß ein solches Beispiel der schlimmsten Unrechtsepoche Deutschlands und Europas nicht mehr Zeugnis geben soll, wie der Nationalsozialismus mit seinen Opfern umgesprungen ist. Fast 2000 Menschen aus allen Teilen Europas wurden hier nach qualvoller Haft dem Henker ausgeliefert.

Nur die Errichtung einer Gedenk- und Informationsstätte am Ort des Geschehens vermittelt dem Besucher einen nachhaltigen Eindruck von den barbarischen Grausamkeiten. Diese Feststellung konnten unsere Mitglieder immer wieder bei Gedankstättenbesuchen und Stadtrundfahrten treffen.

Wir verweisen Sie auf die Entschließung des niedersächsischen Landtages von Anfang 1985, in der es u.a. heißt: "Um die Aufklärung über den Nationalsozialismus, seine Ursachen und Folgen sowie über den Widerstand gegen ihn zu intensivieren, fordert der Landtag die Landesregierung auf, 1. wissenschaftliche Arbeiten und Materialien mit dokumentarischem Wert, die den Nationalsozialismus und den Widerstand gegen ihn unter regionalem Aspekt in Niedersachsen zeigen, in geeigneter Weise erfassen zu lassen und allen Interessierten zugänglich zu machen; 2. schulische und außerschulische Initiativen und Projekte, die sich insbesondere der örtlichen Aufarbeitung und Dokumentation des Nationalsozialismus und des Widerstandes gegen ihn annehmen, im Rahmen der Zuständigkeit des Landes weiterhin zu unterstützen..... "

Sehr geehrter Herr Justizminister! Setzen Sie diese Worte in die Praxis um! Ein Gedenkstein reicht für die Aufklärung über die faschistischen Greuelthaten nicht aus; lassen Sie an diesem Ort eine Gedenkstätte errichten, damit insbesondere der Jugend deutlich gemacht werden kann: ein solches Unrechtssystem darf es nie wieder geben!

Hochachtungsvoll

Marion Kellner-Bubbenzer  
(Kreisvorsitzende)



Niedersächsischer Minister der Justiz  
Am Waterlooplatz 1  
3000 Hannover 1

Goseriede 10 - 12  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 32 40 78

Postgirokonto:  
Hannover 75 10 - 307

12.3.86.

Sehr geehrter Herr Minister,

der Landesvorstand Niedersachsen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)-Bund der Antifaschisten protestiert energisch gegen die Planungen, nach denen die ehemalige Hinrichtungsstätte der Nazi-Justiz auf dem Gelände der Strafvollzugsanstalt Wolfenbüttel abgerissen werden soll.

Tausende Menschen aus allen Teilen Europas wurden hier durch den Naziunrechtsstaat nach qualvollen Wochen des Leidens hingerichtet.

Anrufe von Bruderorganisationen aus dem Ausland bestätigen, daß der Protest gegen den Abriß international geworden ist.

Wir verweisen darauf, daß die Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee zu einer Gedenkstätte umgestaltet wurde und fordern, daß dies auch mit der Hinrichtungsstätte Wolfenbüttel geschehen muß.

Wir erinnern Sie an die Worte des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Bundestag:

*"Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten. Wir gedenken der erschossenen Geiseln.*

*Wir danken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten."*

*Und an die Entschliebung des Niedersächsischen Landtages von Anfang 1985, in der "die Aufklärung über den Nationalsozialismus, seine Ursachen und Folgen sowie über den Widerstand gegen ihn zu intensivieren" ist.*

Wenn diese Forderung nicht nur Papier bleiben soll, dann ist die Errichtung einer allgemein zugänglichen Gedenkstätte in der ehemaligen Hinrichtungsstätte Wolfenbüttel eine dringende Notwendigkeit, für die Sie sich einsetzen sollten.

Hochachtungsvoll !

*Dirk Addicks*

(Dirk Addicks)

Landessekretär

P.S. Dieses Schreiben ist auch den Fraktionen im Niedersächsischen Landtag zugeleitet worden.



*Abschrift*

**VVN** Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin  
**Verband der Antifaschisten**

Boddinstraße 64  
1000 Berlin 44  
Telefon 686 60 06  
Postscheckkonto Berlin (West) Konto-Nr. 1091 15 - 109

Galerie Olga Benario  
Boddinstraße 61  
1000 Berlin 44

18.2.1986

165/10

Herrn  
Dr. Helmut Kramer  
Richter am Oberlandesgericht  
Herrenbreite 18 A  
334 Wolfenbüttel  
-----

Sehr geehrter Herr Dr. Kramer !

Wie wir aus Presseberichten erfahren haben, soll ein historisches Bauwerk, die Hinrichtungsstätte der Gegner des Naziregimes in der Stadt Wolfenbüttel, abgerissen werden.

Auf das Allerschärfste erheben wir gegen den Abbruch unsere Stimme. Über 2000 Gegner des Naziregimes, eines Verbrecherregimes von Anfang an, wurden hier ermordet, der Kopf abgeschlagen oder gehenkt.

Es gibt nur wenige Stätten in Deutschland, an denen der nachgewachsenen Generation dieses dunkelste Kapitel in der Geschichte unseres Volk bewußt gemacht werden kann.

Und gerade darum muß die Stätte in Wolfenbüttel erhalten bleiben und zu einer würdigen Mahn- und Gedenkstätte ausgebaut werden.

Wir verbleiben

hochachtungsvoll

VVN-Westberlin  
-Verband der Antifaschisten-

*Heinz Schröder*  
(Heinz Schröder)  
Vorsitzender

PROF. DR. H. HOPF

HAGENRING 30  
D-3300 BRAUNSCHWEIG  
Telefon TU 0531/3911  
Durchwahl Institut 391-5255

An den  
Niedersächsischen Minister der Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
3000 Hannover 1

17. März 1986

Sehr geehrter Herr Minister,

Aus der Zeitung und durch ein Schreiben von Herrn Dr. Kramer (Wolfenbüttel) erfuhr ich, daß beabsichtigt ist, die ehemalige Hinrichtungsstätte in der heutigen JVA Wolfenbüttel abzureißen. Ich möchte Sie darum bitten sich dafür einzusetzen, daß von dieser Maßnahme Abstand genommen wird und dieses historisch wichtige Gebäude erhalten bleibt.

Gerade die Christlich Demokratische Union betont immer wieder - und zu recht, wie ich finde - wie wichtig für uns alle, die "Annahme unserer Geschichte" ist.

Auf Wolfenbüttel angewendet, bedeutet dieses für mich, daß man nicht einerseits die Bibliothek, Lessinghaus, "Bibliotheksquartier" etc. erhalten und erweitern kann und andererseits die dunkle Seite der deutschen Geschichte durch Abreißen dieses Schreckensortes quasi zum Verschwinden bringen kann. Das Traurige ist ja, daß es beide Traditionen in unserer Geschichte gibt.

Für den Erhalt des Gebäudes und seinen Ausbau als einen Ort der Erinnerung sprechen mehrere Gründe - zwei will ich hier näher ausführen. Zum einen sind wir es den Opfern und ihren Nachfahren schuldig, daß wenigstens die Namen der Hingerichteten für alle, die ihrer gedenken wollen, an einem öffentlichen Ort aufgeführt werden. Wir versagen niemandem einen Grabstein, und die Namen der Kriegstoten werden auf Kriegerdenkmälern erwähnt. Die erhaltene Hinrichtungsstelle wäre ein Grabstein für die Opfer und in gewisser Weise auch ein Kriegsdenkmal, für einen "Krieg", der zum Schaden vieler Menschen verloren ging.

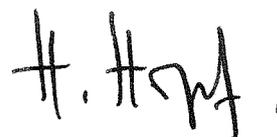
Der zweite Grund betrifft uns selbst. Gerade in letzter Zeit häufen sich bei uns neonazistische Ereignisse - und schlimmerweise sind daran häufig Menschen

beteiligt, die erst Jahre nach Kriegsende geboren wurden. Könnte das nicht auch daran liegen, daß für diese jungen Menschen das wahre Gesicht des Nationalsozialismus immer unerkennlicher wird, weil seine Spuren mehr und mehr verschwinden bzw. zerstört werden? Trägt man nicht durch Abreißen von Gebäuden wie dem in Wolfenbüttel dazu bei, daß das Problem des Nationalsozialismus verdrängt wird und junge Menschen politischen Rattenfängern zum Opfer fallen können?

Daß Jugendliche gerade in schwierigen Zeiten der Faszination der Propaganda des Dritten Reiches erliegen können, kann ich nachvollziehen - umso wichtiger wäre es, ihnen sichtbar zu machen, wohin eine solche Politik führt.

Hochachtungsvoll

Ihr



(Prof. Dr. H. Hopf)

Kp.: Kulturausschuß der Stadt Wolfenbüttel  
Herrn Dr. H. Kramer, Wolfenbüttel

Dr. Wulf Hopf  
Lindenallee 20  
34 Göttingen

den 5.4.86

An den  
Niedersächsischen Minister  
der Justiz  
Am Waterloo-Platz 1  
3000 Hannover 1

Sehr geehrter Herr Minister,

Durch ein Schreiben des Richters am Oberlandesgericht, Herrn Dr. H. Kramer, habe ich von Ihrer Absicht erfahren, den Teil des Wolfenbütteler Gefängnisses abreißen zu lassen, der während der Zeit des Nationalsozialismus als Hinrichtungsstätte für Widerstandskämpfer und Verfolgte des Naziregimes diente. Mir ist diese Absicht unbegreiflich, und ich bitte Sie eindringlich, von diesem Plan Abstand zu nehmen und stattdessen jene Vorschläge ernsthaft zu prüfen, nach denen das Hinrichtungsgebäude erhalten und in eine Gedenkstätte umgewandelt werden soll. Das Minimum an Respekt, das wir den Opfern und ihren Angehörigen schulden, muß darin Ausdruck finden, daß es überhaupt eine Gedenkstätte gibt. Deshalb hat mich an dem Schreiben von Herrn Dr. Kramer besonders betroffen gemacht, daß die Angehörigen der Ermordeten bisher lediglich einen "Raum voll Gerümpel" an der Stelle vorfanden, an der diese auf die Hinrichtung warteten.

Ich meine aber, daß die von Ihnen geplante, bloße Gedenktafel nicht ausreicht, sondern daß die Erhaltung des ganzen Gebäudes die Chance gibt, umfassender über die politischen und juristischen Hintergründe der Urteile und ihre Vollstreckung zu informieren. Diese Information über die nationalsozialistische Herrschaft ist immer noch erforderlich und wird notwendig bleiben. Zwar hat sich etwa die allgemeine Information im Sozialkunde- und Geschichtsunterricht der Schulen gegenüber den 50er und 60er Jahren

verbessert, aber das abstrakte Geschichtswissen aus Büchern kann nachhaltig vertieft werden, wenn es mit anschaulichen Zeitzeugnissen über den "Nationalsozialismus vor Ort" verbunden wird. Das belegt nicht zuletzt der an Schulen recht erfolgreiche, unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehende Wettbewerb von Schülerprojekten zur Zeitgeschichte.

Gestatten Sie mir zum Schluß eine persönliche Anmerkung. Ich bin nicht Bürger Wolfenbüttels oder aus der näheren Umgebung, bin aber 1944 in Niedersachsen geboren, zur Schule gegangen und jetzt an der Universität Göttingen in der Lehrerbildung tätig. Für mich ist die Entscheidung über die Verwendung der Hinrichtungsstätte im Wolfenbüttler Gefängnis auch eine wichtige lokalpolitische Entscheidung, die den Bürgern Wolfenbüttels nahelegt, sich mit ihrem Verständnis von "Heimatstadt" auseinanderzusetzen. Ich sehe, wenn ich mir meine verschiedenen "Stationen" in Niedersachsen betrachte, häufig Spuren einer verdrängten oder vernachlässigten Vergangenheit, die auch die Frage aufwerfen: was sind das heute eigentlich für Heimatstädte, wenn sie so mit ihrer Vergangenheit umgehen? Auf den jüdischen Friedhof meines Geburtsortes Wildeshausen ( bei Oldenburg) weist ein Straßenschild "Kriegsgräberstätte", wobei Kriegsgräber nur den kleinsten Teil des Friedhofs ausmachen. In Hameln, wo ich 1954 - 1963 zur Schule gegangen bin, gab es jüngst längere Konflikte über die Ein-ebnung von Kriegsverbrecher-Gräbern, von denen ich zu meiner Schulzeit nichts wußte. Göttingen tat sich in diesem Jahr schwer damit, das Jubiläum der Eröffnung der Universität vor 40 Jahren damit zu vereinbaren, daß dieselbe Universität einen erheblichen Anteil an der Rechtfertigung des Nationalsozialismus und an der Unterdrückung und Vertreibung jüdischer Wissenschaftler hatte. Dies alles sind für mich Belege dafür, daß wir noch weit davon entfernt sind, auf lokaler Ebene die vollen Folgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen.

Auch aus diesem Grund appelliere ich noch einmal an Sie, die Hinrichtungsstätte in Wolfenbüttel zu erhalten und daran mitzuwirken, daß aus ihr eine Gedenkstätte mit einer ständigen Ausstellung entsteht.

Hochachtungsvoll

Wulf Meff.

Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.

Weserstraße 23

332 Salzgitter 51

An den  
Niedersächsischen  
Minister der Justiz  
Am Waterlooplatz 1  
3000 Hannover 1

Betr.: Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte

---

, den 22.5.65

Sehr geehrter Herr Minister !

Der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. - Verein zur Erforschung und Vermittlung von Geschichte und Gegenwart - möchte sich bei Ihnen für den Erhalt der Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte einsetzen.

Die Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte ist ein Ort, an dem Zahlreiche, häufig junge Menschen, auch aus Salzgitter, ihr Leben lassen mußten. An dieser Stätte manifestiert sich das Wirken nationalsozialistischer Justiz in seiner brutalsten Form. Damit ist die Hinrichtungsstätte geeignet, Ausgangspunkt für ein Nachdenken über die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus zu sein.

Das Wirken der Justiz im "Dritten Reich", die hinter der Fassade formalrechtlicher Korrektheit ein wesentlicher Bestandteil des nationalsozialistischen Herrschaftssystems war, ist in der Nachkriegszeit der öffentlichen Diskussion weitgehend entzogen gewesen. Heute haben wir die Chance, ohne den Versuch aufkommen zu lassen, nur individuelle Schuldzuweisungen treffen zu wollen, uns sachlich mit der Rolle dieses Bestandteils nationalsozialistischer Herrschaft auseinander zu setzen. Diese Auseinandersetzung bedeutet auch eine Mahnung für die Gegenwart und einen Auftrag, den Gehalt unserer heutigen Rechtsprechung immer wieder kritisch zu reflektieren.

Mit dem Abriss der Wolfenbütteler Hinrichtungsstätte würde wiederum ein Ort verschwinden, der uns als Spur des Nationalsozialismus hilft, diese Zeit zu erschließen und uns einen Teil unserer Geschichte wieder anzueignen.

Hochachtungsvoll

Der Vereinsvorstand

U. A.